

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Wiedersehen mit Ewald

Der Mann heißt Ewald Möller, ist mittlerweile 80, noch gut drauf und wohnt im mecklenburgischen Städtchen Warin. Damit, daß ich ihn den Lesern vorstellen möchte, hat es seine Bewandnis. Ich betrachte ihn noch heute als einen der Helden meiner Jugendzeit.

Nach vierjährigem Studium in Berlin begann ich im Herbst 1956 in Güstrow zu arbeiten. Die Reihen der Juristen mit Hochschulabschluß waren zu dieser Zeit noch dünn gesät. So ergab es sich, daß ich, gerade 23 und auf eine solche Tätigkeit vom Leben noch in keiner Weise vorbereitet, Staatsanwalt wurde. Man hatte mich als „Nordkader“ ausgesucht. So wurden jene Genossen genannt, welche die Partei in schwächer entwickelte Kreise Mecklenburgs entsandte.

Die jeweils zwei Schöffen, mit denen ich es zu tun hatte, waren – anders als im bürgerlichen Justizwesen – völlig gleichberechtigte Richter. Ihre Stimmen wogen bei der Entscheidung über Schuld und Strafe nicht weniger als die des Vorsitzenden.

Ein Schöffe fiel mir durch Klugheit, Sachkenntnis, Einsatz für die sozialistische Sache und urwüchsigen Humor besonders auf. Er war etwa 30, kam aus der Landwirtschaft und gehörte der Demokratischen Bauernpartei, der DBD, an. Ewald Möller war ein Mann der Tat: Im Dorf Niegleve hatte er eine der ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften des Reviers ins Leben gerufen. Es handelte sich um eine LPG vom „niederem“ Typ I, denn die Bauern waren anfangs überwiegend noch nicht bereit, ihr Vieh in die „Kolchose“ zu geben. Besonders die Pferde wurden bis zuletzt verteidigt. Daher ging es zunächst um die gemeinsame Arbeit auf Äckern, Wiesen und Weiden.

Schon lange vor der weidengängigen Umgestaltung der Landwirtschaft in der ganzen Republik war Ewald Vorsitzender einer LPG. Er empfand sich zu Recht als Pionier des Fortschritts.

In jener Zeit galt bei uns noch, die, wie es hieß, „chinesische Regel“, nach der jeder Leiter einen Monat im Jahr körperlich arbeiten sollte. Das betraf auch den Kreisstaatsanwalt. So ging ich in unsere Paten-LPG nach Niegleve, wo mich Ewald bei sich einquartierte.

Der stämmige Mann strotzte geradezu vor Tatendrang. Abends zog er von Versammlung zu Versammlung, um für den Gedanken der LPG zu werben. Überall stand er Rede und Antwort. Tausend Zweifel wurden an ihn herangetragen, offener Haß schlug ihm hier und dort entgegen, doch immer öfter keimten auch Hoffnung und die Bereitschaft auf, seine Botschaft zu verstehen.

Ewalds „eigene“ LPG und andere sich bereits festigende Betriebe – sie waren in jener Anfangsperiode in der Minderzahl – schlugen eine Schneise für die Zukunft. Im Frühjahr 1960 wurde der Übergang zum neuen Leben, der sich qualvoll in die Länge zu ziehen drohte, abgekürzt. Es entstanden die vollgenossenschaftlichen Dörfer. Dabei entschied sich die Mehrheit der Bauern freiwillig, andere folgten nur zögernd oder gar widerwillig, ausgesprochene Gegner mußten in die Schranken gewiesen werden. Ich selbst nahm im MTS-Bereich Vietgest, zu dem auch Ewalds Dorf gehörte, an der Umgestaltung teil. Wir gingen von Haus zu Haus, um noch schwankende Bauern zu überzeugen. Geduldig wurde um jeden einzelnen gerungen. Bei all dem war Ewald der Schrittmacher.

Als ich längst wieder in Berlin war, hörte ich gelegentlich vom weiteren Weg meines Freundes. Er war inzwischen Bezirksstagsabgeordneter der DBD. Ewald besuchte mich in der Redaktion des ND, der ich fast 25 Jahre angehörte, als dieses Blatt noch eine sozialistische Zeitung war. Ich erlebte den gestandenen Klassenkämpfer in seiner neuen Rolle als Vorsitzender einer LPG vom Typ III. Unterdessen hatte sich nahezu die gesamte Bauernschaft der DDR von den Vorzügen auch kollektiver Viehhaltung überzeugt. Später war Ewald Bürgermeister der Gemeinde Klein-Labenz. Auf deren Territorium befand sich eines der modernsten FDGB-Ferienheime. Er lud mich ein, mit Einwohnern und Urlaubern im Kulturraum zu debattieren.

Dann kam die konterrevolutionäre Rückwende. Eine Zeitlang verloren wir uns aus den Augen. Doch schon bald war der Kontakt wiederhergestellt. Ein paar Telefonate, Kartengrüße zu Anlässen ließen ahnen, daß wir uns nach wie vor auf der selben Wellenlänge befanden. Als ich im April 2008 einer Einladung unserer RF-Regionalgruppe nach Schwerin folgte, traf ich dort so manchen alten Bekannten. Bei einem Gesicht stutzte ich. Dann fiel der Groschen: „Mensch, Ewald, welche Freude!“ Seit Jahren „RotFuchs“-Leser, hatte der Alte den beschwerlichen Weg nicht gescheut. Wochen später klopfte ich auf der Rückfahrt von einer Vortragsreise nach Wismar in Warin an Ewalds Tür. Niegleve, die stürmischen und schönen Jahre des Neubeginns standen uns wieder vor Augen. Wir sprachen auch über das Maß der Niederlage und damit Verlorenes. Ewald nannte die Dinge beim Namen: In bäuerlicher Direktheit bezeichnete er heute in Deutschland machtttragende Kräfte als Verbrecher. Der langjährige Schöffe muß es wissen, dachte ich.

Klaus Steiniger



INHALT

Es ist noch Glut unter der Asche	S. 2
Hamburgs Justiz deckte die Mörder	S. 3
Hochexplosives Gemisch	S. 4
Obwohl wir es besser wußten ...	S. 5
Das KZ Hainichen	S. 6
Zeit für Alarmglocken	S. 7
Südostetien in Flammen	S. 7
Verschüttetes Bewußtsein	S. 8
Der Kandidat	S. 8
Abschaum als Elite	S. 9
Zeitzeugen und „Zeitzeugen“	S. 10
Brauchbare Ansätze, aber ...	S. 11
Was ist Demokratie?	S. 12
Erste Lehrer	S. 13
Christian Führers Lernprozeß	S. 14
Auf die Sprache achten!	S. 14
Kleinbürgerlicher Mief	S. 15
Anekdotisches	S. 15
Drang nach Entschuldigung	S. 16
Menschenschinder	S. 16
■ Worauf zielt der BRD-Menschenrechtsimperialismus? RF-Extra I	
■ Drei deutsche Nationalhymnen	RF-Extra III
Ortegas FSLN hält Kurs	S. 17
Eine Seifenoper in CIA-Regie	S. 18
Juschtschenkos „Nationalhelden“	S. 19
Norman Davies als Geschichtsklitterer	S. 20
Wie Langley den Dalai Lama sponsert	S. 21
Zu den Unruhen in Ulan Bator	S. 21
Aljoschas zweite Reise nach Plowdiw	S. 22
Huldigung für weiße Banditen	S. 23
Ein Jakobiner-Denkmal an der Kremllauer	S. 24
Streit um den Wendehals	S. 25
Das Schalmeiorchester des VP-Reviers Lichtenstein	S. 26
Laudatio auf Hanns Cibulka	S. 27
Archie und der Papagei	S. 28
Leserbriefe	S. 29–31
Anzeigen / Impressum	S. 32

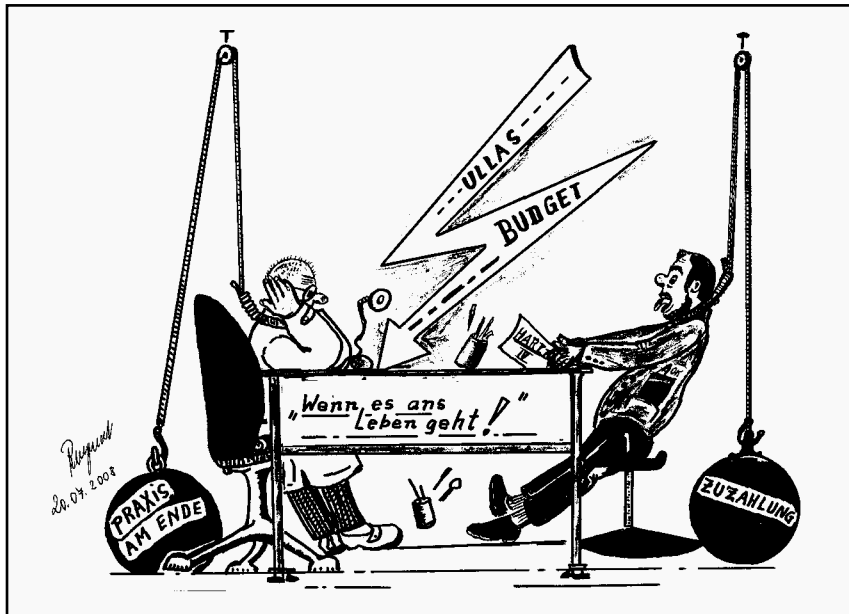
Es ist noch Glut unter der Asche

Eine Magdeburger Kinderärztin schreibt an den „RotFuchs“

Von meiner Mutter bekomme ich seit geraumer Zeit jeden Monat den „RotFuchs“. Sie blieb ihren Idealen treu und wird im November 80 Jahre alt. Die Eltern erzogen mich im marxistischen Sinne. Eigentlich wollte ich Philosophie studieren. Um zur Brechung des bis dahin bestehenden bürgerlichen Monopols auf diesem Gebiet beizutragen, studierte ich dann aber – dem Wunsch von Vater und Mutter folgend – Medizin. Auch wenn wir manchmal in baulich schlechten Räumlichkeiten untergebracht waren, arbeitete ich in der DDR gern als Kinderärztin. Zu meinen Aufgaben gehörten auch die vorbeugenden Untersuchungen in der Mütterberatung und in der Kinderkrippe des Magdeburger Schweremaschinenbaukombinats „Ernst Thälmann“ (SKET). Die mir anvertrauten Kinder wurden wegen meines Faibles für Naturheilkunde auch mit Kräutern aus dem eigenen Küchengarten,

mit Wassertreten, Sauna, mittäglichem Schlafen auf dem Balkon, Inhalationen und Rotlichtwärme versorgt. Die Kinder der SKET-Arbeiter erlebten glückliche Tage im Garten der Einrichtung, bei Spiel, Sport, Musik, Malen und gesunder Kost. Das alles gab es ja bei uns in der DDR zu einem Spottpreis, wobei ich die liebevollen Krippenerzieherinnen nicht unerwähnt lassen möchte. Damit es für die Kleinen, die ja oft am Boden spielten, nicht zu kalt wurde, baute unser Betrieb noch im letzten Jahr neue Heizungen ein. Nach 1989 wurden Krippen und Kindergärten des SKET platt gemacht. Nur einige Außenwände lieferten noch die Hülle für ein Altersheim. Zugleich entstanden kleine Häuser mit dem tristen Blick auf eine Industriebrache. Denn auch das SKET, wo einstmals viele tausend Arbeit fanden, bietet heute nur noch ein paar hundert Männern und Frauen Lohn und Brot. Schon meine Urgroßväter und Großväter waren hier beschäftigt. Als „Arbeiteraristokraten“ des besser vergüteten Maschinenbaus konnte sie sich sogar ein Häuschen bauen. Später produzierte die Krupp-Belegschaft Panzerplatten für Hitlers Tanks, in denen die Söhne der Arbeiter im Zweiten Weltkrieg umkamen. Zu DDR-Zeiten hieß die Siedlung natürlich nicht mehr nach Krupp, sondern trug den Namen von Karl Marx. Der ist übrigens bis heute erhalten geblieben. Und trotz einiger

„Wendehälse“ stimmt die Chemie zwischen den Bewohnern noch immer. Als „Teddys“ durch die Konterrevolution „entsorgtes“ Denkmal Jahre danach aus dem Schrott geholt und gegenüber dem Werk wieder aufgestellt wurde, beherbergten wir seine Tochter Irma Gabel-Thälmann.



Karikatur: Heinrich Ruynat

Nach ihrer Mutter Rosa war einst unsere Kinderkrippe benannt worden. Mir geben Begegnungen mit aufrechten Menschen wie Irma viel. So denke ich auch an den Genossen Werner Eberlein, den 1. Sekretär der Magdeburger SED-Bezirksleitung. Er wollte nicht zu jenen gehören, welche sich mit Pomp und Gloria durch Potemkinsche Dörfer führen ließen.

Nach 1990 erlebte ich viel Haß auf Dinge, die mir teuer waren und die mich stolz gemacht hatten. Auch die Anfangsphase in der PDS gab mir keinen Halt und enttäuschte mich. Bis heute fehlt mir eine politische Heimat für den Gedankenaustausch. Ich lebe nach Erich Kästners Devise: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

Meine Arztpraxis habe ich aus gesundheitlichen Gründen im Jahr 2007 leider aufgeben müssen. Überdies war es für mich schrecklich zu erleben, wie rein ökonomische Erwägungen in den Mittelpunkt aller medizinischen Bemühungen gerieten. Wenn unser anhaltinischer Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU), der selbst Gynäkologe ist, behauptet, junge Frauen hätten in der DDR mutwillig abgetrieben, dann muß er auf beiden Augen blind gewesen sein. Die Familien hatten bei uns meist zwei bis drei Kinder und die Frauen konnten in der Regel Wunschberufen nachgehen. Immerhin verdienten ca. 90 % von ihnen als Berufstätige für gleiche Leistung gleiches Geld. Wir engagierten uns für vietnamesi-

sche Kolleginnen und Kollegen, die auf dem Gebiet der Rehabilitationsmedizin ausgebildet wurden, um die vielen Kriegsversehrten in ihrem Land behandeln zu können. Wir sorgten uns um Kinder aus Moçambique und Angola. Meine drei eigenen Kinder und die drei Kinder meines jetzigen Mannes wurden zu Völkerverständigung, Friedensliebe und vielen anderen humanistischen Werten erzogen. Sie lieben noch heute die DDR. Sie selbst haben nur jeweils ein Kind, müssen um die Unterbringung besonders in Krippen kämpfen und werden durch die ständige Veröffentlichung immer neuer Horrormeldungen über den angeblichen „DDR-Unrechtsstaat“ verunsichert.

Darum meine große Bitte an Euch: Kommt mit dem „RotFuchs“ nicht auf Umwegen über alte Genossen auf uns zu. Verstärkt Eure Aktivitäten, auch die mittlere und die junge Generation aufzuklären. Es lohnt sich, mit ihnen zu diskutieren. Und vor allem geht es auch darum, die Arbeiter zu erreichen. Leider finden in Magdeburg nur äußerst selten Diskussionsrunden des RF statt.

Götz Dieckmanns Chemnitzer Karl-Marx-Rede war übrigens wunderbar. Sie regt zu eigenen Überlegungen an. Alles in allem: Die hochentwickelte BRD kann, was mein langjähriges Tätigkeitsgebiet – Gesundheitsfürsorge und -vorsorge, Kinderbetreuung und Pädagogik – betrifft, in keiner Weise mit der DDR Schritt halten. Auch nicht mit einem kommunistisch regierten Entwicklungsland wie Kuba. Ich wünsche Euch weiterhin Erfolg, Gesundheit und Schaffenskraft. Vergeßt nie: Es ist noch Glut unter der Asche!

Dr. Sonnhild Bertz-Koschwitz

Von ganzem Herzen und in tiefer Verbundenheit gratulieren Redaktion und Förderverein der Genossin

Prof. Dr. med. Ingeborg Rapoport
aus Berlin zum **96. Geburtstag** am
2. September.

Die international hochangesehene Medizinerin hat sich zuletzt durch ihr bewegendes Buch „*Meine ersten drei Leben*“ viele tausend Leser erobert.

Hamburgs Justiz deckte die Mörder

Zum 75. Jahrestag der Enthauptung von vier Altonaer Kommunisten

Am 17. Juli 1932 – dem „Altonaer Blutsonntag“ – überfielen Nazis unter Polizeischutz das Hamburger Arbeiterviertel. Es gab 18 Tote, darunter zwei SA-Leute. Über 80 Schwerverletzte waren Opfer von Polizeischüssen. Doch nicht die Angreifer, sondern die Angegriffenen sollten schuldig sein. Unter den Verhafteten und vor Gericht Gestellten befand sich auch der antifaschistische Seemann August Lütgens.

Am 22. Februar 1933 (also drei Wochen nach Hitlers „Machtergreifung“) mußte das Verfahren gegen Lütgens und Genossen wegen Mangels an Beweisen eingestellt werden. Die Verhafteten wurden aber nicht freigelassen. Die Faschisten bereiteten ihre Rache vor: Sondergerichte sollten die gewünschten Ergebnisse bringen.

Am 31. März beschloß die Reichsregierung eine Verordnung über die Bildung solcher Tribunale. Vom 8. Mai bis zum 2. Juni fand dann der Sondergerichtsprozeß gegen August Lütgens und weitere 21 Angeklagte statt. Altonaer Staatsanwälte fälschten zwei kapitale Beweisstücke und logen, daß sich die Balken bogen. Auf dieser Grundlage und der darauf gestützten Anklage – entsprechende „Zeugen“ waren natürlich zur Stelle – wurden August Lütgens, Bruno Tesch, Walter Möller und Karl Wolff „wegen gemeinschaftlichen Mordes“ zum Tode verurteilt; andere Angeklagte erhielten hohe Zuchthausstrafen. Im Falle des Hauptangeklagten hieß es im Urteil sogar wörtlich: „Es ist nicht erwiesen, daß der Angeklagte Lütgens sich selbst am Nachmittag des 17. Juli 1932 an Gewalttätigkeiten gegen den SA-Umzug beteiligt hat.“

Am 1. August 1933 starben die vier zum Tode Verurteilten im Innenhof des Altonaer Landgerichts von der Hand eines Metzgers mit dessen Handbeil. 75 Mitgefangene wurden „zur Abschreckung“ als Zuschauer zum Tatort geschleppt. Es war die erste „legale“ Hinrichtung des NS-Staates. Aus Furcht vor größeren Aktionen hatte die Hamburger Nazi-Führung am Tage der Exekution sämtliche SA-Stürme und SS-Einheiten in Altona zusammengezogen. Die Angehörigen wurden nicht benachrichtigt. Sie erfuhren von der Hinrichtung erst durch den Rundfunk.

Anfängliche Bestrebungen, nach Kriegsende auch in Hamburg die Justiz zu entnazifizieren, wurden bald aufgegeben. Man brauchte „erfahrene“ Beamte für den Aufbau des „neuen“ Staates. So konnten die meisten NS-Richter (oft mit kurzer Unterbrechung) ihre Karrieren fortsetzen und den Nachwuchs ausbilden. Unter anderem wurde der für die Fälschungen in den Blutsonntagsverfahren mitverantwortliche Staatsanwalt Kühl zum Landgerichtsdirektor befördert. Ein ehemaliger Hamburger Jurist, der in Prozessen wegen „Rassenschande“ jüdische Angeklagte als „minderwertige Menschen“ bezeichnet hatte, wurde sogar Beisitzer am Bundesgerichtshof.

„Mit unerschütterlich gutem Gewissen schlüpfen die meisten Juristen von einem Tag auf

den anderen aus den Nazihemden wie Fußballer beim Trikotwechsel in der Halbzeitpause ... Furchtbare Juristen sind das Ende des Rechts gewesen und haben den Beginn der Demokratie bestimmt“, schrieb der kritische Verfassungsrichter Martin Hirsch.

Ab 1945 wurden von den Angehörigen sowie in- und ausländischen Freunden der Opfer zahlreiche Anträge auf Aufhebung der Blutsonntagsurteile gestellt. Bis in die 80er Jahre sind sie in wenigstens 14 Fällen von Hamburger Richtern bzw. der Hamburger Staatsanwaltschaft abgelehnt worden. (Die Justiz der Hansestadt war ab 1937 in dieser Sache zuständig, als das bis dahin zum preußischen Schleswig-Holstein gehörende Altona zu Hamburg kam.) Sie solidarisierten sich jahrzehntelang mit dem NS-Sondergericht und hielten es 1958, 1959 und auch noch 1968 sogar für angebracht, die Todesurteile ausdrücklich zu bestätigen und die „Rechtsstaatlichkeit“ der Sondergerichte zu betonen. In einer Erklärung der 10. Strafkammer hieß es wörtlich: „Die Angeklagten Lütgens, Tesch, Möller und Wolff sind wegen gemeinschaftlichen Mordes ... zu Recht zum Tode verurteilt worden ...“

1982 – zum 50. Jahrestag der Schandurteile – stellten vier Rechtsanwälte im Namen der Hinterbliebenen Anträge auf deren Aufhebung. Erst 1984 ließ der für die politische Abteilung zuständige Oberstaatsanwalt Wulf alle den Blutsonntag betreffenden Gerichtsakten, soweit noch vorhanden, vom Landesarchiv Schleswig-Holstein für eine mehrmonatige Einsichtsnahme nach Hamburg holen. Er bestätigte erneut die Todesurteile und teilte den Anwälten am 28. August 1984 mit, daß er ihre Anträge verwerfe. 1985 wurde eine Beschwerde gegen die Entscheidung des Oberstaatsanwalts durch den Generalstaatsanwalt zurückgewiesen.

Der französische Wissenschaftler und Antifaschist Dr. Leon Schirmann legte der Hamburger Staatsanwaltschaft im Frühjahr 1991 schlagkräftige Beweise für die Fälschungen auf den Tisch. Daraufhin wurde die abschließende Behandlung aller Blutsonntagsverfahren bis Ende 1991 zugesagt.

Nach erneuter Verschleppung meldete die Pressestelle des Hamburger Gerichts am 17. Juli 1992, die Staatsanwaltschaft habe auf Grund ermittelter Justizmanipulationen beim Landgericht beantragt, die Wiederaufnahme des Verfahrens hinsichtlich der vier Hingerichteten anzuordnen. Erst am 19. November 1992 wurden alle vier Todesurteile von 1933 endlich aufgehoben. Die amtliche Bekanntmachung lautete: „Nach den Feststellungen des Landgerichts Hamburg beruhte das Urteil des Sondergerichts Altona auf einer zweifelhaften Beweisführung, der eine Vielzahl manipulierter Beweismittel zugrunde lag.“ Weiter hieß es wahrheitswidrig, die Staatsanwaltschaft hätte sich seit langem mit der Überprüfung der Blutsonntagsurteile beschäftigt, doch habe sich diese ... „als außerordentlich schwierig und zeitraubend gestaltet“. Die Arbeit der Behörde

sei „seit 1991 durch einen französischen Privatforscher unterstützt worden“.

Erst 1996 und 1998 wurden die übrigen Urteile aufgehoben und alle Angeklagten freigesprochen.

Aus dem hier Geschilderten folgt: Bis in die 60er Jahre bildeten ehemalige Juristen der NS-Zeit – für sie steht u. a. der Name Filbinger – die Mehrheit der Richterschaft in der BRD. Nur unter massivem Druck der demokratischen Öffentlichkeit konnte die Justiz schließlich dazu gezwungen werden, einige besonders eklatante faschistische Blut- und Schandurteile aufzuheben. Viele blieben indes in Kraft, wie das Weiterbestehen der z. B. gegen Deserteure gefällten Kriegsgerichtsentscheidungen beweist.

Jürgen Weise, VVN-BdA Rostock

Herzliche Grüße und Glückwünsche

senden wir unserer langjährigen und bewährten Mitarbeiterin

Dr. Vera Butler

nach Melbourne in Australien. Dort be-
geht die angesehene Wissenschaftlerin
und Publizistin am 8. September ihren
80. Geburtstag.

Die im lettischen Riga als Tochter eines Russen und einer Balten-Deutschen geborene Autorin vieler RF-Beiträge kann auf ein bewegtes, an Eindrücken reiches Leben zurückblicken. Wegen der Arbeitslosigkeit des Vaters, eines Automechanikers, zog die Familie zunächst nach Frankreich, später lebte sie in Deutschland. Vera besuchte die Oberschule und studierte dann zwei Jahre in Freiburg (Breisgau) und Tübingen Philosophie, Geschichte und Sprachwissenschaften. 1951 wanderten die Eltern nach Australien aus. Vera setzte ihre Studien auf dem Gebiet der Politologie und der Ökonomie an der Universität Melbourne fort. Ihre Doktorarbeit beschäftigte sich mit „Aspekten der australisch-sowjetischen Beziehungen“.

„In Australien kam ich mit aktiven Marxisten-Leninisten in Verbindung und vertiefte mich in die entsprechende Literatur. Das hat mein Denken für immer geprägt“, schrieb sie in einem Brief an den „RotFuchs“.

Zu ihrem Jubiläum umarmen wir die treue Kampfgefährtin in fester Verbundenheit.

Hochexplosives Gemisch

Frau Steinbach spielt die Karte des Münchner Diktats

Als vor siebzig Jahren Hitler und Mussolini, Chamberlain und Daladier das Münchner Diktat der Faschisten unterzeichneten, gab es ein widersprüchliches Echo. Chamberlain feierte es als „peace in our time“ (Frieden in unserer Zeit) in der Hoffnung, Berlins Expansionspolitik in Richtung Osten kanalisiert zu haben. Die Sowjetunion, die KPD, viele weitblickende Politiker urteilten: München mit seiner Beschwichtigungspolitik ist ein weiterer Schritt in den Krieg. Die meisten Bürger der Tschechoslowakei fühlten sich verraten und verkauft. Sie waren die Opfer des Münchner Diktats. Ein halbes Jahr später wehte auf dem Prager Hradschin die Hitlerfahne.

Ein entscheidendes Kriterium für alle politischen Kräfte in Europa nach 1945 war ihre Haltung zum Münchner Diktat. Im folgenden wird die Position der beiden deutschen Staaten zu ihm knapp skizziert.

Die DDR hob bereits am 23. Juni 1950 in der „Gemeinsamen Erklärung der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik über Freundschaft und Zusammenarbeit“ die Ungültigkeit des Münchner Diktats von Anfang an (ex tunc) hervor: „Unsere beiden Staaten haben keine Gebiets- und Grenzansprüche, und ihre Regierungen betonen ausdrücklich, daß die durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakischen Republik unabänderlich, gerecht und endgültig gelöst ist.“

Die Alliierten verwendeten den Begriff Transfer, die CSR sprach jahrzehntelang von odsun (Abschiebung), in der DDR hieß es Umsiedlung, und in der BRD propagierte man die Begriffe Vertreibung und Vertriebene. Die Wahl dieser unterschiedlichen Termini hat natürlich mit Politik zu tun. „Vertreibung“ assoziiert von vornherein Unrecht: „Vertriebene“ sind „Opfer“.

Wer diesen Begriff verwendet, muß zweifellos auch beachten, welchen amtlichen Inhalt er in einem Gesetz der BRD vom 3. September 1971 erhielt. Danach sind selbst die Enkel noch „Vertriebene“. So konnte in der BRD das Wunder geschehen, daß sich die Zahl der „Vertriebenen“ ständig erhöhte.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist festzustellen: Sie hat das Münchner Diktat bis heute nicht von Anfang an für ungültig erklärt.

Um meine Behauptung beweisen zu können, habe ich am 13. Januar 2008 im Auswärtigen Amt der BRD um eine Information nachgesucht. Dr. Martin Kröger teilte mir daraufhin am 31. Januar 2008 mit: „In Artikel I des Vertrages über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom 11. Dezember 1973 (Normalisierungsvertrag) heißt es: Die Bundesrepublik Deutschland

und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik betrachten das Münchner Abkommen vom 29. September 1938 im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrages als nichtig.“

Herr Dr. Kröger irrt in zweifacher Hinsicht. Der Text ist keine Nichtigkeitserklärung des Münchner Diktats ex tunc.

Nach „Maßgabe des Vertrages“ verlor die CSSR die Rechtsgrundlage für materielle Ansprüche ihrer natürlichen und rechtlichen Personen. Für die BRD-Seite gab es einen solchen Passus nicht. Und er ist auch nicht das letzte Wort in den Vertragsbeziehungen BRD – Tschechien. Es gibt noch die deutsch-tschechische Erklärung vom 21. Januar 1997, die von den Parlamenten in Prag und Bonn einmütig (auch von der CDU) gebilligt wurde. Hier ist festgelegt: „Beide Seiten erklären ..., daß sie ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden.“

Ich darf darauf aufmerksam machen: Bis 1990 pochte jede BRD-Regierung darauf, daß die „deutsche Frage“ (als territoriales Problem) erst in einem Friedensabkommen endgültig gelöst werden könne. Schon in den Pariser Verträgen von 1954 hieß es: „Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.“ Diese Linie blieb bis 1990 unverändert.

Erst unter völlig neuen Rahmenbedingungen setzten die wichtigsten imperialistischen Staaten auf den Zwei-plus-Vier-Vertrag: Er war gewissermaßen ein Münchner Diktat für die DDR. Die Tschechoslowakei war dabei gar nicht einbezogen.

Aus Zeitgründen ist es hier nicht möglich, die Konsequenzen zu erörtern, die sich bis heute aus der unterschiedlichen Stellung der beiden deutschen Staaten zum Münchner Diktat ergeben. Beschränken wir uns daher auf wesentliche Fakten.

In der BRD agieren seit vielen Jahrzehnten die Sudetendeutsche Landsmannschaft, der Witiko-Bund und andere revanchistische Organisationen. In der DDR wäre das völlig unmöglich gewesen. Sie verfolgte im Bruderbund sozialistischer Staaten ähnliche politische, ökonomische und ideologische Interessen und Ziele wie ihre Partnerstaaten. Die BRD-Führung hatte ganz anderes im Sinn. Der „Kulminationspunkt“ im Jahre 1968 bewies das eindeutig.

1989 vollzog man in Prag die „samtene Revolution“, bei uns die „friedliche Wiedervereinigung“, die sich als Ostexpansion des deutschen Kapitals erwies.

Von Václav Havel erfuhren wir: „Die Welt in Europa erscheint wie ein riesiger Kessel mit hochexplosiven Gemischen. Die neue Ära kann gefährlicher werden als der kalte Krieg.“ Politiker, Publizisten, Historiker und Amtsträger der Sudetendeutschen Landsmannschaft wie die CDU-Bundestagsabgeordnete Steinbach sprechen jetzt mit Vorliebe über die „Europäisierung der sudetendeutschen Frage“. Die beinhaltet bis heute laut Satzung der Steinbach-Truppe hartgesottener Revanchisten „den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe“ sowie „das Recht auf Rückgabe bzw. gleichwertigen Ersatz oder Entschädigung des konfiszierten Eigentums der Sudetendeutschen“.

Voraussetzung für die Erfüllung solcher Ansprüche wäre die Revision der Resultate des Zweiten Weltkrieges, die sowohl im Potsdamer Abkommen als auch – was die Tschechoslowakei betrifft – in speziellen Präsidentendekreten festgeschrieben wurden. (Laienhaft und ungenau werden diese oft als „Beneš-Dekrete“ bezeichnet.)

Unser damaliger sächsischer Ministerpräsident, Prof. Kurt Biedenkopf, der an der Arbeit der deutsch-tschechischen Kommission teilnahm, befand am 28. April 1995 an der Karls-Universität in Prag: „Objektive Wahrheiten, denen sich alle vorbehaltlos ein- und unterordnen können, gibt es in der menschlichen Erkenntnis nicht.“ Auch das ist verbrämter Revanchismus.

Prof. Dr. Horst Schneider



Obwohl wir es besser wußten ...

Wie aus der Diktatur der Klasse die Allmacht des Apparats wurde

In ihrem Beitrag „Verfälschende Konzepte“ (RF 126) wies Gudrun Rudolph auf Ursachen hin, die zur Degeneration der SED führten und sie als politischen Vortrupp schließlich unfähig werden ließen, 1989 dem Ansturm der Konterrevolution zu widerstehen. Was die Autorin offen (wohl auch in selbstkritischem Sinne) aussprach, dürfte Unbehagen, sogar Widerspruch bei manchen Genossen auslösen, die solche Zustandsbeschreibung für überzogen halten. Doch nur, wenn wir den Mut und die Kraft aufbringen, ohne Verharmlosungs- oder Beschönigungsversuche die Ursachen unserer Niederlage zu ergründen, können wir jene Lehren ziehen, die künftige gesellschaftsverändernde Anläufe gelingen lassen. Dieser Prozeß wird uns nicht bloß kurzfristig in Anspruch nehmen. Er ist auch schmerzhaft. Denn wir stoßen in ihm auf eine Grunderkenntnis, die erschrecken läßt: Eigentlich verfügte unsere Partei – ebenso wie die KPdSU und die anderen Bruderparteien – sowohl über die Einsichten als auch über die notwendigen „Instrumente“, um jene fatalen Fehler zu vermeiden, die unser Aus bedeuteten. Diese Erkenntnisse waren nicht geheim. Der Zugang zu ihnen stand jedem Parteimitglied offen. Vergleicht man sie jedoch mit der politischen Praxis, kommt man nicht um das Eingeständnis herum: Wir – die Partei als Ganzes wie ihre Mitglieder – haben wider besseres Wissen gehandelt!

Um konkret zu werden: Alle politisch führenden Parteien der sozialistischen Staatengemeinschaft stimmten darin überein, daß Kritik und Selbstkritik als Triebkraft für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft unentbehrlich sind. Das Statut der SED betont dieses Prinzip und ergänzt das durch die Aussage, daß „Kritik und Selbstkritik von unten in jeder Weise (!) zu fördern“ seien.

Was Kritik betrifft, wurde von ihr durchaus Gebrauch gemacht – gegen unsere politischen Feinde sowieso und sehr zu Recht, aber bedauerlicherweise auch gegen Genossen, die Einwände gegen Entscheidungen der Parteiführungen aller Ebenen erhoben (was ihr statutengemäßes Recht war). Andererseits verkümmerte die Selbstkritik bei der Parteiführung und im gesamten Apparat. Die Auswirkungen betrafen nicht allein Parteimitglieder. Sie blieben – politisch noch verheerender – nicht folgenlos bei den Bürgern der DDR. Die gängige Praxis, über Erfolge – tatsächliche wie vermeintliche – wortreich „Rechenschaft“ abzulegen, auftretende Probleme und Schwierigkeiten jedoch unter den Teppich zu kehren, bewirkte zunehmenden Glaubwürdigkeitsverlust, was wachsende Spielräume für antisozialistische Dissidenten eröffnete. Selbst Versuche prominenter Genossen, die Parteiführung zu einer Korrektur dieser selbstzerstörerischen Verhaltensweise zu veranlassen, blieben ergebnislos. So

dankte Karl-Eduard von Schnitzler auf die ihm zu seinem 70. Geburtstag überbrachten Glückwünsche des SED-Generalsekretärs mit dem Wunsch, die Parteispitze möge die Journalisten der DDR nicht als bloße „Mitverwirklicher“ ihrer Politik, sondern auch als „Dialogpartner“ akzeptieren. Dieses Anliegen blieb ebenso unerwidert wie die durch Hermann Kant (als ZK-Mitglied wie als Präsident des DDR-Schriftstellerverbandes) wiederholt artikulierte Ansicht, daß „Problembenennung“, also reale Widerspiegelung von Entwicklungsprozessen unserer Gesellschaft, unverzichtbar sei. Kant brachte, dann allerdings schon zu spät, seine prinzipielle Kritik in einem „Offenen Brief“ auf den Punkt. In ihm wandte er sich u. a. gegen Selbstherrlichkeit, Verlautbarungsdürre, Schönfärberei und Unterdrückung von Kritik. Den Kontrast zu manchem bei uns bot Fidel Castros Stil. Er zog es stets und gerade in schwierigsten Situationen vor, offen über unvermeidliche Belastungen zu sprechen, den Bürgern nichts vorzumachen und um deren Zustimmung für notwendige Schritte zu werben. Er erlangte gerade wegen seiner selbstkritischen Offenheit hohe Autorität bei den Mitgliedern der eigenen Partei, der großen Mehrheit der Kubaner und wurde – auch international – zu einer echten Führergestalt.

Es geht jedoch nicht vordergründig um persönliches Vorbildverhalten. Es geht um Grundprinzipien kommunistischer Politik. Über die gibt z. B. ein Standardwerk Auskunft, das einst zur Pflichtlektüre jedes SED-Mitglieds gehörte: Die „Geschichte der KPdSU (B)“. Dort heißt es in den Schlußfolgerungen, daß die Partei dann unbesiegbar sei, „wenn sie Kritik und Selbstkritik nicht fürchtet, wenn sie die Fehler und Mängel ihrer Arbeit nicht verkleistert ...“, während sie hingegen zugrunde gehe, „wenn sie ihre Fehler verheimlicht, ihre Unzulänglichkeiten bemäntelt, indem sie ein falsches Bild wohlgeordneter Zustände zur Schau stellt ...“, sich dem Gefühl der Selbstgefälligkeit hingibt und auf ihren Lorbeeren auszuruhen beginnt“. Lenin hatte davor gewarnt: „Alle revolutionären Parteien, die bisher zugrunde gegangen sind, gingen daran zugrunde, daß sie überheblich wurden und nicht zu sehen vermochten, worin ihre Kraft bestand, daß sie fürchteten, von ihren Schwächen zu sprechen.“

Den hier geschilderten Gefahren erlagen letztlich KPdSU wie SED. Als Ursache dafür wird nicht selten auf den „demokratischen Zentralismus“ verwiesen. Der habe „zwangsläufig“ zur massiven Verletzung der Leninschen Normen des Parteilebens führen müssen. Doch selbst wenn das noch so hartnäckig behauptet wird – es stimmt nicht! Im SED-Statut sind durchgängig solche Regeln festgeschrieben, deren Einhaltung die „Balance“ zwischen beiden Bestandteilen des demokratischen Zentralismus gewähr-

leistet hätte. So wird jedem Parteimitglied zur Pflicht gemacht, „furchtlos Mängel in der Arbeit aufzudecken und sich für ihre Beseitigung einzusetzen; gegen Subjektivismus, ... Egoismus und Schönfärberei aufzutreten und gegen die Neigung, sich an Erfolgen zu berauschen; gegen jeden Versuch anzukämpfen, die Kritik zu unterdrücken und sie durch Beschönigung und Lobhudelei zu ersetzen ...“ Kein Parteimitglied dürfe Mißstände verbergen noch zulassen, „daß die Wahrheit verheimlicht oder entstellt wird“. Jedem Genossen wird das Recht verbürgt, an der Tätigkeit der „Funktionäre der Partei, unabhängig von ihrer Stellung, Kritik zu üben“. So weit der Statutentext. Daß die Praxis dem immer weniger entsprach, dürften aktive Genossen seinerzeit bisweilen „am eigenen Leibe“ erfahren haben. So wie die innerparteiliche Demokratie mehr und mehr ausgehöhlt wurde, erfuhr der Zentralismus um so mehr Stärkung. Das geschah insbesondere dadurch, daß die gewählten Leitungen der Partei an Entscheidungskompetenz einbüßten, während der (nicht gewählte) hauptamtliche Apparat zum eigentlichen Leitungsinstrument wurde.

Über das Ergebnis einer „Erziehung der Partei zur Bravheit“ hat sich der als Nestor der Gesellschaftswissenschaften in der DDR apostrophierte Jürgen Kuczynski in seiner Schrift „Dialog mit meinem Urenkel“ geäußert. „Die Diktatur des Proletariats“ sei „durch die Diktatur des Parteiapparats mit dem Generalsekretär an der Spitze“ ersetzt worden, schrieb er, offiziell auf Stalin gemünzt. Die Kritik bezog sich natürlich auch auf das „eigene Haus“. Indem der Parteibasis zunehmend die Entscheidungskompetenz entzogen wurde, büßte sie sukzessive ihre Kampfkraft ein. Die Verwirrung, mit der sie im Herbst 1989 dem Geschehen, das zur Konterrevolution führte, hilflos gegenüberstand und den Parteiputschisten um Gysi ihren Coup ermöglichte, machte das deutlich.

Wolfgang Clausner

Am 16. September um 16 Uhr spricht

Oberst a. D. Bernd Fischer

in der Begegnungsstätte der

Volkssolidarität in **Bitterfeld**,

An der Sorge 2, auf einer Veranstaltung

der Regionalgruppe über

das Thema: **Zur Entwicklung
im Nahen/Mittleren Osten.**

Das KZ Hainichen

Eine kleine sächsische Stadt und der Naziterror

Als am 31. Januar 1933 der NSDAP die Macht in Deutschland ausgeliefert wurde, standen vielerorts Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Arbeitersportler bereit, den Nazispuk durch einen Generalstreik im Keim zu ersticken. So auch die Männer des Reichsbanners aus Hainichen und Umgebung. Sie warteten auf Weisungen der SPD-Führung. Diese jedoch blieben aus, denn der Parteivorstand glaubte, daß sich die Hitler-Partei, einmal ans Ruder gekommen, innerhalb weniger Wochen „abwirtschäften“ würde. Das war eine Fehleinschätzung, die auch die Hainichener Genossen bitter zu spüren bekamen.

Unmittelbar nach der Machtübertragung an Hitler erklärte dieser seine Schlägertruppen SA und SS zur Hilfspolizei. Sie machte Jagd auf alle Antifaschisten. Die enttäuschten Reichsbannerleute wurden wie die Kommunisten der Stadt von den SA-Horden „abgeholt“. Ihr Weg führte sie in den Folterkeller „Braunes Haus“ oder ins Amtsgerichtsgefängnis. Hier trafen sie auf zumeist arbeitslose frustrierte Arbeiter und Handwerker in den hellbraunen Uniformen der SA und einige fanatische Nazis. Diese erhofften sich einen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg, wenn sie sich gegenüber den „Marxisten“ so brutal wie nur möglich gebärdeten.

In Hainichen waren die ersten Verhafteten der sozialdemokratische Stadtrat Paul Becker, die Stadtverordneten Knoth, Hübsch und Rost sowie eine Reihe Kommunisten.

Franz Hormes (KPD), später der Direktor der Barkaswerke und Ehrenbürger von Hainichen, erinnerte sich: „Gleich nach deren Machtübernahme wurde ich verhaftet und in das ‚Braune Haus‘ gebracht. Hier tobten sich die Nazis nach Herzenslust aus. Wir waren im ehemaligen Maschinensaal untergebracht, den man mit Kreidestrichen auf dem Fußboden in einzelne Felder aufgeteilt hatte. Wehe, wenn einer von den Häftlingen

einen solchen Kreidestrich überschritt! Prügel waren die Folge. Die gleiche Strafe drohte denen, die während des ständigen Laufens im Kreis miteinander sprachen. Nachts schliefen wir sitzend an die Wand gelehnt. An Schikanen durch SS- und SA-Leute fehlte es nicht.“

Doch die Nazis bemerkten bald, daß es eben nicht genügte, die Verhafteten zu schlagen und zu demütigen, auch wenn man als „Hilfspolizist“ dafür pro Tag eine Reichsmark erhielt. Da die Gefängnisse bis zum Bersten überfüllt waren, ging die „Staatsgewalt“ dazu über, besondere Lager zu errichten. Es waren wohlüberlegte, von den Amtshauptmannschaften angewiesene und somit staatlich organisierte „Einrichtungen“ für Nazigeegner. Die ersten Lager dieser Art in Sachsen waren die in Plau und Leubsdorf, Reichenbach, Annaberg, Oelsnitz/Erzgebirge, Zwickau und Hohnstein, Königstein-Halbestadt, Colditz, Königsbrück, Hainewalde und Struppen.

Am 4. April 1933 wurde in Hainichen im Volks- und Sportheim das „Schutzhaftlager“ der Amtshauptmannschaft Döbeln geschaffen. Dieses Arbeiterheim mit schönem Saal und vielen Sportmöglichkeiten hatten Gewerkschafter und Sozialdemokraten wenige Jahre zuvor an der Oederaner Straße gebaut. Die ersten Gefangenen waren etwa 50 Hainichener, zumeist Kommunisten und Sozialdemokraten. Ihnen folgten schon bald Hitlergegner aus Döbeln, Roßwein, Hartha und den umliegenden Orten und sogar solche aus Leipzig. Die Wachmannschaft bestand aus Männern des SA-Sturms 5/139 aus Hainichen und dem Kreisgebiet. Ihr Anführer hieß Ziegler. Im Mai übernahm dann der SS-Bann II/48 aus Colditz die Bewachung. Die Bezeichnung war offiziell „Schutzhaftlager“, doch der Hainichener Anzeiger sprach bereits am 5. April 1933 von einem „Konzentrationslager für politische Schutzhaftlinge“.

Nach 1989/90 wurde von einigen Leuten die Frage gestellt, ob es sich hier tatsächlich um KZs gehandelt habe. Gezweifelt wurde vor allem deshalb, weil die Insassen keine KZ-Kleidung trugen und am Wochenende den Besuch ihrer Familienangehörigen erhalten konnten. Eine solche Diskussion ist engstirnig und soll nur davon ablenken, daß es bereits 1933 in unseren Heimatstädten Konzentrationslager gab und damalige Mitbürger Verbrechen begingen. Natürlich konnten die Nazis anfangs keine Häftlingsanzüge „aus dem Hut zaubern“, das ganze KZ-

System mußte sich erst bis zur totalen Perversion steigern.

Bereits bei der Ankunft hatten die Häftlinge durch zwei Reihen der Wachmannschaft zu laufen, die mit Gummiknüppeln hemmungslos auf sie einschlug. Fußtritte, Faustschläge, Essenentzug, Rede- und Sitzverbot, Strafexerzieren und alle Arten von Mißhandlungen waren die Regel. Meist fanden diese Torturen in der Nacht statt. Um sie auch tagsüber durchführen zu können, errichtete man unter der Bühne Pferche, sogenannte Arrestzellen, und konnte nun die Gefangenen ganztags halbtot schlagen. Die Blutspuren dieser Mißhandlungen waren noch 1945 nachweisbar. Als der Malermeister Otto Ludwig aus Arnsdorf eingeliefert wurde, mißhandelte man ihn so sehr, daß er einen Schädelbruch erlitt. Besondere Opfer der Nazischergen waren die beiden jüdischen Antifaschisten Goldmann aus Roßwein und Totschek aus Döbeln. Immer wieder holte man sie mitten in der Nacht, warf ihnen eine Decke über den Kopf, damit ihre Schmerzensschreie nicht zu hören waren, und mißhandelte sie. Wie Tiere im Zoo führte man sie dem damaligen Kreisleiter Grohne und anderen Nazigrößen vor.

Der Lagerleiter Ziegler trug wegen seiner Trunksucht den Spitznamen „Suff“ und wurde mehr und mehr durch seinen Stellvertreter Richard Zill verdrängt. Der erhoffte „Aufstieg“ für die Täter fand indes nicht statt, denn die SA wurde ja nach dem sogenannten Röhms-Putsch bekanntlich entmacht.

Schon am 11. Juni 1933 wurde das Lager Hainichen aufgelöst, da man im Arbeiterturnheim nun ein Arbeitsdienstlager errichtete. Nur wenige der 250 bis 300 Häftlinge wurden entlassen, die meisten jedoch in eines der drei großen sächsischen Konzentrationslager Sachsenburg, Colditz und Burg Hohnstein verlegt, um neben Isolierung, Mißhandlungen und „Umerziehung“ auch die Arbeitskräfte nutzen zu können.

Im Oktober 1948 fand vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Leipzig ein Prozeß gegen die Folterknechte statt. Ort der öffentlichen Verhandlung war das „Staupitzbad“ in Döbeln. Zill, der eigentliche Kopf im KZ Hainichen, wurde zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Bürger der Stadt informierte man durch große Schautafeln auf dem Gellertplatz über die von den Nazis begangenen Verbrechen. Erschüttert nahmen sie zur Kenntnis, wozu ganz durchschnittliche Einwohner ihrer Stadt fähig gewesen waren. Da sich die Untaten 1933 in aller Öffentlichkeit zutrug, hatte sie auch schon damals jeder, der sehen wollte, zur Kenntnis nehmen können.

Dr. Dieter Kürschner



Zeit für Alarmglocken

CDU und CSU lassen die Katze aus dem Sack

Nun ist die Katze aus dem Sack. Der weitgehend vollzogene Umbau der Bundeswehr, von einem Instrument der Landesverteidigung zu einer weltweit agierenden Eingreiftruppe hat nicht das geringste mit militärischer Bedrohung Deutschlands zu tun, denn eine solche gibt es nicht. Er dient auch nicht der Terrorbekämpfung im eigenen Land, sondern ausschließlich aggressiven Zwecken.

Soldaten der BRD sollen fernab der Heimat und wenn nötig unter Waffeneinsatz die Versorgung der „deutschen Wirtschaft“ mit Rohstoffen sichern. Das ist in einem Strategiepapier der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages nachlesbar. Dort heißt es im Klartext: „Die Herstellung von Energiesicherheit und Rohstoffversorgung kann auch den Einsatz militärischer Mittel notwendig machen.“

Es handelt sich um offene imperiale Drohung, wie sie Nazideutschland praktiziert hat. Denkt man an die Folgen, die dies hatte, mag man kaum glauben, daß eine solche Absicht erneut in das Kalkül deutscher Politiker geraten könnte. Und spätestens jetzt wird erkennbar, welchen Wert es hatte, daß in der DDR der verfassungsmäßig verankerte Grundsatz galt: „Nie wieder darf von deutschem Boden Krieg ausgehen!“

Aber das CDU/CSU-Strategiepapier enthält auch Koordinaten der Aggression nach innen. So die im Widerspruch zum Grundgesetz erhobene Forderung, der Bundeswehr das Recht einzuräumen, auch im eigenen Land militärisch einzugreifen. Man fragt sich, gegen wen und zu welchem Zweck? Der Überwachungs- und Unterdrückungsdrang von CDU-Innenminister Schäuble kennt keine Grenzen: Im Bedarfsfall soll die Bundeswehr „innere Feinde“ der BRD bekämpfen.

Dort, wo Wahlen darüber entscheiden, wer regiert, können sich die staatstragenden Parteien ihres Machterhalts normalerweise so lange sicher sein, wie sie über parlamentari-

sche Mehrheiten verfügen. Das dürfte stets dann der Fall sein, wenn eine möglichst große Zahl der Abstimmenden zum Nutznießer der jeweils betriebenen Politik gemacht worden ist. Begünstigt sind neben den Reichen vor allem Angehörige der sogenannten Mittelschichten, also Gewerbetreibende, Handwerker, Freiberufler und Beamte. Aber auch vollzeitbeschäftigte Facharbeiter und Angestellte der oberen Lohn- und Gehaltsgruppen sowie die dazugehörige Rentnerschaft sind in Betracht zu ziehen. Das erklärt auch das Bestreben von CDU und CSU, als „Parteien der Mitte“ wahrgenommen zu werden.

In diesem Sinne funktioniert das politische System der Bundesrepublik seit deren Gründung fast wie im Selbstlauf. Und niemand im Lager der Herrschenden mußte sich bislang sorgen, daß sich daran etwas Fundamentales ändern könnte.

Doch neuerdings kriselt es gerade in der Mitte der Gesellschaft. Der soziale Abwärtstrend, der lange Zeit nur die einkommensschwachen Teile der Werkstätigen und die sozial Ausgegliederten traf, greift zunehmend auch auf die Mittelschichten über. Sogar Gutsituierte fühlen sich potentiell bedroht. Existenzunsicherheit gehört für viele zum Alltag. Einschränkungen in der Lebenshaltung müssen hingenommen werden. Kinder werden zur finanziellen Belastung. Das erworbene Sozialprestige schwindet. Selbst Abstürze in die Armut sind keine Ausnahme mehr.

Aus jüngsten Statistiken geht hervor, daß schon ein Drittel jener, welche sich bislang auf der sicheren Seite des Lebens wähnten, in die „Unterschicht“ abgesunken ist oder sich im freien Fall dorthin befindet. Hinzu kommt direkte Armut. Immer mehr Menschen vegetieren bei Niedrig- und Niedrigstlöhnen, von denen die Betroffenen angesichts weiter steigender Ausgaben ohne staatlichen Zuschuß nicht leben können. Zeit- und Leiharbeit schaffen unsichere Daseinsbedingungen. Hartz-IV-Empfänger schlagen sich – an deutschen

Bedingungen gemessen – auf niedrigstem Niveau durch. Millionenfache Kinderarmut zeitigt verheerende Zukunftsfolgen.

So sammelt sich sozialer Zündstoff an. Während das untere gesellschaftliche Milieu anwächst, schrumpft die Mitte und damit das ausschlaggebende Wählerpotential der Etablierten. Die genannten Verschiebungen beschwören für das politische System ernste Risiken herauf. Wenn sich dieser Trend fortsetzt und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, könnte die Bundesrepublik erstmals seit ihrer Gründung in ernste Atemnot geraten. Und zwar, ohne daß dies auf „fremde Einflüsse“ zurückzuführen wäre, gar auf revolutionäre Umwälzungen. Denn der subjektive Faktor politischen und sozialen Lagebewußtseins bleibt – zumindest vorerst – völlig unterentwickelt, auch wenn Politik- und Politikerverdrossenheit ständig zunehmen. Bis in die Mitte der Gesellschaft werden Fragen laut, ob sich die BRD den „Herausforderungen der Zeit“ überhaupt zu stellen vermag. Der von den USA ausgehende Finanzcrash mit Milliardenverlusten wirft seine Schatten. Selbst Frankfurter Börsenbeobachter – beispielsweise des ZDF – melden immer offener Zweifel an.

Kann es da überraschen, daß militärische und politische Planer der BRD Überlegungen anstellen, was getan werden müßte, wenn die Macht des Großkapitals eines Tages nicht mehr mit bürgerlich-parlamentarischen Mitteln zu gewährleisten ist.

Wie eingangs festgestellt, findet sich die Antwort auf diese Frage im Strategiepapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Es ist sicher kein Zufall, daß gerade jetzt immer öfter davon gesprochen wird, die Bundeswehr erforderlichenfalls auch im eigenen Land einzusetzen. Die Linke – und zwar in ihrer Gesamtheit – sollte sich des Ernstes der Situation bewußt werden und die Alarmglocken läuten.

Eberhard Fensch

Südostetien in Flammen

NATO testete Krieg gegen Rußland

Der mit schwerem Leid für die Bevölkerung einhergehende Angriff des Tbilissier Machtklüngels auf Südostetien – eine durch überwältigenden Volksentscheid autonom gewordene Kaukasusregion unter dem Schutz russischer Friedenstruppen – ist ohne Zweifel eine weitere unverfrorene Aggression der NATO. Diesmal handelt es sich gewissermaßen um einen Testkrieg des Nordatlantikpakt gegen Rußland. Auf „Empfehlung“ Washingtons hat ihn der aus den USA importierte und als Präsident installierte georgische Hasardeur Saakaschwili entfesselt, um Moskau zu provo-

zieren und dessen Reaktion abzutasten. Der „starke Mann“ Georgiens wurde von der CIA dorthin entsandt, nachdem der schwächliche Renegat Schewardnadse aus Gorbatschows Stall politisch abgewirtschaftet hatte. Jetzt führte er das Land aus der GUS.

Saakaschwili macht keinen Schritt ohne die NATO, die den strategischen und ökonomischen Schlüsselstaat im Kaukasus als Bastion gegen Rußland weiter ausbauen möchte, um dessen Einkreisung perfekt zu machen.

Auch beim Überfall auf Südostetien verstand sich die CIA wieder einmal – wie bei all ihren

Verbrechen gegen das Völkerrecht – auf exaktes „Timing“: die Wahl des passenden Zeitpunkts. Die ersten georgischen Raketen schlugen in Südostetiens Hauptstadt Tschiwali am 8. August ein – dem Tag der Eröffnung der Olympischen Spiele in Peking. Man wußte um den unausbleiblichen Triumph der Chinesen und legte flugs neue Luntten, um die Aufmerksamkeit der Welt auf einen anderen Schauplatz abzulenken, nachdem die antikommunistischen Inszenierungen in Lhasa und Ulan Bator fehlgeschlagen waren.

K. S.

Verschüttetes Bewußtsein

Die ewige Suche nach einem Subjekt, das Ordnung schafft

Dem Artikel von Dr. Dieter Hillebrenner im RF 124/Extra zum Thema „Opportunismus heute“ stimme ich weitgehend zu. Darin werden sehr wichtige Probleme unseres derzeitigen politischen Kampfes behandelt. Dazu ein Wort von Karl Marx: „Über geschichtliche Ereignisse beklagt man sich nicht, man bemüht sich im Gegenteil, ihre Ursachen zu verstehen und damit ihre Folgen.“ (MEW, 21/202) Das trifft auf die Analyse der Niederlage des Sozialismus in Europa voll zu. Vielleicht sollte man bei der Betrachtung seiner Geschichte auch auf die Voraussicht von Friedrich Engels Bezug nehmen, der 1893 in einem Brief an Lamplugh schrieb: „Die Natur hat Millionen Jahre gebraucht, um bewußte Lebewesen hervorzubringen, und nun brauchen diese bewußten Lebewesen Tausende von Jahren, um bewußt zusammen zu handeln; bewußt nicht nur ihrer Handlungen als Individuen, sondern auch ihrer Handlungen als Masse; zusammen handelnd und gemeinsam ein im voraus gewolltes Ziel verfolgend.“ (MEW 39/63)

Wenn wir die Geschichte der letzten 3 000 Jahre in Betracht ziehen, dann finden wir unablässige Versuche, die unterschiedlichen Handlungen der Individuen zu regeln, angefangen bei den Stammes- und Kommunalordnungen, der Entstehung der Religionen, der Staatswesen, der Philosophien und Kulturen bis hin zur heutigen Rechtfertigung der „sozialen“ Marktwirtschaft. Die Erfolge und Niederlagen auf diesem Weg sind reich gesät. Wir stekken noch mittendrin. Eine gerechte Ordnung haben wir bis heute nicht erreicht. Wir verbinden unsere Hoffnungen mit der Realisierbarkeit der Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus. Wie sagte doch Bertolt Brecht im „Lob des Kommunismus“? „Er ist das Einfache, das schwer zu machen ist.“

Da sind die Kriege mit unermeßlichen Todesopfern, da gibt es in den verschiedenen Produktionsweisen riesige Unterschiede zwischen Arm und Reich, im Kapitalismus getrieben durch das Gesetz vom Maximalprofit, da spielen die der menschlichen Natur eigenen Laster und die Ellbogenmentalität eine große Rolle. Vor über 2000 Jahren haben die Verfasser des Alten Testaments bereits darüber geklagt, daß in den Städten Sodom und Gomorrha verheerende Zustände und unerträgliche Laster eingezeichnet waren, so daß der strafende Gott dem Spuk ein Ende bereiten mußte. Das Warten auf einen Messias, einen Erlöser, motiviert Gläubige in aller Welt.

Noch immer steht die Suche nach einem ordnenden Subjekt im Zentrum der Gedanken. Bisher lenkt und ordnet die jeweils herrschende Klasse in Gestalt ihres Staates das Handeln der Individuen. Der Klassenkampf von oben, schreibt Dr. Hillebrenner, stoße in der BRD auf viel zu wenig Klassenwiderstand von unten. Derzeit könne man nicht von einer organisierten und selbstbewußten Arbeiterklasse sprechen. Die Zermürbungsstrategie des Kapitals und seiner Medien hat also funktioniert. Der Oppor-

tunismus tritt als eine Haupterscheinung des ideologischen Kampfes verstärkt in den Vordergrund. Betroffen ist dabei auch ein Teil der PDL, besonders Führungspersonal. Hillebrenners Artikel macht deutlich, welche titanische Arbeit noch zur Beseitigung von Illusionen über „Sozialpartnerschaft“ von Kapital und Arbeit und zur Durchleuchtung der wahren Natur des „Sozialstaates“ zu bewältigen ist. Natürlich muß man auch die zunehmenden Tendenzen einer Rückbesinnung auf revolutionäre Traditionen sehen. Dieser Prozeß wird sich beschleunigen, sobald die Trugbilder von einem wohlmeinenden Klassengegner weiter abgeschwächt sein werden.

Wir können nach wie vor vom Urteil Thomas Manns ausgehen, daß der Antikommunismus die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts gewesen ist. Für das 21. Jahrhundert trifft das in potenziert Form zu. Nicht nur die Politik der am Ruder befindlichen Interessenvertreter des Kapitals und ihrer sozialdemokratischen Erfüllungsgehilfen sowie eine früher in diesem Maße ungekannte Medienarmada der Bourgeoisie reproduzieren unablässig bei der Masse vorgestanztes antikommunistisches Denken. Auch die enormen Veränderungen in Wissenschaft und Technik sowie die beispiellose Steigerung der Arbeitsproduktivität haben zu sozialen Umschichtungen geführt, die Entsolidarisierung der „Arbeitnehmer“ gefördert und den politischen Opportunismus gestärkt.

Es wird für den Durchschnittsbürger immer schwieriger, Durchblick im täglichen Leben und in der Politik zu behalten, zwischen Richtigem und Falschem zu unterscheiden. Kein Wunder, daß sich angesichts dessen ständig mehr Menschen den Glaubensgemeinschaften und Sekten zuwenden, von denen sie vereinfachte Antworten erhalten. Marx bezeichnete die Religion als das Opium des Volkes, was kein Vorwurf an die Gläubigen, sondern die Beschreibung einer realen Situation ist. Die Annäherung an religiös motivierte aller Konfessionen, die mehrheitlich einfache, ausgebeutete oder scheinselfständige Menschen sind, ist für uns Marxisten ein unerläßliches Gebot des Klassenkampfes.

Opportunismus zielt heute in letzter Konsequenz immer darauf ab, den Kapitalismus als das faktische Ende der Geschichte anzuerkennen. Man ergibt sich dem „Sandsturm“ des Kapitals. Für viele geht es nur noch darum, den Job zu behalten, wozu die erforderliche eigene Anpassung zur Bedingung wird. Mit dieser Haltung läßt sich auch der Rückzug aus den Reihen standhaft gebliebener Sozialisten und Kommunisten begründen.

Die Niederlage des Sozialismus in Europa hat die Menschheit für lange Zeit zurückgeworfen. Doch wenn man nicht aufstecken will, muß man deren Ursachen und Wirkungen begreifen.

Dr. Werner Liebig

Der Kandidat

Es trieb ihn in das höchste Amt
Und seine Rede, fein wie Samt,
Fürs Volk ließ dies begeistern.
Er sagt, er wollt' die Krise meistern;
Auch sei der Krieg mit dem Irak
Von Anbeginn ein Fehlbetrag.

Irak? ja. Doch Afghanistan –
Nur wegen jener Taliban?
Hat nicht ein jedes Volk das Recht
Wohl auf sein eigenes Gefecht?
Was suchen Fremde in dem Land,
Das niemals seine Ruhe fand?

Der Kandidat bereist die Welt.
Doch jene Fragen, ach, die stellt
Man ihm nun aber wirklich nicht ...
Wie leicht verlör' er sein Gesicht.
Denn schließlich wird er Präsident
Nur, wenn er nicht die Wahrheit nennt.

Die Auftraggeber sind die gleichen,
Wenn nicht dieselben, doch die
Reichen.

So trifft das Volk auch deren Wahl
Für Jahre bis zum nächsten Mal.
Und ach – wer weiß? – nervt Krieg,
nun ja,

Stehn andre Kandidaten da ...

E. Rasmus

„Übrigens sieht man gleich, daß Obama ein ganz anderer Typ als George W. Bush ist. Er lächelt sympathisch, nicht hinterhältig.“

Gregor Gysi, Vorsitzender der PDL-Fraktion im Bundestag, im „Tagesspiegel“ über den Präsidentschaftskandidaten der US-Demokraten

Herzliche Glückwünsche zum
80. Geburtstag am 6. September
unserem bewährten

Genossen Erwin Mitzkat
in Teterow.

Der Jubilar, der sich zu DDR-Zeiten große Verdienste um die Demokratische Bauernpartei erwarb, gehört zum „RotFuchs“-Urgestein und hat sich beim Aufbau der Regionalgruppe Teterow wie auch als deren mehrjähriger Vorsitzender durch hohe Einsatzbereitschaft ausgezeichnet.

**Wir versichern Erwin unserer
Freundschaft und Verbundenheit.**

„Auslese der Besten“

Wenn sich Abschaum als Elite versteht

Im RF 126 untersucht Klaus Steiniger die sinnwidrige Verwendung der Begriffs „politische Klasse“. Darunter fassen seine Erfinder die Politprofis – ganz gleich, auf welcher Ebene sie tätig sind und welchen Platz sie in diesem System einnehmen – zusammen. Und zwar völlig unabhängig davon, ob sie den antagonistischen Widerspruch zwischen sozialen Klassen wahrnehmen oder leugnen. Der Autor des Leitartikels nennt diesen unsinnigen Sprachgebrauch eine „Groteske“. Das ist wohl wahr, aber ich glaube, so anspruchsvollen Überlegungen entspringt die Wortverbindung „politische Klasse“ gar nicht.

Der Duden (24. Auflage, Mannheim 2006) nennt als ausschließliche Bedeutung: „... jmd. od. etwas hat Klasse; das ist ganz große Klasse (ugs. für großartig, hervorragend) ...“, und es werden die Beispiele genannt: „ein Klasse Auto; sie hat Klasse gespielt; die neue Lehrerin ist Klasse“. Ich fürchte, die Damen und Herren „Volksvertreter“ der Bourgeoisie haben in ihrer eitlen Selbstgefälligkeit vor allem wohl diesen gütesiegelartigen Aspekt im Auge, wenn sie sich als „politische Klasse“ präsentieren. Und in ihrer unnachahmlichen materiellen wie ideellen Bescheidenheit bezeichnen sie sich ja auch gerne als „politische Elite“. Wenn ich hier wieder den Duden bemühe, dann ist Elite mit „Auslese der Besten“ gleichzusetzen. Das ist – in der Mehrheit der Fälle ja noch grotesker!

Wie weit dieser irrsinnige Sprachmißbrauch gehen kann, lehrt ein von Hermann Weiß im S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, herausgebrachtes und im Tosa-Verlag Wien dann als Lizenzausgabe erschienenenes „Personenlexikon 1933 bis 1945“. Im Klappentext wird es als „eines der wichtigsten Lexika zur Geschichte des Nationalsozialismus“ bezeichnet. „Zwanzig Historikerinnen und Histori-

ker, Archivare und Bibliothekare haben mehr als 500 Biographien zusammengetragen.“

In einem Vorwort des Herausgebers werden – wenn auch in einigen Passagen mit sehr anfechtbaren Formulierungen – die Verbrechen der Nazis erwähnt. Doch dann mißbraucht man – und der Wortlaut ist unbedingt erforderlich – den Begriff „Elite“ in unglaublicher Art und Weise: „Bei der Auswahl der Biographien war nicht daran gedacht, eine rein auf die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände bezogene Sammlung vorzulegen.“

Die Absicht des Herausgebers war es vielmehr, die politische und die geistige Elite Deutschlands der Jahre 1933–1945 (Hervorhebung von R. K.) vorzustellen. Neben Politikern stehen Künstler, Militärs, Wirtschaftsführer, Sportler, Wissenschaftler, Kirchenführer, kurz: eine Zusammenstellung der Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben des Dritten Reiches eine Rolle spielten, sei es, weil sie als führende Nationalsozialisten oder weil sie wegen ihrer beruflichen oder anderer Bedeutung in der öffentlichen Meinung präsent waren und willentlich – oder nicht – das Erscheinungsbild des NS-Staates mitbestimmten.

Als Kriterium für die Aufnahme in das Lexikon spielt damit nicht nur die damalige politische Bedeutung, sondern auch der gesellschaftliche Stellenwert eine Rolle. Unter diesem Gesichtspunkt wurden auch Gegner des Nationalsozialismus in die Auswahl aufgenommen (wie gnädig!, R. K.), wenn das Kriterium der Elitenzugehörigkeit auf sie zutraf (Hervorhebung von R. K.) ...“

Und dann sind all die blutbesudelten Nazi-banditen aufgelistet und in die „Auslese der Besten“ aufgenommen: Hitler, Himmler, Göring, Goebbels, Dirlwanger, die Amtsleiter, Gauleiter, das ganze braune Gesindel. Trotz ihrer im biographischen

Text aufgeführten Schandtaten gehören sie also zur „Elite“ im Dritten Reich.

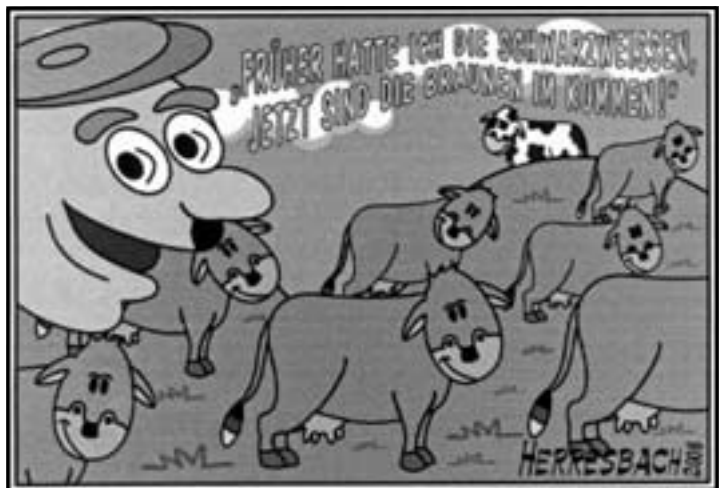
Was die „Gegner des Nationalsozialismus“ betrifft, die großzügigerweise „in die Auswahl aufgenommen“ wurden, so bezieht sich in den meisten Fällen „das Kriterium der Elitezugehörigkeit“ auf ihre gesellschaftliche Herkunft. Deshalb finden vor allem die Widerständler aus dem Adel und dem gehobenen Bürgertum die Gnade der Aufnahme in das Werk. Den Namen Thälmann sucht man vergebens. Er konnte das Kriterium natürlich nicht erfüllen, war er doch nur Transportarbeiter. Außerdem hatte man ihn rechtzeitig in den Kerker geworfen, so daß es ihm nicht vergönnt war, „im öffentlichen Leben des Dritten Reiches eine Rolle“ zu spielen.

So eignet sich auch dieses Lexikon, das laut Klappentext „für ... Fachleute ebenso gedacht (ist) wie für ein breites Publikum“, ganz hervorragend, mit Hilfe der Sprache eine grausame Realität zu verniedlichen und das gesamte gesellschaftliche Erscheinungsbild korrigierend aufzuhübschen.

Da muß es auch nicht verwundern, daß Hitler als Wachsfigur in Madame Tussauds Kabinett auftaucht. Schließlich gehörte er ja zur „politischen und geistigen Elite der Jahre 1933–1945“. Im übrigen finden sich seit Jahren in der Berliner Wilhelmstraße unwidersprochen die auf Glasplatten verewigten Konterfeis von Hitler, Himmler, Goebbels und anderen faschistischen Größen.

Pikanterweise stehen diese gläsernen Erinnerungs- und Erklärungsstücke nur 100 Meter Luftlinie entfernt vom Holocaust-Mahnmal, mit dem sich doch die politische „Elite“ von heute so gerne schmückt. Eine merkwürdige Art der Geschichtsaufarbeitung!

Rudolf Krause



Zeitzeugen und „Zeitzeugen“

Warum man Leute mit Sachwissen mundtot machen will

Widersprechen einstige DDR-Bürger, insbesondere Mitarbeiter des MfS, sachlich falschen Darstellungen der gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem untergegangenen Land, so lösen sie bei den Machthabern und deren Ideologen geradezu orkanartige Stürme der Diffamierung und persönlichen Beleidigung aus. Vertreter nahezu aller Parteien und die von ihnen beeinflussten Medien unterstellen ihnen sofort die Absicht einer Verschleierung von ihnen „begangener Verbrechen“ und der Verklärung der DDR. In der Summe lautet die von den antikommunistischen Zentralen und deren Nachbetern ausgegebene Losung: „Täter sind keine Zeitzeugen; die Deutungshoheit über die Geschichte der DDR liegt allein bei uns!“ Die Demagogie beginnt bereits mit der Verwendung des Wortes „Täter“, das alle früheren Mitarbeiter unserer Sicherheitsorgane pauschal kriminalisiert.

Vereinfacht kann man den Begriff des Zeitzeugen so definieren: Er ist eine Person, die über Informationen zu selbst-erlebtem Geschehen verfügt. Diese können unterschiedlichster Natur sein, z. B. Politik, Naturgewalten, Sport oder anderes betreffen. Wahrnehmungen des Zeitzeugen haben einzelne Vorgänge, aber auch komplexe Zusammenhänge und Entwicklungen zum Gegenstand. Entscheidend für Historiker ist der Wahrheitsgehalt von Aussagen. Wie bei allen anderen Zeugen auch, wird der Zeitzeuge durch eine Vielzahl bekannter und überprüfbarer Faktoren beeinflusst. Beispielsweise: die Umstände der Wahrnehmung, die Nähe des Betroffenen zum jeweiligen Ereignis. Hinzu kommen die generellen Fähigkeiten zur Aufnahme von Details und deren Verarbeitung. Der zeitliche Abstand spielt eine Rolle. Wie exakt kann der Zeuge die Abläufe noch wiedergeben, was hat er inzwischen vergessen? Was läßt er weg, was fügt er hinzu? Wurden die eigenen Eindrücke unterdessen durch Gespräche mit anderen oder Kenntnisse über ähnliches Geschehen überlagert? Aber auch die persönliche Haltung oder die politische Einstellung haben Einfluß auf Verarbeitung und Bewertung von Vorgängen. Nicht zuletzt spielen die Motive des Zeugen zur Aussage eine Rolle. Was bezweckt er damit? Erwartet er persönliche Vorteile? Will er seinen eigenen Part in einem anderen Licht darstellen, als dieser in Wirklichkeit war?

Daraus ergibt sich, daß seriöse Historiker den Aussagen von Zeitzeugen grundsätzlich mit einer gewissen Skepsis begeg-

nen und sie ohne Gegenprüfung entsprechender Dokumente nicht als verbindlich betrachten.

Ehemalige Mitarbeiter des MfS werden öffentlich verdächtigt, sie wollten ihre „strafrechtliche Schuld“ leugnen und wären deshalb als Zeitzeugen prinzipiell auszuschließen. Bei selbsternannten „Opfern“ hingegen dürfen – wie sich gezeigt hat – Übertreibung oder Lüge aus politischen oder materiellen Gründen vermutet werden.

Interesse an der Klärung strittiger Sachverhalte macht eine Gegenüberstellung der Schilderungen beider Seiten erforderlich. In seinem Grußwort beim Empfang für die Teilnehmer der Sommerakademie des Geschichtsnetzwerkes EUSTORY am 19. August 2002 erklärte der damalige Bundespräsident Johannes Rau: „... Auch das zeigt ein aufrichtiges Suchen nach der historischen Wahrheit: Man kann sie nicht

chungshaftanstalten. Sie dienen der Ruhigstellung von Gefangenen, die eine Haftpsychose erleiden. Im Sprachgebrauch hat sich der Begriff „Gummizelle“ eingebürgert. In eben dieser Zelle, so behauptete der uns führende „Zeitzeuge“, habe seine Ehefrau 1964 wiederholt Blut und Urin beseitigen müssen. Diese Unterstellung sollte als schlagender Beweis für Folter zur Erlangung von Geständnissen durch das MfS dienen. Ich war während meiner aktiven Zeit als Untersuchungsführer nie in diesem Raum. Auch habe ich kein eigenes Wissen darüber, wie oft er benutzt wurde. Verbindlich aber kann ich feststellen: Eine solche Zelle existierte im Jahre 1964 nicht. Sie wurde erst zehn Jahre später eingerichtet. Außerdem kann ich generelle Hinweise für die Bewertung dieser Äußerung geben. Insbesondere zu der Frage, wer überhaupt in der Untersuchungshaftanstalt gefoltert haben soll.

Mitarbeiter des Untersuchungsorgans hatten keinen Zugang zur UHA, kommen also als Täter nicht in Betracht. Jeder Untersuchungsführer hätte darüber hinaus bei seinem Vorgesetzten sofort Meldung erstattet, wenn ihm ein Beschuldigter eine Mitteilung über Folter oder Mißhandlung gemacht oder er selbst Spuren eines solchen Geschehens an einem Beschuldigten wahrgenommen hätte. Den Mitarbeitern der Untersuchungshaftanstalt fehlten jegliche Voraussetzungen für die „Auswahl potentieller Folteropfer“. Sie kannten die Untersuchungsgefangenen nur als Nummer und hatten keinerlei Kenntnisse über die laufenden Ermittlungen und das Aussageverhalten der einzelnen Beschuldigten.

Mit diesem Sachverhalt konfrontiert, räumte das Beiratsmitglied der „Gedenkstätte“ Berlin-Hohenschönhausen, Hans Eberhard Zahn,

vor mehreren Personen ein, daß es Zeitzeugen der „Gedenkstätte“ gebe, die die Unwahrheit sagten.

Es ist das Tatsachenwissen der ehemaligen Mitarbeiter des MfS, welches sie für Demagogen und Lügner so gefährlich macht. Auf diese trifft die Feststellung des seinerzeitigen Bundespräsidenten Johannes Rau zu, die er am 5. Juni 2004 vor Presseleuten in Hamburg traf: „... Die Würde des Menschen ist unantastbar, steht im Grundgesetz. Und dennoch wird die Menschenwürde in Medien immer öfter angetastet – nicht selten unter dem Vorwand journalistischer Kritik. Persönliche Angriffe auf Menschen sind aber etwas anderes als sachliche Kritik. Ich weiß, daß der Grat zwischen beidem manchmal schmal ist. Aber kein journalistisches Interesse kann die gezielte Verletzung von Menschen rechtfertigen ...“

Herbert Kierstein



Aus „Publik“, ver.di

von einer Seite allein aus finden, sondern ihr vollständiges Bild erscheint nur dem, der unterschiedliche Blickwinkel berücksichtigt. Deshalb muß man allen Beteiligten zuhören, man muß ihre unterschiedlichen Standpunkte kennen ...“

Warum wird dieser Forderung nicht entsprochen und statt dessen alles getan, um frühere Mitarbeiter des MfS aus dem Kreis der Zeitzeugen zu verbannen?

Im Herbst 2003 nahm ich an einer Führung in der sogenannten Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen teil – dort befand sich zu DDR-Zeiten meine Arbeitsstelle. Begleitet wurde ich durch Dr. Hannes Sieberer, der wegen seiner Tätigkeit als Werber und Instrukteur des USA-Geheimdienstes MI in eben dieser Anstalt inhaftiert war. Wir wurden in eine Zelle geführt, deren Wände vollkommen gepolstert waren. Solche Räume gibt es weltweit in nahezu allen Untersu-

Brauchbare Ansätze, aber ...

Wortmeldung zu einem Diskussionsangebot aus Brandenburg

Das Diskussionsangebot der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke (PDL) in Brandenburg „Unsere Position zum Sozialismus im 21. Jahrhundert“ enthält brauchbare Ansätze. Dennoch sollten bei der um sich greifenden Beliebigkeit an ein Grundsatzpapier möglichst hohe Ansprüche gestellt werden. Die Kardinalfrage „Warum hat der im Aufbau befindliche Sozialismus eine Niederlage erlitten?“ wird etwas zögerlich, teilweise mit verbrauchten Argumenten bedient. Das von Freund und Feind immer wieder strapazierte „niedrige Entwicklungsniveau der Produktivkräfte“ soll ein Achtungszeichen an den historischen Materialismus sein; schon Marx habe gesagt, es beginne wahrscheinlich in England. Ergo: Woanders kann (darf) es nicht beginnen. Diese These wurde vom Leben widerlegt. Auch die Verfasser räumen ja ein: „... entstand in der UdSSR (...) aus dem rückständigen russischen Agrarland eine politische, ökonomische und militärische Weltmacht“. Lenin betonte schon 1919, daß die Arbeitsproduktivität „in letzter Instanz (also nicht zum Zeitpunkt des Sturms auf das Winterpalais) das Entscheidende“ sei. Selbstredend stellt sich die Frage, wie etwa einhundert Länder mit niedrigerer Arbeitsproduktivität als die DDR, die immerhin zu den zehn führenden Industrienationen zählte, munter weiter existieren; daran allein kann es also nicht gelegen haben. Sollte das „Entwicklungsniveau der Produktivkräfte“ wirklich von so entscheidender Bedeutung sein, verwundert, daß sich „nicht zufällig die revolutionären Zentren in der Welt in die Entwicklungsländer verschoben“ haben, gerade dahin, wo die Arbeitsproduktivität nicht gerade Spitzenwerte erreicht. Für die DDR beschreitet das Papier auch an anderer Stelle leicht ausgetretene Pfade. Sie habe „eine beeindruckende wirtschaftliche und soziale Entwicklung genommen ... geschichtlich einmalige Sozialleistungen, Vollbeschäftigung, für jedermann bezahlbare Mieten, Energie- und Transporttarife, ein kostenloses Gesundheitswesen, hohes Bildungs- und Kulturniveau“ erreicht. Der Ursachenkatalog übersieht: In der DDR gab es z. B. kein privates Bankwesen; heute heimsen die Kreditinstitute über Lebensversicherungen, Altersversicherungen, Sparguthaben, Sozialversicherungen, Reiserücktrittsversicherungen, Hausratsversicherungen etc. Milliarden ein, um damit auf den internationalen Finanzmärkten und an den Börsen zu spekulieren, weil „das Geld ja arbeiten muß“. Nicht gewürdigt – dabei „geschichtlich einmalig“ – wurde auch die Nationalisierung der Schlüsselindustrien. Ein „kostenloses Gesundheitswesen“ ergab sich vor allem daraus, daß die Giganten der Pharmaindu-

strie verstaatlicht waren. Niedrige „Energie- und Transporttarife“ resultierten daraus, daß Energielieferanten und Verkehrswesen volkseigen waren. In irgendwelchen Akademikerstübchen entstand das Wort vom „mangelnden Eigentümerbewußtsein der Werktätigen“. Warum mußte dieser Krampf übernommen werden? Ob in den USA, in Frankreich oder in der Bundesrepublik die Wirtschaft bis heute „funktioniert“, weil da die Werktätigen mehr „Eigentümergeist“ haben? Wohl nicht. Eine solche Beweisführung tut auch Hunderten Belegschaften Unrecht, die Rotz und Wasser geheult haben, als die „Treuhand“ ihre Volkseigenen unter den Hammer nahm. Es genügt heute, zu Treffen auseinandergejagter Belegschaften zu gehen, um zu erfahren: Der volkseigene Geist lebt fort. Da gibt es keine Stimmen: „Gott Lob, daß unser Betrieb abgewickelt wurde.“

Durchaus zum Thema gehört der im Juni wieder zelebrierte „Arbeitieraufstand“ aus dem Jahr 1953. Aufschlußreich schien mir, der Kamera durch die Reihen der „geladenen Gäste“ einer „Gedenkveranstaltung“ zu folgen: Prototypen proletarischen Urgesteins saßen da. Sie wären allerdings nicht willens, die Streichung von weltweit 17 000 Stellen bei Siemens zum Anlaß für einen neuen „Arbeitieraufstand“ zu nehmen. Da liegt der feine Unterschied. Der Auslöser im Juni 1953 – ich verfolgte diese Entwicklung mit Entsetzen über BBC World Service in einer kleinen Siedlung am Unterlauf des Jenissei – waren administrative Normerhöhungen. Die DDR-Führung hatte lange vor heutigen „Ursachenforschern“ erkannt, daß die Arbeitsproduktivität mit der Entwicklung der Produktionsmittel nicht Schritt hielt. Die Arbeiter, besonders im Bauwesen, zeigten dafür kein Verständnis, obwohl diese Maßnahme gerade auch in ihrem Interesse lag.

Einem Mythos des „Produktivitätsrückstands“ zu verfallen scheint marxistisch korrekt, führt aber zu weiteren Fehlschlüssen. Die hohe Arbeitsproduktivität im „Westen“ – wenigstens das sollten uns 19 Jahre bundesdeutscher Realität beigebracht haben – ist Ergebnis einer zügellosen Ausbeutung durch „Flexibilisierung, Hektik der Stechuhren, der Lauschangriffe, des Mobbing, der Arbeitszeitverlängerung, der Pausenkürzungen, der Furcht um den Arbeitsplatz, der Verdrängung von Krankheiten, des Lohndumpings etc. Die Arbeit ist wieder zum Fluch geworden! Man wird unwillkürlich an Heines „Weber“ erinnert: „... Wir weben hinein den dreifachen Fluch.“

Die geringere Arbeitsproduktivität in der DDR war zutiefst human. Da gab es Platz für den Menschen, seine Sorgen und Nöte (da wurde die Mittagspause überzogen, mal schnell zur Betriebspoliklinik, so etwas

gab es tatsächlich, oder zum Fleischerkonsum gegenüber gelaufen – ist das nun schon gar nichts mehr?) Sind das keine „ethischen und humanistischen Gründe“, von denen in der Schrift die Rede ist? Müssen wir uns noch nachträglich für diese Züge des „real Existierenden“ entschuldigen? Die Noblesse der DDR wird zum vermeintlichen „Defizit“, um unsere Niederlage zu erklären.

Bei den Tatsachen könnte man auch in anderer Hinsicht verweilen. Was N. S. Chruschtschow im Februar 1956 noch zögerlich als „Periode des Personenkults“ beschrieb, die ihn veranlaßte, (wenigstens) die Rückkehr zu den „Leninschen Normen des Parteilebens“ anzumahnen, wird bei der Erklärung der Niederlage des Sozialismus von den Verfassern leider delikatsensparend ausgespart. Man kann diese „Periode“ bestimmt sehr unterschiedlich interpretieren, sie einfach totzuschweigen ist wenig hilfreich. Der IKP-Führer Palmiro Togliatti sprach bereits 1956 von einer „Entartung des Sozialismus“, vielleicht sollten wir bei der Suche nach dem „Warum?“ auch einmal darüber nachdenken.

In der DDR galt der „demokratische Zentralismus“. Sein wesentliches Element – die vorausgehende gründliche, kameradschaftliche, ja zivilisierte Beratung – wurde aber leider immer mehr vergessen. Wir hatten uns an die Kategorie von „Direktiven“ gewöhnt, das Ergebnis diverser „Beratungen“ stand von vornherein fest. So kann man einen Staat lange erfolgreich führen, Menschen auf Dauer zu gewinnen vermag man damit wohl kaum. Was heißen soll: Der Staat büßte schleichend seinen sozialistischen Charakter ein.

„Noch nie in der Geschichte haben sich revolutionäre Veränderungen in kurzen Zeiträumen durchgesetzt“, heißt es in dem von mir besprochenen Papier. Stimmt das so? Es ist zumindest nicht sehr dialektisch gedacht. Solche und andere Sätzen gehören auf den Prüfstand.

Walter Ruge, Potsdam

Am 20. September um 10 Uhr spricht
Prof. Dr. Eike Kopf

– seit vielen Jahren in China tätig –

auf einer Veranstaltung der Regionalgruppe **Erfurt** in der „Melchendorfer Klause“, Singerstraße 114, über das

Thema: **Eine Welt – ein Traum:
Nicht nur ein olympisches Motto.**

Eine Frage seit den Tagen des alten Athen: Was ist Demokratie?

Dr. Rudolf Dix hat sich im RF 126 mit „Schein und Sein“ der Demokratie auseinandergesetzt. Die „demokratische Republik ist die denkbar beste Hülle des Kapitalismus“ zitiert er Lenin. Leider ist der bei bestimmten Linken verpönt.

Es vergeht kein Tag, an dem Politiker nicht das Wort Demokratie gebrauchen. In der Regel ohne Bezug auf die jeweilige Klassengesellschaft, immer undefiniert und den Schein erweckend, als wäre die gesellschaftliche Realität eine echte Demokratie. Seit dem 4. bzw. 5. Jahrhundert vor unserer Zeit hat das Wort Demokratie Illusionen geweckt. Aus dem Griechischen kommend bedeutet Demos das Volk und Kratia Herrschaft. Das ist der Stamm des Wortes Demokratie = Volksherrschaft.

In Athen und im attischen Seebund wird erstmals der Kampf um Demokratie belegt. In Athen galt der Vermögenszensus. Nur die wohlhabenden Bürger hatten Zugang zu den höchsten Staatsämtern. Die Oligarchen, die reichsten freien Bürger, konnten sie bekleiden. Handwerker und Bauern waren an der Machtausübung nicht beteiligt. Grundsätzlich konnten nur freie Männer mitentscheiden. Sklaven und Frauen waren von der Macht ausgeschlossen. Die Oligarchen wollten die bestehende Ordnung nicht verändern. Die aufstrebende zahlenmäßig recht große Gruppe der Demokraten strebte ihrer ökonomischen Stellung entsprechend nach Beteiligung an der Macht. Auch sie wollten die realen gesellschaftlichen Verhältnisse, die Sklaverei, nicht aufheben. Vielmehr ging es um die Verminderung der Kriegslasten und um eine gerechtere Verteilung der

Beute. In diesen Kämpfen wurde Athen das Zentrum demokratischer Entwicklungen, während Sparta am oligarchischen System festhielt. Das Wort Demokratie wurde ein Mittel zur Mobilisierung auch der Ärmere.

Der Inhalt der antiken Demokratie war dennoch Ausdruck einer Klassenherrschaft. Nun sollte man meinen, daß in der nachfolgenden Geschichte Demokratie im Sinne des Wortes Wirklichkeit wurde. Weit gefehlt!

Die englische bürgerliche Revolution (1640) und die französische Revolution (1789) brachten Einschränkungen der Macht der Feudalherren. Es konstituierte sich das Bürgertum und schuf Volksversammlungen, in denen es die Mehrheit besaß. Jene aber, die in den Kämpfen um die Macht die größten Lasten getragen hatten (Bauern, Proletarier), wurden in der Zeit der Festigung der bürgerlichen Herrschaft darauf vertröstet, mit Hilfe des Wahlrechts ihre Vertreter in die Parlamente entsenden zu können. Auch das war keine Volksherrschaft.

Der Inhalt der Demokratie ist in allen Gesellschaftsformationen durch die Vermittels des Staates ausgeübte Klassenherrschaft gegeben. Die Demokratie ist untrennbar mit der Diktatur der jeweils herrschenden Klasse verbunden. Demokratie und Diktatur stellen nur zwei Seiten ein und derselben Sache dar.

In der bürgerlichen Demokratie ist die Erscheinungsform der Herrschaft der bourgeois Minderheit über die proletarische Mehrheit verschleiert. Die besitzende Minorität herrscht über die schaffende Majorität des jeweiligen Volkes. Immer,

wenn es an die Substanz der Machtverhältnisse (Eigentumsstrukturen) geht, setzt der Staat diktatorische Mittel ein. Das ist vielfach in der Geschichte praktiziert worden und zeigt sich auch heute in der BRD. Ich erinnere nur an die Notstandsgesetze und die derzeitigen Bemühungen Schäubles, im Namen des Antiterrorkampfes die Klassenherrschaft zu schärfen.

Das alles wird durch die parlamentarische Demokratie verschleiert. Auch die Tatsache, daß der Begriff längst zum Fetisch geworden ist.

Die vielbeschworenen freien Wahlen vermitteln den Eindruck, als würden tatsächlich Volksvertreter gewählt, die nur ihrem Gewissen verantwortlich sind. Fraktionszwänge für die Abgeordneten der jeweiligen Parteien führen aber in der Regel zu dem Entscheidungsergebnis, das durch Lobbyisten mit den zuständigen Beamten vorbereitet wurde. Aber das ist nur eine Seite der Demokratieverzerrung. Die Macht der Medien, die die Wähler zu dem gewollten Wahlverhalten treiben, manifestiert die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse. Trotz vieler Errungenschaften ist die bürgerliche Demokratie auch nur die Diktatur einer Minderheit – eben eine Klassenherrschaft.

Teil dieser Politik konsequenter Verschleierung ist die undifferenzierte Verwendung des Wortes Demokratie. Der Begriff darf nicht wertfrei betrachtet werden. Es gab Demokratie in der Sklaverei und bürgerliche Demokratie. Es gab und gibt sozialistische Demokratie. Diese in einigen Staaten weiter verfolgte Praxis ist zugleich Zukunft.

Dr. Klaus Flemming



Revolutionäre:
Ghandi, Marx, Luther King,
Ho Chi Minh, Castro (hintere
Reihe),
Che, Lenin, Mao und Rosa
(vordere Reihe)

Mit dieser Montage aus
einem Spot wirbt Dacia
(Renault Rumänien) für
seine Erzeugnisse.

Eingesandt von
Dr. Günter Fischer, Berlin

Erste Lehrer

Zwei Menschen, die Weichen für mein Leben stellten

Dankbar muß sein, wer solche Lehrer hatte. Viele ihrer Art mag es gegeben haben. Ich hatte zwei, die Weichen fürs Leben stellten.

Zunächst mein Vater Karl Schlimme. Siebzehn war ich, da wurde er Mitglied der Partei der Kommunisten. Ich besitze noch heute seine Mitgliedskarte. Darin die Marken mit dem Bild Thälmanns. Wichtigere Erbe indes sind fünf oft wiederholte, unvergessene Sätze aus dem Mund dieses das Platt der Börde sprechenden Maurers und Kleinbauern, die maßgeblich mein Leben prägen sollten. Sätze, nur mündlich überliefert, nur von mir aufgeschrieben. Grundweisheiten eines Lebens.

1933, unter Hitler: „Wie sünd Proleten un wie bliewet Proleten ...“

1939, am Abend des Kriegsbegins: „Daforr harre hei (Hitler) sick liewer in de Hose schieten solln. Dat konne wedder affwaschen, awer dütt, düssen Kriech, den kanne nich wedder affwaschen.“

Der Krieg dauerte, und ich erinnere mich an Vaters Worte: „Wenn we bloß düssen Kriech nich jewinn.“

So oft in den Jahren Hitlers und Adenauers: „De Sozialdemokraten hett an alles schuld, de hett e slapen.“

Als viel später, nach dem Kriege, ein gewisser Strauß den Fall „Rot“ postulierte, kommentierte er: „45 harrn veel mehr von de Grooten hängen mötten, denn sach et hüte anders ut.“

Denkanstöße allemal.

Ein anderer, unauffälliger Alter, Arbeiter, schließlich Gemeindebote, hieß Karl Kämz. Unvergeßliche Begegnungen hatte ich mit ihm. Oft erinnerte ich mich später seiner. 1982 im Parteilehrjahr behandelten wir die Thälmann-Biographie. Da war für alle ein Nachdenken: Wann, wo, unter welchen Umständen hörten wir den Namen Thälmann das erste Mal? Für mich, nie zu vergessen, im Sommer 1944. Wir waren 16. Jung und schon auf die Freiheit eingeschworen. Aber was wußten wir denn? Wir hatten acht Jahre eine hitlerdeutsche Volksschule besucht. Das Wesentliche hatten wir nicht begriffen. Unser Lernen begann danach. Des nachts fielen Flugblätter. Sie waren unsere ersten richtigen Lesestoffe. Die Rundfunksender der Alliierten hörten wir, und den Gesprächen der Älteren um

uns lauschten wir. Es war im Rathaus von Eilsleben, einer Hochburg der Hitlerleute. Und doch – sie waren auch in ihren Zitadellen schon nicht mehr sicher. 1943, 1944, 1945 – kaum eine Nacht, da nicht überall im Lande die Sirenen heulten. Auch im Rathaus Eilsleben saßen jeden Abend, jede Nacht

aufgeschlossener lasen wir fortan die Flugblätter, in denen auch solche unvergänglichen Worte standen wie „Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt!“

Karl Kämz erzählte uns von einem Land, dem sein Herz gehörte. Er sprach von der UdSSR, der Sowjetunion, von Moskau mit einer Stimme, einer Wärme, wie wir solches nie zuvor gehört hatten. Kein Wort ließ ich mir entgehen, kein Wort vergaß ich. Es wurden lebensbestimmende Nächte.

Karl Kämz berichtete dann auch von einer – seiner – verbotenen Partei. Er sprach über die KPD, über Kommunisten, von ihrem Führer Ernst Thälmann. Da war er, der Name. Das erste Mal habe ich ihn aus seinem Munde gehört. Keine 14 Tage später stand in allen Zeitungen eine kurze Notiz, Ernst Thälmann sei tot. Da ging uns das schon nahe.

Am 1. Juli 1945 klebten wir gemeinsam mit dem Sohn des Karl Kämz und einer Handvoll weiterer Genossen selbstgefertigte Plakate, selbstverfaßte Flugblätter zur Begrüßung der nun auch bei uns einrückenden Roten Armee.

Es war gerade wenig mehr als ein Jahr vergangen seit jenen nächtlichen Gesprächen,

da wurde mein Vater, ein Maurer und Kleinbauer, wurde auch ich Mitglied der Thälmannschen Partei.

Karl Schlimme



Aus „The Guardian“, Sydney

Leute, die zur Luftschutzwache eingeteilt worden waren. Sie hatten zu warnen, zu alarmieren, die Sirenen auszulösen: Voralarm, Alarm, Entwarnung.

Auch ich saß dort oft. Mit mir manchmal ein Alter. Karl Kämz, Gemeindebote. Er hatte Gespür für uns Jungen. Wußte, wann er wem was sagen konnte von seinen geheimsten Hoffnungen und Überzeugungen. Lebensgefährlichen Überzeugungen.

Er erzählte von der ukrainischen Stadt Stalino (Donezk). Längst kenne ich sie. Sie war mir eine großartige Gastgeberin. Er hat sie nie gesehen. Aber er wußte damals schon um sie und von bestialischen Verbrechen an ihren Menschen. Deutsche hatten zahllose der Bewohner zusammengeschieben und lebend in die toten Schächte gestürzt. Die Täter trugen schwarze und feldgraue Uniformen.

Er machte uns schaudern, der Genosse Kämz, mit solchen Berichten, festigte in uns zugleich die Überzeugung, daß wir mit solchen Mördern nichts, gar nichts gemein hatten. Er begründete aber Verbundenheit mit den Opfern der Mörder, ihrem Land, ihren Idealen, ihren Repräsentanten. Und

Am 29. Juli ist unser verdienter Autor, der langjährige Lehrer der Parteihochschule

Prof. Dr. Fred Matho

in Berlin verstorben.

Ein streitbarer, bisweilen auch streitlustiger Wissenschaftler von Format, hat er den RF durch viel diskutierte Beiträge bereichert. Seine Tochter Marianne schrieb an uns: „Mein Vater war sehr glücklich, mit Ihnen zusammenarbeiten zu dürfen. Das hat ihn aufgebaut.“

Unser aufrichtiges Mitgefühl gehört der Familie.

Der Lernprozeß des Christian Führer

Brief aus der „Heldenstadt“

Pfarrer Christian Führer und dessen Frau verabschiedeten sich nach 28 Dienstjahren Ende letzten Winters von ihrer Gemeinde. Zuvor empfing er die Vertreter der PDL-nahen Zeitung „Leipzigs Neue“ zu einem Gespräch. Michael Zock und der christliche Linke Hermann Gerathewohl, auch RF-Autor, erfuhren Wichtiges. Führers Standpunkt: „Es gibt in jedem System spezielle Schwierigkeiten, die diese Systeme offenbar nicht lösen können.“ Und der Theologe schlußfolgerte: „Kein System ist heiligzusprechen.“ Er fügte hinzu: „Jetzt herrschen der praktische Atheismus und Materialismus.“ Der sei wesentlich gefährlicher als anderes. „Weil bei dieser ‚Religion‘ das Geld der oberste Gott ist. Eine Situation, in der die Werte wegschwimmen, ist kreuzgefährlich.“ Führer schloß, es gehe ihm darum, „eine Gesellschaft vor dem Verfaulen zu bewahren“, und forderte, die Kirche müsse sich überall einmischen. Christian Führer ist seinerzeit als scharfer Kritiker der DDR und einer ihrer Liquidatoren bekanntgeworden. Doch er erweist sich weit und breit als der einzige, der eine sol-

che Abrechnung vornimmt, sich nicht damit begnügt, welche Blätter wegzufegen. Ihm geht es um den morschen Stamm. Erinnert seien die Leser daran, daß der aktive, vielen unbequeme Mann oft gegen die jetzt Regierenden zu Felde gezogen ist. 1998 demonstrierte er monatelang mit Gewerkschaftern und Linken gegen die Kohl-Regierung. Er übte auch offen Kritik am Überfall auf Irak und trat gegen den Mißbrauch des Airports Leipzig/Halle als Militärflugplatz der NATO auf. Beim Leipziger Bürgerbegehren gegen die Stadtverwaltung mischte Führer nicht minder mit. Zudem vertrat er eine Gemeinde und deren Sozialarbeiter, die sich mit schwerwiegenden Problemen der neuen Systemverlierer konfrontiert sehen. Der Pfarrer hat zweifellos einiges hinzugelernt. Vor allem wohl erkannte er, daß er sich von der westdeutschen Propaganda über das Leistungspotential des kapitalistischen Systems und die angebliche Fähigkeit seiner „Eliten“, alle Probleme lösen zu können, ebenso täuschen ließ wie die gesamte prowestlich eingestellte DDR-Opposition. Und noch etwas

steht fest: Wer eine Gesellschaftsordnung beseitigt und einer anderen Vorschub leistet, trägt eine dauerhafte Mitverantwortung für die Folgen!

Pfarrer Führers Engagement verdient Respekt. Ihn trennen Welten von anderen ehemaligen Bürgerrechtlern im Priesterrock, von politischen Scharlatanen wie Eppelmann, Meckel, Gauck oder Eggert, die sich stromlinienförmig eingeordnet haben.

Die aufrechte Haltung Führers bleibt den meisten Menschen leider verborgen, denn die linke Zeitung, der er das Interview gewährte, besitzt nur einen begrenzten Leserkreis. Und die Medien der Macht hüten sich wie der Teufel vor dem Weihwasser, den Lernprozeß ihrer einstigen ostdeutschen Ikone publik zu machen. Führer aber öffentlich anzugreifen, dürften sie nicht für opportun halten.

Übrigens: Christian Führer schaut seinen Gesprächspartnern immer direkt in die Augen. Das ist sympathisch. Denn manch anderer sieht heute Gründe, den Blick abzuwenden.

Joachim Spitzner

Auf die Sprache achten!

Worte können töten, aber auch lebendig machen

Wenn ein Theologe die Gesellschaft verstehen will, in der er lebt, dann achtet er – das ist sein Berufsrisiko – vor allem auf den Gebrauch der Sprache in ihr. Von seinem Gott, der sich mit Worten den Menschen kundtut, hat er gelernt, auf deren Gebrauch zu achten. Worte können töten, aber auch lebendig machen, sagt die Bibel. Und ich sage: Sie können trunken machen oder auch für Klarheit sorgen und Licht in eine Sache bringen. Was uns derzeit von unseren Oberen zugemutet wird, ist der Gebrauch der Worte als Droge. Wir befinden uns allesamt in dem größten Dopingvorgang, der sich überhaupt denken läßt: Mit verbalpolitischem Doping sollen wir dazu gebracht werden, nicht die Tour de France, sondern die Tour de Frappe (hier im Sinne von Abschreckung gebraucht – d. R.) zu gewinnen. Aber weder wir noch die Menschengruppen und Völker, zu denen wir mit „Friedenseinsätzen“ gehen, werden diese Tour de Frappe für sich entscheiden. Wir werden allesamt Verlierer sein. Und daß zuerst die anderen verlieren, darf uns dabei kein Trost sein.

Als Theologe spreche ich nicht als Vertreter irgendeiner Kirche oder Religionsgemeinschaft, sondern als ein Mensch, der sich um eigene Erkenntnis bemüht. Der Gott, den ich für glaubwürdig und achtenswert halte, ist jener JAHWE, der die Menschen aus der Knechtschaft herausführen will, damit sie ein selbstbestimmtes Leben führen können. Ich beziehe mich dabei natürlich auf eine alte Urkunde aus dem jüdisch-christlichen Tra-

ditionskreis. „Ich bin der Herr, dein Gott, der ich dich aus Ägypten, aus der Knechtschaft geführt habe. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.“

Einen Gott, der mich und andere befreit, den lasse ich mir gefallen. Und ich werde mich davor hüten, mich in eine neue Knechtschaft einspannen zu lassen – und wenn sie im religiösen Gewande daherkommt. Und – diesem befreienden Gott sei's geklagt – leider kommen die Angebote zur Unfreiheit, zur Knechtschaft meist in religiöser Umhüllung daher. Haben wir in diesem Land nicht eine lange Geschichte davon? Wie war das doch auf dem Koppelschloß? Stand da nicht zu lesen „Gott mit uns“? Das kann nicht der aus der Knechtschaft befreiende Gott gewesen sein. Und wie war das doch mit dem Eisernen Kreuz? Unter diesem Zeichen sind zwei verheerende Kriege geführt worden, und mit diesem Zeichen sollen wiederum gutbezahlte und mit Berufsaussichten geköderte Teilnehmer an „Friedenseinsätzen“ dekoriert werden? Na danke, mit so einem Kreuz, mit so einer Firma und mit solch einer Religion, deren Vertreter diese „Friedenskämpfer“ seelisch betreuen, will ich nichts zu tun haben. Ich brauche keine anderen Götter neben dem befreienden. Aber nicht nur am Beginn, sondern auch am Ende der Thora, da sich bereits das Kommen des Friedensmenschen Jesus anbahnt, lese ich beim Propheten Sacharja Sätze, die der Knechtschaft des Krieges und des Kriegführens widersprechen: Die Veränderung der Welt „soll nicht durch

Heer oder Kraft, sondern durch meinen Geist geschehen, spricht der Herr Zebaoth.“

Gläubige Vertreter der beiden großen Weltreligionen grüßen sich mit einem Wort gleichen Ursprungs: SCHALOM ALEJCHEM oder SALEM ALEIJKUM (Friede sei mit euch!). Mit diesem Gruß trennen wir uns von allen „Friedenseinsätzen“, die in verschiedenen Teilen der Welt durchgeführt werden.

Es gab in diesem Land einen Politiker, der sich selbst als Atheisten betrachtete. Aber er hat etwas davon verstanden, sich und die Welt vor falschen Göttern zu warnen. Er nannte die Mittel für solche „Friedenseinsätze“ Teufelszeug. Deshalb habe ich gerade als Theologe großen Respekt vor ihm, auch wenn ich nicht alles von dem billige, was er sonst politisch zu verantworten hat. Aber in dieser wichtigsten Frage, der Friedensfrage, waren wir linken Christen mit den Kommunisten immer einig. Diese Übereinstimmung lasse ich mir von niemandem ausreden oder verächtlich machen. Ich verachte die, denen nichts anderes einfällt, als ihre Marktwirtschaft mit „Friedenseinsätzen“ in der ganzen Welt zu verbreiten. Und darin fühle ich mich mit dem Friedensmenschen verbunden, wenn er sagt: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.“ Prangern wir das Teufelszeug an, bis es verschwunden ist.

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

(Aus einer Ostermarschrede 2008 im thüringischen Ohrdruf)

Kleinbürgerlicher Mief

Wie die bourgeoise Ideologie bei uns die Oberhand gewann

Die Fragen, die Genosse Dr. Klaus Fleming aufgeworfen hat, und die Ausführungen des Genossen Dr. Peter Fisch zur Dialektik von Revolution und Konterrevolution im Mai-„RotFuchs“ haben mich zu einigen Überlegungen angeregt.

Nach meinen Erfahrungen wurde zumindest in Berlin an der Universität, an anderen Hochschulen und in Schulungssystemen der Partei, an denen ich zu unterschiedlichen Zeiten tätig war, darzustellen versucht, daß der Einfluß der bürgerlichen Ideologie auch während des Aufbaus des Sozialismus noch eine große Rolle spielt. Wir zitierten Engels' Hinweis, daß sich das sozialistische Bewußtsein erst dann endgültig durchgesetzt haben werde, wenn nicht nur die alten materiellen Verhältnisse überwunden seien, sondern auch die Erinnerung an diese nicht mehr bestehe. Das aber konnte schon deshalb noch nicht wirksam werden, weil die neuen materiellen Verhältnisse erst in ihren Anfängen entstanden waren, während noch jahrhundertealte bürgerliche Elemente in Philosophie, Literatur, Malelei usw. sowie jahrtausendealte christliche Traditionen das geistige Leben der Bürger unseres Landes ganz wesentlich bestimmten. Bürgerliche Ideologie betraf also die Gesellschaft als Ganzes. Daran konnte die aggressive, gegen den Sozialismus gerichtete ideologische Diversion mühelos anknüpfen. Es war also zu kurz gedacht, nur die unmittelbare Einflußnahme durch westliche Medien, wissenschaftliche Kontakte, Verwandtenbesuche etc. im Blick zu haben, wenn vom Eindringen bürgerlicher Auffassungen die Rede war.

In diesem erweiterten Rahmen ist zu verstehen, welche enormen Anstrengungen erforderlich sind, um sozialistische Ideologie bei den Massen durchzusetzen, wobei die progressive Erbe der bürgerlichen Kultur und Geschichte wie auch positive Elemente des Christentums unter Überwindung reaktionärer Züge aufgenommen werden müssen.

Aus diesem Grund polemisierten viele von uns gegen die in den 80er Jahren besonders in der Volksbildung verstärkt auftretende Tendenz, die sozialistische Erziehung als bereits erledigt abzuhaken und zur kommunistischen Erziehung überzugehen. Schließlich hatten ja sowohl Chruschtschow als auch Honecker erklärt, sie selbst würden noch im Kommunismus leben. Der utopische und in gewisser Weise abenteuerliche Charakter solcher Losungen stand im Widerspruch zur faktischen Übernahme bürgerlicher Wertmaßstäbe im täglichen Leben. Forumschecks und Delikatläden, die Datsche als Statussymbol usw. wurden für die Bewußtseinsentwicklung bestimmender als die Orientierung auf sozialistische Werte, Verhaltens- und Handlungsweisen.

Der kleinbürgerliche Mief des Personenkults war ein besonders charakteristischer

Gradmesser für den Einfluß der bürgerlichen Ideologie, der bis in den Kern der Parteiführung und zu manchen Bezirks- und Kreisleitungen reichte. Natürlich wird Personenkult durch beifallgeile Speichellecker erbracht, aber offenbar gefiel es auch etlichen unserer Funktionäre, sich mehr und mehr für unfehlbar zu halten. Leider haben die meisten Genossen diese offensichtliche Entstellung der führenden Rolle der Partei durch die Formel „Das Politbüro hat immer recht“ mitgetragen oder geduldet.

Vielleicht kann ich an Beispielen klarmachen, was ich meine.

Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre hatte ich als Parteifunktionär in einem Großbetrieb eine Auseinandersetzung mit Kurt Hager nach dessen Vortrag. Seine Reaktion empörte mich, und ich wandte mich in jugendlicher Unbefangenheit mit einem Beschwerdebrief an Genossen Walter Ulbricht. Wenige Tage später schrieb mir Genosse Hager und entschuldigte sich. Ich hielt das für so normal, daß ich mir das Schreiben nicht einmal aufgehoben habe. Ein anderes Erlebnis in den 80er Jahren: Im Rahmen einer wissenschaftlichen Beratung in Brüssel traf ich mit einem Aktivist der belgischen Friedensbewegung zusammen, der mir erzählte, er habe vor wenigen Wochen Probleme mit Genossen Hermann Axen gehabt. Mir schien es angebracht, diesem nach meiner Rückkehr die Ansichten des belgischen Freundes in einem persönlichen Brief mitzuteilen. Zwei Tage später wurde ich ins Büro des Rektors gerufen und dessen Beauftragter teilte mir mit, der persönliche Referent (!!!) des Politbüromitglieds sei bei ihm gewesen, um zu fragen, ob ich nicht wüßte, welche

gewaltige Verantwortung Genosse Axen habe und daß es sehr ungehörig sei, ihn derart zu belästigen.

Ein weiteres Beispiel: Aus verschiedenen Gründen hatte ich längere Zeit nicht mehr an einer Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz der SED teilgenommen. Als das dann Mitte der 80er Jahre wieder geschah, war ich entsetzt – und freilich auch belustigt –, was für ein Rummel beim „Einmarsch des 1. Bezirkssekretärs“ erfolgte. Die Tagung glich eher einem CSU-Parteitag oder einem Nominierungskonvent im USA-Wahlkampf als maßvollem Verhalten unter Genossen. Ich schreibe das alles nicht aus Rückwärtsgerandtheit oder der Lust am Beulenpieken, sondern aus ernster Sorge über den Kurs, der sich heute in der PDL abzuzeichnen scheint. Viele jüngere Kräfte, die ihre Perspektive in hochdotierten parlamentarischen und Regierungsämtern sehen – dieser Typus scheint inzwischen auch die Schar der Parteitagsdelegierten zu dominieren – haben offenbar die Losung „Gysi, Bisky und Pau haben immer recht“ schon weitgehend verinnerlicht. Jedenfalls im Osten. Wenn Genossen im Westen noch relativ unbefangene Meinungen zum Ausdruck bringen, die „mit oben nicht abgestimmt sind“, tritt hektische Betriebsamkeit ein. Das betrifft nicht nur die unrühmliche Kampagne gegen die DKP-Genossin Christel Wegner. Können denn nicht einmal der schnelle Absturz der „Grünen“ von wirksamer Opposition zu willfähriger Anpassung an die Kapitallogik sowie die erst wenige Jahre zurückliegende eklatante Niederlage der PDS bei den Berliner Wahlen Nachdenklichkeit auslösen?

Dr. sc. Fritz Welsch

Anekdotisches

Wenn zwei dasselbe sagen ...

Die Universitäten und Hochschulen der DDR unterstanden – was die Parteiarbeit betraf – dem Sekretär für Wissenschaft und Propaganda, Genossen Prof. Kurt Hager. Dieser berief die Parteisekretäre solcher Einrichtungen von Zeit zu Zeit zu entsprechenden Anleitungen nach Berlin ein.

Auf einer dieser Beratungen formulierte er einen Satz, der mir besonders gut gefiel, weil er ein bei uns um sich greifendes Dogma ad absurdum führte. Er lautete sinngemäß: „Manche Parteifunktionäre meinen, Arbeiter seien Menschen, die alle fünf Minuten eine revolutionäre Losung herausschleudern.“

In einem Diskussionsbeitrag vor dem Parteiaktiv meines Heimatkreises flocht ich diesen Satz – sträflicherweise ohne Angabe der hochrangigen Quelle – mit ein. Ich dachte, der Himmel bricht über mir zusammen! Der 1. Sekretär der Kreisleitung bestellte mich zu sich ein und verbat sich mit harschen Worten die „unzulässige Ironisierung der Arbeiterklasse“.

Meine Lateinkenntnisse waren inzwischen schon etwas verblaßt, aber ich kannte durchaus noch den Satz: „Quod licet Jovi, non licet bovi.“ Auf gut Deutsch: Was dem Jupiter gestattet ist, ist dem Ochsen noch lange nicht erlaubt ...

Helmuth Hellge

Drang nach Entschuldigung

Wofür sich ehemalige DDR-Bürger schämen sollten

Es gab nicht das ganze Jahr über Bananen und Apfelsinen. Zugleich war die Bevölkerung gezwungen, auf Grund jahrzehntelang stabiler Preise für Grundnahrungsmittel und Waren des täglichen Bedarfs auf spannende Preisvergleiche zu verzichten.

Es gab viel zu wenig Autos. Die Menschen mußten sich 20 Pfennig vom Munde absparen, um mit Tram, Bus, S-Bahn oder U-Bahn zu fahren.

Die DDR war ein Unrechtsstaat. Sie besaß eine Institution, die sonst in keinem zivilisierten Land auf der Welt existiert: einen Geheimdienst. Der Akzent liegt auf dem Wort *einen*, hat doch jede vernünftige Demokratie – von Israel über die USA bis zur BRD – gleich mehrere davon.

Es gab keine Reisefreiheit. Kein Ein-Euro-Jobber (nicht mal einen vermochte man vorzuweisen) konnte – wie heute – problemlos drei- oder viermal im Jahr an die Südsee fliegen.

Post und Eisenbahn, Wasser- und Stromversorgung – seit Ewigkeiten in Staatshand – wurden um die Vorzüge der Privatisierung betrogen.

Man blockierte die freie Arbeitsplatzwahl, indem man eine Mauer errichtete, um im Osten ausgebildete Fachkräfte daran zu hindern, im Westen für die Kapitalisten tätig zu sein.

Weder Arbeitslose noch Obdachlose, weder Bettler noch hungernde Kinder sorgten für Abwechslung im Straßenbild.

Das Verhältnis zu Ausländern war ungesund gut. Den eigenen Leuten wurde einfach nicht gestattet, ihre nationale Überlegenheit auszuspielen.

Es mangelte an Gewaltverbrechern aller Art, weshalb in Kriminalfilmen nur langweilige „Normaldelikte“ gezeigt werden mußten.

Auch die Freiheit für Kinder und Heranwachsende war drastisch eingeschränkt. In bedauerlicherweise flächendeckend vorhandenen Krippen und Kindergärten wurden die Kleinen gezwungen, ihre Notdurft kollektiv zu verrichten. Man vergällte Halbwüchsigen mit kostenlosen Zirkeln und Arbeitsgemeinschaften den Spaß an der Langeweile und am Herumlungen.

Es gebrach der DDR an der notwendigen Beschränkung der Frauen auf die bewährten drei Ks: Küche, Kirche, Kinder. Die Gleichberechtigung wurde drastisch übertrieben.

Es gab keine föderale Bildungsvielfalt, bei der jeder Bezirk (heute Bundesland) über ein eigenes Schulsystem verfügt. Da es an reichen Eltern fehlte, mußte auch auf Privatschulen verzichtet werden. Noch schlimmer: Kinder von Arbeitern und Bauern hatten sogar Vorteile bei der Platzvergabe.

Es bestanden nur kümmerliche drei Krankenkassen. Heute weiß man, daß Deutschland mindestens 250 Einrichtungen dieser Art mit entsprechenden Gebäuden, Vorständen, Aufsichtsräten und anderen Attributen braucht.

Zur Gartenpflege oder anderen persönlichen Aufgaben mußte man den gesamten „SVK-Urlaub“ in Anspruch nehmen. Er stand jedem Arbeitenden zu und betrug sechs Wochen.

Ein Zwei- oder Drei-Klassen-Gesundheitswesen war leider völlig unbekannt. Beim Arzt wurde kein Eintrittsgeld erhoben. Zuzahlungen für Medikamente oder Kostenerstattung bei Zahnersatz wurden den Bürgern verwehrt.

Besonders empörend war die flache Einkommenspyramide. Selbst ein Minister verdiente höchstens das Fünffache eines guten Facharbeiters. Und das bei wesentlich längerer Arbeitszeit. Er mußte 20 % Lohnsteuer abführen, während sie für einen Arbeiter nur 5 % betrug.

Infolge der indiskutabel niedrigen Mieten – sie betrugen maximal 10 % des Einkommens einer Familie – herrschte lange Zeit Wohnungsmangel. Die Möglichkeit, eine Luxusvilla in vorzüglicher Lage (und, versteht sich, zu entsprechendem Preis) zu erwerben oder zu beziehen, beschränkte der Unrechtsstaat auf Spitzenkünstler.

Die Bevölkerung wurde gezwungen, im Haushalt auf Wegwerfgeräte zu verzichten und statt dessen langlebige Industriegüter zu erwerben.

Knapp ein halbes Jahrhundert hinderte man deutsche Soldaten daran, im scharfen Einsatz

und möglichst weit vom eigenen Land entfernt ihre kriegerischen Talente zu erproben.

Besonders verwerflich war die Teilnahme der DDR als unsichtbarer Dritter am Verhandlungstisch bei Tarifkonflikten in der alten Bundesrepublik.

Der deutsche Unrechtsstaat besaß – im Unterschied zum deutschen Rechts-Staat viel zu wenig Einwohner. Er stellte nur 5 % der Bevölkerung des „Ostblocks“ und nicht mal 0,03 % der Weltbevölkerung.

Als gravierendes Manko für die Demokratie erwies sich das völlige Fehlen von Listenvahlen. So konnte sich der Bürger nicht zwischen der List der verschiedenen Listen frei entscheiden.

Besonders übel war die Einführung des berüchtigten Plebiszits, mit dem die neue Verfassung der DDR durch allgemeine Volksbefragung 1968 bestätigt wurde. In der BRD ist ein solcher Mißbrauch der Demokratie grundgesetzlich ausgeschlossen.

Als größtes Defizit aber wirkte sich die Tatsache aus, daß man es nicht verstand, allen Bewohnern der DDR die hier geschilderten gravierenden Mißstände nachhaltig ins Bewußtsein zu heben.

Sich dafür zu entschuldigen, besteht jeglicher Anlaß.

Dr.-Ing. Peter Tichauer

Menschenschinder

Brief aus Soest

Auf Anraten meines Freundes Heinz Herresbach sende ich Euch diese Zeilen. Ich möchte Euch von einem ausgesprochenen Skandal berichten. In unserer Stadt müssen Hartz-IV-Bezieher quasi als Ein-Euro-Jobber am Bahnhof für die Reisenden die Koffer über eine extrem hohe und steile Brücke tragen. Diese Konstruktion ist ein Notbehelf der Bahn, die derzeit den regulären Übergang umbaut. Sie führt direkt über die Stromvernetzung hinweg. Der Weg ist auch ohne Koffer äußerst beschwerlich.

Wir von der Partei Die Linke versuchen diese krasse Form der Ausbeutung und Schikane zu unterbinden, haben aber bisher wenig Erfolg gehabt. Auf unseren Protest hin wurde den Leuten zumindest ein Unterstand für Regenwetter gegönnt. Als wir die unfreiwilligen Lastenschlepper wieder einmal befragen und beraten wollten, teilten sie uns kurzerhand mit, ihnen sei jeglicher Umgang mit der Presse und den „Linken“ strikt untersagt worden.

Ich betrachte das Ganze als eine Form von entwürdigender Zwangsarbeit. Solche und

ähnliche Maßnahmen begünstigen den Alkoholismus, führen zu Drogensucht, Depressionen und psychischen Erkrankungen. Die von Hartz IV Betroffenen werden regelrecht in Resignation und im Einzelfalle vielleicht sogar zu Suizidgedanken getrieben.

Ich möchte diese Zustände unbedingt bekämpfen. Deshalb bitte ich Euch, Euren Lesern von dieser Demütigung zu berichten. Bei uns in Soest werden Menschen zweiter Klasse regelrecht produziert. Das darf man nicht hinnehmen.

Oliver Paulin



Ortegas FSLN hält Kurs

Nicaragua: „Sandinistische Erneuerer“ paktieren mit der Reaktion

In letzter Zeit sorgten sich „Freunde Nicaraguas“ in der BRD und deren Medien um die Entwicklung des von 16 Jahren reaktionärer Regierung gebeutelten mittelamerikanischen Landes. Titel wie „Der Präsident ist müde“ (ND) und „Gottvertrauen statt Revolution“ (MOZ) sprangen ins Auge. Auffällig ist, daß sich in der Bundesrepublik Rechte wie „Linke“ in den Angriffen auf Daniel Ortega einig sind. Und noch auffälliger ist, daß sich beide Lager der Argumente der sogenannten Sandinistischen Erneuerungsbewegung (MRS) bedienen, die mittlerweile im bürgerlichen Mainstream angekommen ist. Darüber täuscht auch nicht die Zugehörigkeit ehemaliger Mitglieder der FSLN-Nationalleitung und der Sandinistischen Regierung der 80er Jahre zu den „Erneuerern“ hinweg.

Die „Kämpfer gegen Hunger und für Demokratie“ attackieren die Wirtschaftspolitik des Landes und die Räte der Bürgermacht als Anzeichen einer Diktatur. Und auch der taktisch motivierte Pakt des Ex-Präsidenten Alemán mit Ortega darf natürlich nicht fehlen. Im Juni organisierte die MRS Demonstrationen, an denen einige hundert Leute teilnahmen. Zur gleichen Zeit gedachte die FSLN ihres historischen Rückzugs Managua-Masaya von 1979. Zehntausende waren gekommen.

Dora Maria Tellez, Comandante Nr. 2 der Westfront der FSLN in den 70er Jahren, später Gesundheitsministerin der Sandinistischen Regierung und heute führendes Mitglied der MRS, war im Juni für 13 Tage in den Hungerstreik getreten. Sie wollte Ortega zu einem nationalen Dialog über die „Wirtschaftskrise“ und die „Gefahr für die Demokratie“ zwingen. Die Regierung lud nicht ein. Dora Maria beendete den Hungerstreik vorzeitig.

Henry Ruiz, Victor Tirado und Luis Carrion, Mitglieder der historischen Nationalleitung der FSLN, kritisierten die Versuche des Obersten Wahlrates Nicaraguas (CSE), vier politischen Parteien die rechtliche Anerkennung zu entziehen. Sie reichten Klage bei der von den USA finanzierten Inter-Amerikanischen Menschenrechtskommission in Washington (DC) ein. Inzwischen prüfte und bestätigte eine Delegation der Kommission der Wahlexperten Lateinamerikas (CEELA), die deswegen in Nicaragua weilte, das Urteil des Wahlrates. Dessen Entscheidung hat überhaupt nichts mit der FSLN und deren Bündnispartnern zu tun. MRS und Konservative hatten trotz mehrfacher Aufforderung ihre Wahlteilnahme nicht beantragt und keine Kandidatenlisten eingereicht. Auch in den Musterländern der Demokratie ist es Brauch, daß sich Parteien an die Regularien halten.

Die MRS will einen „nationalen Dialog“, um angeblich Richtlinien gegen Hunger und Arbeitslosigkeit sowie für eine Stärkung der Demokratie zu vereinbaren. Diese gibt es

aber bereits. Den Dialog darüber hatte die neue Regierung im Frühjahr 2007 angeboten. Statt darauf einzugehen, verbündete sich die MRS mit der liberal-konservativen Opposition und betrieb gemeinsam mit dieser die Blockade aller von der Regierung vorbereiteten Gesetze im Kampf gegen den Hunger und die Arbeitslosigkeit, für die Alphabetisierung und die Gesundheitsreform sowie die Bildung der Räte der Bürgermacht. Der Oppositionsblock legte mit seiner Mehrheit die Nationalversammlung lahm und machte die Wiederbelegung des Parlaments von der Annahme eines Amnestiegesetzes zum Vorteil wegen Korruption Bestrafter abhängig. Unter den Betroffenen befindet sich auch der ehemalige Präsident und Chef der Liberalen Alemán.

Der nicaraguanische Außenminister der 80er Jahre, Pater Miguel D'Escoto, wurde zum Vorsitzenden der UNO-Vollversammlung gewählt. Darüber freuten sich die Vertreter Lateinamerikas und der Karibik. Nicht so die Führer der MRS. Victor Hugo Tinoco, früher Stellvertreter D'Escotos und heute Abgeordneter der MRS in der Nationalversammlung, bezeichnete dessen Berufung als irrelevant: „Durch die Wahl D'Escotos wird nicht ein Sack Mais mehr noch ein Sack Mais weniger nach Nicaragua kommen ...“

Durch die Angriffe der MRS kommt natürlich auch kein Sack Mais mehr oder weniger nach Nicaragua. Die neue Regierung will den Mais auch nicht aus dem Ausland holen. Sie stimuliert die kleinen und mittleren Produzenten, damit sie Mais, Reis, Sorgho und Bohnen für den eigenen Bedarf, für den Binnenhandel sowie für den lateinamerikanischen und karibischen Markt anbauen können. Warum unterstützt die MRS nicht dieses Programm?

Die Regierung hatte in den vergangenen anderthalb Jahren Boden an Landlose vergeben. Diese Tatsache nutzt der Oberste Rat der Privatunternehmer (COSEP), um zu behaupten, die Regierung würde Landbesetzungen gutheißen und die Enteignung vorantreiben. COSEP ist Nutznießer des Beitritts Nicaraguas zum durch die USA betriebenen Freihandelsvertrag (CAFTA), der zur Regierungszeit der Liberal-Konservativen erfolgte. Unter der neuen Regierung ist Nicaragua der von Venezuela ausgehenden Bolivarischen Alternative (ALBA) beigetreten. Davon profitieren die kleinen und mittleren Produzenten, die bei CAFTA keine Chance hatten. Sie sind zu den Stützen der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung Nicaraguas geworden. Das durchkreuzt die COSEP-Pläne.

Nun ist der Unternehmerverband natürlich ein „glaubwürdiger Zeuge“, wenn es um den Kampf gegen Hunger und Armut, für Demokratie und Mitbestimmung geht. In der Beratung mit Daniel Ortega im Juni vergangenen Jahres erläuterten die COSEP-

Vertreter ihre Formel: „Indem wir Reichtum schaffen, reduzieren wir die Armut“.

Juan Carlos Ortega Murillo, der Sohn Daniel Ortegas, wandte sich unlängst in einer Rede an die Jugend des Landes und rief sie auf, Rebell zu sein. Er erinnerte daran, daß die inneren und äußeren rechten Kräfte nach der Wahlniederlage der FSLN im Jahre 1990 bestrebt waren, alle Spuren der Revolution auszutilgen. Einige Revolutionäre übten Verrat. Aber die FSLN verteidigte 16 Jahre lang in der Opposition die Errungenschaften des Volkes, ohne ihren Charakter als revolutionäre und antiimperialistische Bewegung aufzugeben.

Er sagte weiter, daß die Befreiungsfront die Revolution in Nicaragua wiederbelebt hat. Das unentgeltliche Gesundheitswesen und die gebührenfreie Bildung für alle wurden zurückgeholt. In Stadt und Land begann erneut die Alphabetisierung. Der Staat erreichte einen größeren Einfluß auf den privaten Energiebereich. Er finanzierte die Produktionssektoren (des Volkes) und beschloß die Programme „Null Hunger“ und „Null Wucher“. Die Sozialversicherung wurde wieder eingeführt. Man baute Wohnungen, Straßen und Wege.

„Zum ersten Mal in unserer Geschichte entwarf und betreibt eine Regierung ein demokratisches System, das es ermöglicht, die Macht im Land dem Volk zu übertragen,“ betonte Ortega jun. Mit den Räten der Bürgermacht habe sich das System zu Gunsten der Mehrheit zu verändern begonnen. Für die rechten Kräfte aber sei es unzulässig, daß das Volk die Macht ausübe. Und die MRS spiele dabei mit.

Der Redner erklärte, daß der Pakt mit Alemán seinerzeit ein Ausweg für die FSLN gewesen sei, um als Oppositionskraft die Agrarreform und die linke Präsenz in den Institutionen zu bewahren. Die Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus hätten keine andere Möglichkeit zugelassen. Heute sei der Pakt überlebt. Er passe nicht zur Bürgermacht und müsse ad acta gelegt werden.

Wolfgang Herrmann, Dreesch

Am 6. September begeht unsere stets einsatzbereite

Genossin Roswitha Thiele

aus Berlin ihren **65. Geburtstag**.

Wie ihr Mann Jürgen gehört sie zum zuverlässigen Finanzstab des RF,

der die Spenden unserer Leser

– die einzige Einnahme der Zeitschrift –
getreulich verwaltet.

Eine Seifenoper in CIA-Regie

Die Heilige Ingrid, Patronin der „guten Geiseln“, betet für uns

Die Rückkehr von Ingrid Betancourt in die Zivilisation „nach sechs Jahren und vier Monaten Gefangenschaft bei den Drogenterroristen der FARC“, live im Fernsehen übertragen, löste eine weltweite Orgie der „Ingrid-Vergötterung“ aus. Das französische öffentlich-rechtliche Fernsehen – mit France 2 an der Spitze – schlug sicherlich alle Rekorde, als es am ersten Abend fünf Stunden ununterbrochen, und noch weitere Stunden in den Tagen darauf, der „Befreiung“ von Ingrid widmete. Die sämtliche Heime infizierende emotionale Pest kann nur Übelkeit hervorrufen. Aber vom Würgen abgesehen, muß der Verstand eingesetzt werden.

Auf den ersten Blick verbreitet Ingrid eine große Vitalität, scheint gut ernährt und in perfektem Gesundheitszustand zu sein, was auch für „die anderen vierzehn befreiten Geiseln“ gilt, von denen drei an die Drogenfahnder der DEA ausgeliehene Agenten der USA-Bundespolizei FBI sind. Unvermeidlich drängen sich Parallelen zu jenem Augusto Pinochet auf, der bei seiner Rückkehr nach Chile plötzlich den Rollstuhl verließ, an dem er während seines Aufenthalts in Großbritannien klebte, von wo er schließlich unter großen Schwierigkeiten (die Briten hatten ihn entführt) zurückkehren konnte.

An zweiter Stelle: Ingrid erschienen die Jungfrau, der Vater, der Sohn und der Heilige Geist, und sie verkündete, nach Lourdes zu reisen, danach zum Vatikan. Wird Benedikt XVI. die Ritterin der Ehrenlegion von Sarkozys Gnaden noch zu Lebzeiten heiligsprechen? Bei ausbleibender Kanonisation könnte sie vielleicht nach dem Friedensnobelpreis trachten.

Drittens wurde Ingrid zu einer fanatischen Anhängerin der kolumbianischen Nationalarmee und ihrer Spezialkräfte, in deren Uniform sie sich beim Ausstieg aus dem Flugzeug zeigte.

Viertens wurde Ingrid zu einer begeisterten Parteigängerin von Alvaro Uribe, dem mit Drogenbaronen liierten kolumbianischen Staatspräsidenten, der neben Mexikos Staatschef Felipe Calderon zu den entscheidenden Handlangern des Yankee-Apparats in Lateinamerika zählt.

Ingrid hörte nicht auf, die Operation, mit der ihre Befreiung gelang, als „perfekt, tadellos und brillant“ zu loben. Wenn wir an die offizielle Version glauben, führte eine Gruppe von kolumbianischen Obristen diesen Schlag mit Hilfe von Spezialisten der CIA und des israelischen Mossad aus, die in die FARC eingedrungen waren und danach den für die Bewachung der Gefangenen, unter ihnen Ingrid, verantwortlichen Kommandanten „Cesar“, „gewannen“. Sie stellten ihm eine Gruppe als Guerilleros verkleideter Soldaten zu Verfügung, die an Bord eines riesigen Hubschraubers vom Himmel herabstiegen. Wenn

diese Version stimmen würde, müßte der erwähnte FARC-Kommandant ein ausgemachter Trottel sein, um zu glauben, seine Organisation verfüge über einen solchen Helikopter. Insgesamt ist diese Hollywood-variante gut für Deppen, die zu Bewunderern der Heiligen Ingrid wurden. Die Wahrheit ist woanders zu finden:

Laut Radio Suisse Romand zahlte die kolumbianische Regierung an „Cesar“ rund zwanzig Millionen Dollar. Der Verräter erschien mit einem blau unterlaufenen Auge vor den Kameras, um die Story von der Überwältigung aufrechtzuerhalten, bevor er, mit einer neuen Identität ausgestattet, in einen anderen Teil der Welt geschickt wird, um dort ein „neues Leben“ zu beginnen.

Es gibt mehrere Dinge, die einfach in diesem gigantischen und obszönen Rieseln von Sentimentalitäten ignoriert werden. Ich will nur einige Beispiele nennen:

1. Das eiserne Festhalten an der Bezeichnung derjenigen als „Geiseln“, die in Wahrheit Kriegsgefangene sind, und zwar genauso wie die von den Regierungskräften gefangenen Kämpfer der FARC. Aber natürlich würde die Bezeichnung der „Geiseln“ als Gefangene bedeuten, den FARC einen Kämpferstatus im Bürgerkrieg zuzubilligen, was von Uribe und den ihn Unterstützenden natürlich ausgeschlossen wird. Die Anwendung der Genfer Konvention für Kriegsgefangene auf die Gefangenen aus der FARC und von den FARC das gleiche für deren Gefangene zu verlangen, würde der Guerilla Legitimität verschaffen.

2. Der seit 25 Jahren von der kolumbianischen Armee und ihren paramilitärischen Gruppen geführte Krieg verursachte Tausende von Toten, unter ihnen 3000 Gewerkschafter und 2000 indianische Ureinwohner, und Tausende Verschwundene. Mindestens 2000 Bauern mußten ihr Land verlassen und im Innern Zuflucht suchen. Und Tausenden von den Paramilitärs mit dem Tode bedrohten Kolumbianern blieb nur das erzwungene Exil.

3. Die FARC sollten ihren „schmutzigen Kampf, der unschuldige Leben zerstört“ (Sarkozy) beenden und ihre Handlungslinie „berichtigen“ (Ingrid), hören die Helden nicht auf, ihre „Ratschläge“ in dieser Superseifenoper zu wiederholen. Haben sie vergessen, daß 5000 Kämpfer der FARC ermordet wurden, als ihre Organisation einen vorangegangenen Vorschlag akzeptierte, sich in das „normale“ politische Leben Kolumbiens zu integrieren? Damals präsentierten sie sich im Rahmen der durch sie mitgegründeten Patriotischen Union bei den Wahlen.

Die Heilige Ingrid, Nachkomme einer Familie von normannischen Kreuzzögern, die auf den Kanaren zu Königen aufstiegen, macht sich heute zu neuen Kreuzzögern auf, um andere „Geiseln“ zu befreien. Aber Vorsicht, sie wird sich nur um die

„guten Geiseln“ kümmern. Sarkozy wird sie bestimmt für seine nächste Operation anwerben, die darauf abzielen dürfte, die „franco-isrealische Geisel“ Gilad Shalit zu befreien, zuletzt Gefangener der Hamas. Jetzt, da sich Ingrid mit den Spezialkräften des Drogenpräsidenten Uribe identifiziert hat, die – wie sie in alle vier Himmelsrichtungen erklärt – so effektiv sind wie die israelische Armee, wäre dies nur logisch.

Aber mit Ingrid ist nicht für andere Kämpfe wie die Befreiung der 10 500 palästinensischen, von Israel gefangenen Geiseln oder zur Verteidigung der Umwelt zu rechnen. Sie, die sich als Umweltschützerin ausgab – ihre Splittergruppe nannte sich „Grüner Sauerstoff“ –, ist von dieser Jugendkrankheit während der Jahre, in denen sie vom Grün des Urwalds eingehüllt war, definitiv geheilt worden. Sie entdeckte, daß von allen Tieren des Dschungels der Mensch das gefährlichste sei. Der Mensch in FARC-Uniform, versteht sich.

Fausto Giudice
(im Internet-Dienst „Tlaxcala“)

Übersetzung: Isolda Bohler

Bemerkung der Redaktion:

Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) sind eine kampferprobte anti-imperialistische Guerilla-Organisation mit langer Tradition und tiefer Verwurzelung im Volk. Ursprünglich waren sie mit der KP Kolumbiens fest verbunden. In den 90er Jahren kam es aufgrund taktischer Differenzen zu einer Trennung. Kubas Fidel Castro, Venezuelas Hugo Chávez und die KP Kolumbiens setzen sich heute für eine gerechte politische Lösung des bewaffneten Konflikts ein, um den blutigen Bürgerkrieg, in den sich die USA aufseiten ihres Gewährsmannes Uribe massiv eingemischt haben, beenden zu können.

Am 19. September begeht unser Leipziger Regionalgruppenvorsitzender

Dr. sc. Dieter Götze

seinen **65. Geburtstag**.

Vorstand und Redaktion übermitteln dem unserer Sache treu ergebenden, dem „RotFuchs“ eng verbundenen Mitstreiter herzliche Grüße und Glückwünsche.

Juschtschenkos „Nationalhelden“

Ukraine: Nazi-Kollaborateure feiern fröhliche Urständ

Seit der „orangenen Revolution“ werden in der Ukraine die Ultranationalisten und Kollaborateure der Nazi-Okkupanten hofmäßig gemacht. Das gilt vor allem für die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und deren militärischen Arm, die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA).

Die OUN wurde 1929 als nationalistische Kampforganisation gegründet. Später bildeten sich zwei Fraktionen heraus, die OUN(B) und die OUN(M). Sie sind auch in der heutigen Ukraine aktiv. Nach der anti-sowjetischen Konterrevolution und der Verkündung der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 wurde zunächst die OUN(M) als gesellschaftliche Bewegung registriert. Später folgte die OUN(B) in Form des Kongresses Ukrainischer Nationalisten (KUK).

Die OUN war und ist eine antikommunistische und antisemitische Organisation. Was den Antisemitismus betrifft, so erklärte die OUN(B) z. B. bereits Ende der 30er Jahre auf ihrem 2. Kongreß: „Die Juden in der UdSSR sind die treueste Stütze des herrschenden bolschewistischen Regimes und die Avantgarde des Moskauer Imperialismus in der Ukraine.“ Jaroslaw Stezko, einer ihrer Führer, zog damals daraus den Schluß: „Deshalb ist es meine Position, daß die Juden vernichtet und die extremen deutschen Methoden, die eine Assimilierung ausschließen, zielstrebig auf die Ukraine übertragen werden sollten.“ Und in einer im Mai 1941 erarbeiteten Instruktion der OUN(B)-Führung für die Bedingungen eines Krieges“ heißt es: „In der Zeit des Chaos und der Ordnungslosigkeit ist die Liquidierung unerwünschter polnischer, Moskauer und jüdischer Aktivisten erlaubt.“

Dementsprechend waren die OUN-Nationalisten und ihre bewaffneten Einheiten nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion an grausamen Verbrechen gegen die polnische und jüdische Bevölkerung, gegen Vertreter der Sowjetmacht und sowjetische Partisanen beteiligt. Nach unvollständigen Daten sollen von ihnen bis Ende 1943 etwa 50 000 bis 60 000 polnische Männer, Frauen und Kinder ermordet und mehr als 1000 polnische Dörfer zerstört worden sein. Der israelische Historiker Aaron Weiß geht davon aus, daß allein in der Westukraine etwa 28 000 Juden von den ukrainischen Nationalisten umgebracht wurden. Deren Polizeieinheiten waren auch am Massenmord in der Schlucht von Babi Jar beteiligt.

Mit dem Aufbau einer Söldnerarmee aus ukrainischen Nationalisten hatte Hitlers Abwehr bereits vor dem Überfall auf die UdSSR am 25. Februar 1941 auf deutschem Boden begonnen. In Kiewer Dokumenten figuriert die von ihr geschaffene „Ukrainische Legion“ unter der Bezeichnung DUN (Druschinen Ukrainischer Nationalisten), in den Dokumenten der Abwehr als Spezialeinheit „Nachtigall“ und Organisa-

tion „Ronald“ im Bestand des Regiments „Brandenburg“.

Im Juni 1941 beteiligte sich das Bataillon „Nachtigall“ (als „politischer Berater“ diente der spätere bundesdeutsche Minister Theodor Oberländer, ukrainischer Anführer war Schuchewitsch) maßgeblich an dem grausamen Massaker an der jüdischen Bevölkerung von Lwow. Im März 1942 wurde die „Ukrainische Legion“ in Belorußland eingesetzt, wo sie nach eigenem Bekunden im Auftrag der 201. Sicherungsdivision der Wehrmacht im Verlauf von neun Monaten mehr als 2000 sowjetische Partisanen „liquidierte“.

Bis gegen Ende 1942 wurde von der OUN übrigens noch jeder bewaffnete Kampf gegen die Nazi-Okkupanten ausdrücklich abgelehnt. So hieß es im Abschlußdokument einer Militärkonferenz der OUN(B) unmißverständlich: „Jede bewaffnete Aktion gegen die Deutschen wäre eine Hilfe für Stalin.“ Das änderte sich in einem bestimmten Maße erst nach dem Sieg der Roten Armee in Stalingrad und dem enormen Aufschwung des Kampfes der sowjetischen Partisanen. In deren Ergebnis wuchs auch unter der Bevölkerung der Westukraine die Zuversicht in den Sieg über die Okkupanten. Der Einfluß der nationalistischen Kollaborateure ging rapide zurück. Angesichts dessen sah sich die OUN-Führung veranlaßt – bei Beibehaltung des Hauptstoßes gegen die sowjetischen Partisanen – auch auf Aktionen gegen die deutschen Besatzer zu orientieren. In dieser Situation wurde Ende 1942/Anfang 1943 die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) organisiert. Sie formierte sich zu beträchtlichen Teilen aus bisherigen Angehörigen der Legion und Hilfspolizeieinheiten, die bis dahin den Nazi-Okkupanten treu gedient hatten und die auch weiterhin vor allem gegen die sowjetischen Partisanen kämpften.

Nach Kriegsende setzten die immer mehr zu ziellos mordenden Banden verkommenen Überreste der UPA ihren Kampf gegen die Sowjetmacht fort. Sie konnten erst in den 50er Jahren endgültig zerschlagen werden. Dabei fand auch Schuchewitsch den verdienten Tod.

Wie eingangs erwähnt, ist die „orangene“ Führung der Ukraine seit ihrem Machtantritt bemüht, die Nationalisten und treuen Paladine der Nazi-Okkupanten zu rehabilitieren und zu Nationalhelden hochzustilisieren. Mit besonderem Eifer tut sich dabei Präsident Juschtschenko hervor. Am 9. Mai 2008 erklärte er auf einer Festveranstaltung zum Jahrestag des Sieges über Nazi-Deutschland in Kiew: „Der heroische Widerstand der mutigen Kämpfer um die Unabhängigkeit der Ukraine – der Angehörigen der Ukrainischen Aufstandsarmee – ist ein markantes Beispiel für den unerschütterlichen nationalen Geist der Ukrainer.“ Diese Ungeheuerlichkeit stieß allerdings

auf einen solchen Protest der anwesenden Veteranen der Roten Armee, daß der Präsident aus dem Konzept geriet.

Alle Versuche Juschtschenkos, den Veteranen der UPA den gleichen Status zu verleihen wie denen der Roten Armee, sind bisher gescheitert. Ungeachtet dessen wurden zum 65. Jahrestag der Bildung der UPA in zahlreichen Städten und Dörfern der Westukraine auf Initiative der Behörden Denkmäler für deren Gründer, den Agenten der deutschen Abwehr Stefan Bandera, errichtet. Zuvor hatte Juschtschenko bereits Roman Schuchewitsch, dem ukrainischen Anführer des berühmten Bataillons Nachtigall und späteren Oberkommandierenden der UPA, postum den Titel eines „Helden der Ukraine“ verliehen.

Durch diese Aktivitäten des Präsidenten ermuntert, feierten die ukrainischen Nazis am 24. und 25. Mai in der Gebietshauptstadt Iwanowo-Frankowsk den 65. Gründungstag der ukrainischen SS-Division „Galizien“. Bei ihrem ersten größeren Kampfeinsatz im Juli 1944 im Tarnow-Brody-Kessel wurde die Division durch die Schläge der sowjetischen Truppen dezimiert. Man setzte ihre Reste dann in der Slowakei zur Partisanenbekämpfung und später in der Steiermark zusammen mit anderen SS- und Volkssturm-Einheiten zur Bewachung ungarischer Juden auf dem Todesmarsch ein. Dabei taten sich die ukrainischen SS-Leute durch besondere Grausamkeit hervor und verübten blutige Massaker unter den erkrankten und erschöpften Juden.

Gegen die Nazi-Provokation in Iwanowo-Frankowsk haben die russische Gemeinde dieses Gebiets und die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges scharfen Protest erhoben. Er wurde in einem Kommentar der Informationsabteilung des russischen Außenministeriums nachdrücklich unterstützt: „Die Lobpreisung der Helfershelfer der Nazis kann nicht zugelassen werden. Damit wird das Andenken an die Millionen Menschen vieler Länder und Nationalitäten beschmutzt, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben gelassen haben.“

Willi Gerns

**AUF DIE
PFERDE,
AUTOREN**

*Verlaßt die Rastplätze des
Sommers!*

Ein Historiker läßt seinem Antisowjetismus freien Lauf

Der Zeitraum von 1938 bis 1948 ist wohl die brisanteste Dekade in der tausendjährigen polnischen Geschichte. Er umfaßt das letzte Friedensjahr im bürgerlich-gutsherrlichen Polen und reicht bis zur Festigung der Volksmacht unter Führung der Kommunisten. In diesem Kontext wird die Rolle der Sowjetunion massiv attackiert. Moskau wurde wegen seines Friedenskurses als „Schwächling“ belächelt, gehaßt und unterschätzt. Zehn Jahre später dominierte sowjetischer Einfluß nicht nur in Polen, sondern in ganz Osteuropa. Er reichte sogar bis nach Deutschland und Österreich. Die UdSSR war zu einer europäischen Großmacht und neben den USA zu einer Weltmacht geworden. Damit wird die bürgerliche Geschichtsschreibung bis heute nicht fertig. Von ihr wurde die historische Legitimität Volkspolens stets in Abrede gestellt und sein Vorschreiten als bloße Umsetzung sowjetischer Strategie kleingeredet. Nach 1989 glaubten ihre Protagonisten die „ideologiegeprägte“ und „tendenziöse“ Chronik der Volksrepublik Polen umschreiben und belegen zu können, daß es hierbei „nicht mit rechten Dingen“ zugegangen sei. Ihre Wünsche haben sich allerdings nicht erfüllt. Die neu erschlossenen Dokumente dienten zumeist der Vertiefung und Ausweitung bereits gewonnener Erkenntnisse, deren Nuancierung und größeren Ausgewogenheit. Hinsichtlich der besonders umstrittenen Ereignisse und Prozesse gab es kaum wesentlichen Erkenntnisgewinn. Polens marxistische Historiker hatten solide analysiert und exakte Wertungen vorgenommen.

In wissenschaftlicher Hinsicht befinden sich ihre rechten Widersacher, die heute das große Wort führen, sogar in einer Sackgasse, zumal ihnen bestimmte russische Archivmaterialien verwehrt bleiben. So wiederholen sie die Stereotypen von vorgestern. Da das aber offensichtlich nicht ausreicht, läßt man jetzt Ausländer über besonders brisante Geschichtsschnitte schreiben, um den Eindruck von abgehobener Überparteilichkeit zu vermitteln. Dafür steht vor allem der britische Historiker Prof. Norman Davies zur Verfügung, der sich schon mehrmals mit Darstellungen zur polnischen Geschichte einen Namen gemacht hatte und der mit Auszeichnungen – darunter den Ehrenbürgerschaften von Kraków, Lublin und Wrocław – überhäuft worden ist. Sein von vielen Rezensenten hochgelobtes neuestes Werk „Aufstand der Verlorenen“, erschien 2003/2004 in Großbritannien, den USA, Polen und der BRD.

Von der fast tausend Seiten umfassenden Schrift erwarteten die polnischen Antikommunisten eine unangreifbare, wissenschaftlich fundierte Abrechnung mit der UdSSR, den eigenen Kommunisten und der gesamten Linken.

Um es gleich vorwegzunehmen: Die Abhandlung liegt weit unter dem, was solide bürgerliche und auch marxistische Historiker zum Warschauer Aufstand 1944 in den letzten sechs Jahrzehnten zu Papier gebracht haben. Allein der Aufbau des Werkes vermittelt den Eindruck, daß es dem Autor nicht in erster Linie um die Erhebung selbst ging; nur ein Viertel des Textes ist ihr gewidmet. Die opferreichen Kämpfe werden unübersichtlich dargestellt. Angaben über Truppenstärke, Bewaffnung und Ausrüstung der Aufständischen, eine Übersicht zu deren Operationen, die Darstellung eigener und fremder Verluste fehlen fast völlig. Militärgeschichtlich ist die Arbeit wertlos. Davies vermag als Zivilist das Handeln der Roten Armee nicht exakt einzuschätzen, was ihn zu unhaltbaren Behauptungen mit anti-sowjetischer Note führt. Diese sind indes keineswegs neu.

Der britische Autor rechtfertigt grundsätzlich alle Handlungen der rechtsgerichteten Aufstandsführung. Damit liegt er sogar weit unter dem Niveau bisheriger bürgerlicher Wertungen. Seine Hauptthese lautet: Die Spitze der durch die Londoner Exilregierung gesteuerten Armija Krajowa (AK) habe immer richtig gehandelt, die Schuld an der Niederlage trügen allein die westlichen Alliierten, vor allem aber die Sowjetunion. Ihrer Roten Armee, die fast eine Million Soldaten bei der Befreiung Polens und nicht zuletzt vor Warschau verlor, wird vorgeworfen, nicht noch mehr Menschen geopfert zu haben, um die antisowjetischen Pläne der AK-Zentrale zu bedienen. Dem folgt ein in solchem Zusammenhang wohl einmaliger Angriff auf Großbritannien, das von einer „prosowjetischen Lobby“ unterwandert gewesen sei, sowie auf USA-Präsident Franklin Delano Roosevelt. Neu ist daran allerdings, daß für die Erfolge der Sowjetunion und der polnischen Linken jetzt auch die Führer der westlichen Alliierten der UdSSR während des Zweiten Weltkrieges haftbar gemacht werden. Deren realistische Einschätzung der Lage deutet Davies als Begünstigung der UdSSR. Ihm zufolge hätten die Westmächte schon 1944 den kalten Krieg gegen die Sowjetunion eröffnen sollen. Man gewinnt den Eindruck, daß es deren Hauptziel nicht hätte sein dürfen, gemeinsam mit der UdSSR die Nazis zu besiegen, sondern den Vormarsch der Roten Armee in Europa zu stoppen. Davies setzt nicht nur Sozialismus und Faschismus im Sinne der berüchtigten Totalitarismus-Doktrin gleich, sondern nimmt sogar noch eine nuancierte Aufwertung des deutschen Faschismus im Vergleich mit der UdSSR vor.

Insgesamt steht das vorgelegte Buch in keinem Verhältnis zu seinem Anspruch. Der Autor verlegt sich auf unhistorische Spekulation und eklatanten Subjektivismus in der Bewertung von Fakten. Oft sollen

Dokumente als Beweis für antikommunistische Thesen herhalten, obwohl sie das Gegenteil des Behaupteten aussagen. Immer wieder wird mit Verunglimpfungen und Ehrabschneiderei gearbeitet. Was eher einer Propagandaschrift aus dem kalten Krieg entspricht, wird zum probaten Mittel angeblicher „Aufhellung von Zusammenhängen“. Mit seinem Buch hat Davies der rechten Historikergilde und seiner wissenschaftlichen Reputation einen schlechten Dienst erwiesen.

Stefan Warynski

Am 23. September 17.30 Uhr sucht Prof. Dr. Gerhard Fischer,

Bundessprecher der VVN/BdA und Vorstandsmitglied der GBM, das Gespräch mit den Mitgliedern unserer Regionalgruppe Halle im Treffpunkt der Volkssolidarität Halle-Neustadt, Hettstedter Straße 1.

Sein Thema lautet: **Ist die bürgerliche Demokratie am Ende?**

Am 29. September begeht

Genosse Dr. Rudolf Dix

aus Zeuthen seinen 80. Geburtstag.

Der erprobte Kommunist, der an der Parteihochschule beim ZK der SED Tausende unterrichtete, hat sich auch nach dem Sieg der Konterrevolution aktiv für die sozialistische Sache eingesetzt.

Der RF, zu dessen bewährten Autoren er gehört, dankt ihm für seine Treue.



Das ausgebrannte Hauptquartier der Mongolischen Revolutionären Volkspartei

Achtgroschenjungen

Wie Langley den Dalai Lama sponserte

Patrick French wurde zur ersten Person, die die Archive der Regierung des Dalai Lama im Exil einsehen konnte, als er das Amt des Direktors der „Free Tibet Campaign“ in England innehatte. Seine Erkenntnisse in diesem Zusammenhang sind überraschend. French kam zu der enttäuschenden Schlussfolgerung, daß die Beweise für den tibetischen Völkermord gefälscht worden sind. Das war der Grund für seinen sofortigen Rücktritt als Direktor der erwähnten Kampagne.

In den 60er Jahren wurden unter der Leitung des Bruders des Dalai Lama, Gyalo Thondrup, einige Zeugenaussagen unter den tibetischen Flüchtlingen in Indien aufgenommen. French merkte dann, daß die Zahl der Toten wenig später erhöht wurde. Er stellte auch fest, daß dieselbe militärische Auseinandersetzung, von der fünf verschiedene Flüchtlinge berichteten, fünfmal in die Statistik aufgenommen wurde. Derweil machte die Zahl von 1,2 Millionen durch die Chinesen getöteter Tibetaner die Runde um die Welt.

Für French ist diese Zahl an Toten ausgeschlossen, denn sie bezieht sich nur auf Männer, und zu dieser Zeit betrug die Zahl der tibetischen Männer nur 1,5 Millionen. Das hätte ein fast vollständige Verschwinden dieses Volkes verursacht. Aber die Bevölkerung ist seitdem merklich gewachsen und umfaßt heute 6 Millionen, fast das Doppelte von 1954.

Zumindest darin stimmen die Zahlen des Dalai Lama und der chinesischen Behörden erstaunlicherweise überein.

Obwohl die internationalen Beobachter (die Weltbank, die Weltgesundheitsorganisation) von diesen Zahlen ausgehen, ändert das nichts daran, daß der Dalai Lama heute noch behauptet, die Chinesen hätten 1.2 Millionen Tibetaner umgebracht.

Ist der Dalai Lama eine Art Papst des weltweiten Buddhismus? Es wäre angebracht, diese allgemeine Ansicht zu hinterfragen und folgende Zahlen zu betrachten: Nur 6 % der Weltbevölkerung sind Buddhisten, also ein geringer Anteil; außerdem ist der Dalai Lama weder der Repräsentant des Zen-Buddhismus (in Japan) noch des thailändischen oder des chinesischen Buddhismus. Tatsächlich macht der tibetische Buddhismus nur ein Sechstel der 6 % aus. Und dies ist auch keine einheitliche Variante, denn es gibt mindestens vier verschiedene Schulen im Tibet. Der Dalai Lama gehört nur einer von ihnen an, der Gelugpa (Gelbmützen). Zusammenfassend kann man also sagen, ein Papst mit wenigen Gläubigen, aber vielen politischen Anhängern ...

Wer sind seine Sponsoren? Von 1959 bis 1972 wies die CIA jährlich 180 000 Dollar für die persönlichen Zwecke des Dalai Lama an. Letzterer leugnete dies zwar bis 1980, aber die

von der US-Regierung freigegebenen Dokumente beweisen es.

Die gleiche Organisation übergab auch jedes Jahr 1,7 Millionen Dollar für den Aufbau eines internationalen Netzes. Eine ähnliche Summe erhielt er über eine US-amerikanische Nichtregierungsorganisation (NED), deren Etat vom Kongreß kommt. Der Dalai Lama bestätigt, daß es seine Brüder sind, die „die Geschäfte“ erledigen. Beide, Thubten Norbu (hochrangiger Lama) und Gyalo Thondrup, wurden 1951 von der CIA rekrutiert, der erste zum Sammeln von Geldern und damit er die Propagandaaarbeit leitet, der zweite, damit er den bewaffneten Widerstand organisiert.

Von Anfang an, das heißt, als sich zeigte, daß sich die chinesische Revolution erfolgreich konsolidierte (1949), versuchten die Vereinigten Staaten, den Dalai Lama zu bewegen, ins Exil zu gehen. Sie stellten ihm Geld, Logistik und ihre Propaganda zur Verfügung. Aber der tibetische Führer und seine Regierung fanden den Vorschlag der USA wenig anziehend, denn es war ihr Wunsch, daß eine Armee geschickt werden sollte, wie schon in Korea (Modern War Studies, Kansas University, USA, 2002). 1959 konnte Washington den Dalai Lama endlich überzeugen, Tibet zu verlassen.

Jean-Paul Desimpelaere

Quelle: „Granma Internacional“, Havanna

Zu den Unruhen in Ulan Bator

USA schicken mongolische „Demokraten“ ins Gefecht

Die Mongolei ist ein riesiges, ressourcenreiches Land mit nur knapp drei Millionen Einwohnern. Seine geographische Lage – es befindet sich zwischen China und der Russischen Föderation – macht es über die Bodenschätze (Uran, Kohle, Gold, Kupfer, Tungsten und Molybdän) hinaus für imperialistische Expansionisten besonders interessant. Im Pentagon träumt man davon, die VR China nicht nur von der tibetischen Flanke aus in Schwierigkeiten zu bringen, sondern auch auf mongolischem Territorium eine USA-Militärbasis zu errichten, die zugleich Rußland bedrohen. Haupthindernis dabei ist die auf Unabhängigkeit bedachte Politik der Mongolischen Revolutionären Volkspartei (MRVP), die schon zu Zeiten der Volksmacht das Land sechseinhalb Jahrzehnte führte und auch heute – allerdings mit erheblichen Abstrichen an ihren früheren marxistisch-leninistischen Profil – regiert. Aus den Parlamentswahlen vom 29. Juni ging die MRVP erneut als Wahlsiegerin hervor. Sie errang 45 der 76 Sitze im Großen Staatshural. 21 Mandate fielen der an Washingtons Rockschönen hängenden Demokratischen Partei

zu. Da ihre Rechnung nicht aufgegangen war, entfesselten die Gegner der MRVP eine Welle terroristischer Gewalt. Gefolgsleute der nicht ins Parlament gelangten „Bürgerbewegung“, die sich als „echte Freiheitskämpfer“ ausgeben, lieferten den Auftakt: Geschäfte wurden geplündert, ein Museum mit reichen Kunstschätzen wurde niedergebrannt, am Hauptquartier der MRVP Feuer gelegt. Es gab Tote und Verletzte. Spezialeinheiten der Polizei stellten die Ordnung wieder her und nahmen eine Reihe krimineller Gewalttäter fest.

Seit der unter Gorbatschow und Jelzin vollzogenen Liquidierung der Sowjetunion, die mit der sozialistischen Mongolei eng verbunden gewesen war, hat das Land schwere Stürme erlebt. Die Umwandlung der Macht- und Eigentumsverhältnisse zog auch hier eine Schneise der Verwüstung. In Ulan Bator kam es zum Führungswechsel. Viele Kommunisten – unter ihnen Zehntausende in der UdSSR ausgebildete Fachleute – wurden ausgeschaltet oder herabgestuft. Doch trotz zeitweiligen Regierungswechsels gelangte die ideologisch deprofilierte MRVP wieder an die Schalthebel. Die Wähler honorierten

den sozialen Einsatz vieler ihrer Genossen. Der Versuch USA-gesteuerter Marionetten, wieder zum Zuge zu kommen, wurde diesmal an den Urnen vereitelt. Auch die jüngsten Unruhen, bei denen die CIA Regie führte, blieben ohne Erfolg.

Das USA-Monopolblatt „The Wall Street Journal“ hatte für die Mongolei einen haushohen Sieg der durch eine „Nichtregierungsorganisation“ finanzierten Demokratischen Partei vorausgesagt. Als der nicht eintrat, wurde sofort „Wahlbetrug“ unterstellt. Das war die Parole zur Auslösung des Putschversuchs. Die MRVP-Regierung verhängte für einige Tage den Ausnahmezustand. Washington war über den „Terror“ der staatlichen Behörden empört. Das Außenministerium der Russischen Föderation hingegen verurteilte den Angriff der Fünften Kolonne des USA-Imperialismus als „extremistisch und gesetzlos“. Der Wahlverlauf habe demokratischen Prinzipien entsprochen. Moskau empfahl, die Meinungsverschiedenheiten auf der Grundlage der Mongolischen Verfassung beizulegen.

R. F., gestützt auf „The Guardian“, Sydney

Aljoschas zweite Reise nach Plowdiw

Wie Bulgarien seinen sowjetischen Befreiern dankte

Alexej Iwanowitsch Skurlatow, der Prototyp für das Aljoscha-Denkmal in Plowdiw, erhielt im Vorjahr eine offizielle Einladung zum Besuch Bulgariens. Anelija Kruschkowa, Vorsitzende der staatlichen Tourismusbehörde, sprach sie während ihrer Rußland-Rundreise aus. In Nowosibirsk traf sie Skurlatow und schlug ihm vor, sich bei uns zu erholen. Aljoscha solle bei der Feier anlässlich des 50. Jahrestages der Denkmalsweihe zugegen sein. Das Monument galt viele Jahre hindurch als ein Symbol für die bulgarisch-sowjetische Freundschaft. Die Ankunft Skurlatows in Bulgarien war für Anfang November 2007 vorgesehen.

Der ehemalige Rotarmist lebt in der abgelegenen Altai-Siedlung Nalobicha im Rayon Kossicha. Er wurde im März vergangenen Jahres 85. Skurlatow hat zwei Enkel und vier Urenkel. Jedes Jahr am 9. Mai zieht der Veteran sein Jackett mit den vielen Auszeichnungen aus dem Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion an. Jeder in seinem Dorf weiß, daß er jener Aljoscha ist, welcher als Vorbild für die in der bulgarischen Stadt Plowdiw aufgestellte Skulptur diente.

Im September 1941 ging Skurlatow an die Front. Er nahm an der größten Panzerschlacht des Zweiten Weltkrieges im Kursker Bogen teil. Damals gehörte er der 217. Panzerbrigade und dann dem 234. Artillerieregiment an. Im September 1944 rückte

er mit sowjetischen Truppen als Angehöriger einer Nachrichtenkompanie in Bulgarien ein.



Der 22jährige breitschultrige Mann mit den blonden Locken war ein fröhlicher Mensch. Er hinterließ bei dem Bildhauer Methodi

Witanow, mit dem er sich angefreundet hatte, einen starken Eindruck. Der Künstler machte zunächst mehrere Skizzen von ihm. 1946 kehrte Alexej in die UdSSR zurück. In seinem Heimatdorf arbeitete er als Brigadier einer Maschinen-Traktoren-Station. Danach war er Mährescherfahrer, Schlosser und Meister.

Die Bleistiftzeichnungen von Methodi Witanow wurden später zur Vorlage für das Denkmal. Die Geschichten, die der Künstler den Bauleuten über seinen Prototyp erzählt hatte, veranlaßten die Bevölkerung, das Denkmal Aljoscha zu nennen.

Die Versuche des Bildhauers, seinen einstigen Freund aufzuspüren, verliefen ohne Ergebnis. Auch Alexej ahnte lange Zeit nichts von der Existenz seines steinernen Doppelgängers. Erst 1981, also 25 Jahre nach der Einweihung des Monuments, wurde der vollständige Name des in Granit gehauenen Soldaten bekannt. Danach erhielt Alexej eine Einladung, „sich mal in Plowdiw sehen zu lassen“. Er besuchte die Stadt zu seinem 60. Geburtstag. 2007 war er dort ein zweites Mal zu Gast.

Nach dem Plowdiwer Vorbild wurden auch in anderen bulgarischen Städten Ehrenmale für die sowjetischen Befreier errichtet, die man ebenfalls Aljoscha nannte.

Aus der bulgarischen Zeitung „Sedmizata“ (August 2007)

Redaktion und Verein übermitteln den Jubilaren des Monats September herzliche Glückwünsche

Genossin **Antonie Satzger** (3. 9.) aus Zwickau begeht ihren **97. Geburtstag**.

Wir gratulieren **Heinz Müller** (15. 9.) aus Dresden zum **85. Geburtstag**.

Liebe Wünsche zur Vollendung des **80. Lebensjahres** gehen an **Erika Vetter** (5. 9.) aus Dresden und **Herbert Gittner** (17. 9.) aus Berlin.

75 Jahre alt wird Generalmajor a. D. **Dr. Horst Franz** (21. 9.) aus Eichwalde.

Unser Gruß geht an zwei zu den **70jährigen** Hinzustoßende: **Günter Süptitz** (8. 9.) aus Strausberg und **Dieter Skiba** (28. 9.) aus Berlin.

Auch die **65jährigen** erhalten Verstärkung: **Elke Pudszuhn** (22. 9.) aus Zella-Mehlis, **Rainer Grützner** (25. 9.) aus Markkleeberg und unser langjähriger Mitsreiter **Dieter Rosenberg** (30. 9.) aus Freiberg begehen dieses Jubiläum.

Nachwuchskader unter den Veteranen ist **Karl Fröhlich** (9. 9.) aus Gera, der erst **60 Jahre** alt wird.

Allen Geburtstagskindern wünschen wir maximale Gesundheit und Freude am „RotFuchs“.

Am **4. September um 16 Uhr** spricht der frühere stellv. Kulturminister der DDR **Dr. Klaus Höpcke** auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Güstrow** im Hansabad, Hansenstraße 4.

Er beschäftigt sich mit Fragen der Kulturpolitik gestern und heute.

Am **6. September um 10 Uhr** findet in **Chemnitz**, Rothaus, Lohstraße 2, eine Veranstaltung der RF-Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen statt.

Der ehemalige DDR-Diplomat **Klaus Kukuk** spricht über das Thema: **„Prager Frühling“ – Hintergründe, Zusammenhänge und Langzeitwirkung**

Huldigung für weiße Banditen

Faschistoider Verlag publizierte Gerhard Löwenthals „Erinnerungen“

Wofür die Papiertonne des Nachbarn gut sein kann! Da ich mir kaum Zeitungen im Abonnement zu leisten vermag, schaue ich ab und zu, wenn ich mein Altpapier entsorge, auch in den Behälter des Nachbarn. Manchmal lohnt es sich. Eines Tages entdeckte ich dort eine Ausgabe der rechtsgerichteten „Jungen Freiheit“. Das Blatt interessierte mich nicht sonderlich, was jedoch meine Aufmerksamkeit weckte, war eine Werbung für das Buch von Gerhard Löwenthal „Ich bin geblieben. Erinnerungen“. Dessen 3. Auflage ist auch mit der Zustimmung seiner Frau Ingeborg vom Verlag Junge Freiheit herausgegeben worden. Frau Löwenthal begründet ihre Zustimmung zur Veröffentlichung im Vorwort: Ihr Mann sei „der Zeitung viele Jahre lang als Gesprächspartner freundschaftlich verbunden gewesen“.

Da fragt man sich unwillkürlich, wie es sein konnte, daß sich Gerhard Löwenthal als Sohn eines jüdischen Kaufmanns und Enkel eines Mannes, der im Oktober 1943 in Theresienstadt zu Tode gekommen war, einer Zeitung wie der „Jungen Freiheit“ so „freundschaftlich verbunden“ gefühlt hat.

„Für uns war es damals ein kleiner Trost, daß Großmutter nicht ganz allein war, denn sie lebte mit der Schwester meines Vaters, meiner Tante Erna, zusammen, die mit ihrem schwerkriegsbeschädigten Mann Herrmann schon früher nach Theresienstadt deportiert worden war.“ Erstaunlich ist doch die lapidare, gelassene, gleichgültige, gar verharmlosende Bemerkung Gerhard Löwenthals zum Tode seines Großvaters.

„Wer nicht bereit ist, aus der Geschichte zu lernen, der ist dazu verdammt, die Geschichte zu wiederholen“: Diese Aussage von George de Santayana steht auf dem Klappentext des Buches. Fraglich ist, ob Gerhard Löwenthal aus der Geschichte etwas gelernt hat. Seine politischen Freunde standen ausnahmslos ganz weit rechts! In seiner Arbeit als Journalist, begonnen beim CIA-gesponserten Sender RIAS Berlin bis zu seiner Tätigkeit als Moderator und Redakteur des ZDF-Magazins, zeichnete er sich als pathologischer Gegner der deutschen Gewerkschaften und Kalter Krieger aus. Er scheute sich nicht, auch bedeutende Persönlichkeiten der europäischen Antikriegsbewegung wie Romain Rolland für sich zu instrumentalisieren, indem er dessen Aussage dem Teil II seines Buches voranstellte.

Meine Entscheidung jedoch, Löwenthals in einem faschistoiden Verlag erschienenen Buch lesen zu wollen, hat folgenden Hintergrund: Er war, neben dem inzwischen vom Saulus zum Paulus gewandelten ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten und Entwicklungspolitischen Sprecher seiner Fraktion, Jürgen Todenhöfer, einer der besten Freunde der CIA-Zöglinge, der afghanischen Islamisten, die damals als

thals Buch etwas Fundiertes zu erfahren. Er schreibt indes nur knapp zwei Seiten über Afghanistan, wobei er sich beschwert, die Medien, vor allem die Fernsehanstalten, hätten über den Krieg der USA gegen Vietnam „sozusagen stündlich berichtet“, während Afghanistan für sie „kein Thema“ gewesen sei. Im übrigen wären die USA seinerzeit „von den Franzosen in deren Indochina-Abenteuer hineingezogen“ worden. Auch so kann man Geschichtsklitterung betreiben, in der Löwenthal ja ein Großmeister war. Der CIA-gestählte Journalist lobt sich selbst: „Für mich gab es keine Minute des Zögerns, um mich auf die Seite der geschundenen afghanischen Nation zu stellen. In rund vierzig Beiträgen berichteten wir über den sowjetischen Völkermord und konnten, da fast jeder Beitrag mit einem Spendenaufruf verbunden war, mindestens zwanzig Millionen Mark zur Linderung der Not in den Flüchtlingslagern und zur humanitären Hilfe für die Freiheitskämpfer aufbringen. Mit 62 Jahren zog ich mit Freiheitskämpfern in das Land [...]“, brüstet er sich.

Von Anfang an war bekannt, daß die sogenannte Hilfe an die notleidenden afghanischen Flüchtlinge in Pakistan als „humanitär“ eingestuft wurde, um die Tatsache zu verschleiern, daß sie hauptsächlich für die Modjahedin gedacht war. An die Freunde von Löwenthal und Todenhöfer wurden jährlich 700 Millionen US-Dollar gezahlt und 65 000 Tonnen Waffen geliefert. Was würde Löwenthal wohl heute dazu sagen, daß seine geliebten „Freiheitskämpfer“, für die er sich buchstäblich aufgeopfert hat, plötzlich Terroristen sind und von seinen großen Freunden in den USA gnadenlos bekämpft, in Guantánamo, Bagram bei Kabul und Qandahar inhaftiert und gefoltert werden?

Dr. Matin Baraki



Collage: Heinrich Ruynat

Modjahedin bzw. Freiheitskämpfer bezeichnet wurden, um nach dem 11. September 2001 über Nacht in Terroristen umgetauft zu werden. Todenhöfer ist inzwischen ein selbsternannter „Friedenskämpfer“. Er verfaßt Bücher über Afghanistan und Irak, in denen die USA-Kriege kritisiert werden. Todenhöfers Bücher verkaufen sich ausgezeichnet. Er macht ein gutes Geschäft mit dem Elend der Afghanen, zu dem er anfangs tatkräftig beigetragen hat. Leider ist Gerhard Löwenthal tot, so daß er sich nicht mehr an diesem Reibach beteiligen kann.

Ich hatte vor langer Zeit beiden „Freunden der Afghanen“ Briefe mit der Bitte um Materialien über mein Land geschrieben, da sie diesbezüglich bestens informiert und mit Dokumenten reichlich versorgt waren. Sie haben nie haben auf mein Schreiben reagiert. Nun erhoffte ich mir aus Löwen-

Am 20. September um 10 Uhr findet in der Drogenmühle Heidenau, Dresdener Straße 26, eine Veranstaltung der Regionalgruppe Dresden statt.

RF-Autor **Dr. Dieter Hillebrenner** spricht über das Thema „Opportunismus heute“.

Ein Jakobiner-Denkmal an der Kremlmauer

Robespierre und der revolutionäre Terror

Bürger, wolltet ihr eine Revolution ohne Revolution? Die Empfindsamkeit, die fast ausschließlich für die Feinde der Freiheit seufzt, ist mir verdächtig“, sagte Maximilian Robespierre am 5. November 1793. Er wurde nur 36 Jahre alt. Der am 6. Mai 1758 in Arras Geborene trat 1789 ins Rampenlicht der Geschichte. Fünf Jahre später, am 28. Juli 1794, endete sein Leben auf der Guillotine.

Die wichtigste Leistung Robespierres bestand darin, daß er als initiierende Kraft der kleinbürgerlich-radikaldemokratischen Diktatur der Jakobiner der Feudalität den Todesstoß versetzte und der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung zum Sieg verhalf. Und dennoch: Die Bour-



geoisie hat es diesem Robespierre nicht gedankt, im Gegenteil. Für sie ist er, bis in unsere Tage und wohl auch künftig, der blutbefleckte Tyrann und mordende Staatsterrorist. Erst im November 2007 bezeichnete ihn ein Herr Rutschky in der „taz“ als „Massenmörder“.

Die Kritik an Robespierre von moralisch-ethischen Positionen aus war und ist nichts als Heuchelei. Deren eigentliche Wurzeln liegen darin, daß der Revolutionsführer in den Augen der bourgeois Meinungs-macher die Versinnbildlichung der revolutionären Demokratie ist und bleibt. Sein Name verkörpert das revolutionäre Volk, das machtvoll in das Rad der Geschichte griff. Das allein genügt für den Haß auf ihn.

Der Terror richtete sich gegen diejenigen, die die Revolution rückgängig machen oder „anhalten“ wollten. Wenn auch Unschuldige auf die Guillotine kamen, dann ändert das nichts an seiner historischen Notwendigkeit. Etwa 16 000 Menschen wurden guillotiniert. Die Bürgerkriegsopfer werden mit ca. 30 000 beziffert.

Es überrascht nicht, daß alle fortschrittlichen politisch-sozialen Kräfte, spätestens seit 1794, das Erbe Robespierres und der

Jakobiner in Ehren halten, selbstredend die revolutionäre, marxistisch geprägte Arbeiterbewegung. Insbesondere widerspiegelt es sich in der Herausbildung und Entwicklung des Marxismus im 19. und 20. Jahrhundert.

Die geschichtsphilosophische Analyse der Französischen Revolution als Ganzes (1789 bis 1794), besonders der Jakobinerherrschaft und der sie tragenden Ideen, die politische Praxis der in ihr wirkenden Klassenkräfte ergab bestimmende Erkenntnisse für die Prognose des weltrevolutionären Prozesses.

Es ist keineswegs eine Übertreibung, daß der Marxismus auch auf den Schultern der Großen Französischen Revolution steht. Ihr Verlauf, die Klassizität ihrer Prozesse und Etappen prägten die Grundaussagen des „Manifests der Kommunistischen Partei“ mit, nämlich die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats und des Kommunismus als Gesellschaftsformation.

Daß Marx und Engels den Blick auf die bürgerlichen Revolutionen, vor allem die französische, als Geburtsstätten der bürgerlichen Ordnung, die in ihr agierenden Volksmassen als „Armee zum Schlagen“ (Vorproletariat, Stadtarmut, Kleinbürger, Bauern) sowie deren Führungskräfte warfen, war folgerichtig. Des Nachdenkens würdig ist die Feststellung des britischen Historikers Moss, daß die Jakobinerdiktatur der „Erztyp“ der Diktatur des Proletariats gewesen sei. Selbstredend haben sich die bedeutenden Theoretiker und Politiker der marxistischen Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, nicht zuletzt Lenin, mit der Großen Revolution der Franzosen beschäftigt. Er nannte die Bolschewiki bewußt die „Jakobiner unserer Tage“.

Als Robespierre in den Konvent einzog, brauste ihm Jubel entgegen. Dabei war er immer nur ein einfacher Abgeordneter, nie übte er ein leitendes politisches Amt aus, auch nicht im Wohlfahrtsausschuß (der Revolutionsregierung). Woher aber kam seine Macht? Sie resultierte aus seinen Reden, deren Inhalt von den Ideen Rousseaus bestimmt wurde. Ihre Leitworte waren: Naturrecht, Vernunft, Tugend, Demokratie. Und: Das Volk ist souverän. Nicht nur nach seinem Selbstverständnis war Robespierre ein Vertreter des Volkes. Er war Vollstrecker des Volkswillens. Selbst seine Feinde müssen ihm bis heute attestieren, daß er weder korrupt war noch Privilegien besaß. Er feierte nicht rauschende Feste oder hortete Millionen. Bis zu seinem Tode logierte er als Untermieter bei einem Tischler in geradezu ärmlichen Verhältnissen. Der „Unbestechliche“ wurde zum beliebtesten Politiker der Französischen Republik. Seine Reden führten, modifiziert, oft zu Gesetzesvorlagen. Die Verfassung von 1793 trägt die Handschrift der Jako-

biner, insbesondere von Robespierre und Saint-Just. Diese sollte bis zum vollständigen Sieg über die Feinde der Revolution aber nicht in Kraft treten.

Die rigorose Politik des Terrors resultierte aus der Demokratie-Konzeption Robespierres. Wer das Gesetz verletzt, verstößt gegen die Volkssouveränität und wird damit zum Feind der Revolution. Somit war er des Todes. Robespierre wußte um die notwendige Zeitbedingtheit des Terrors. Seine Legitimität bzw. das Regieren ohne Verfassung resultierte aus dem Grad des Widerstandes der Revolutionsfeinde. Das verlangte die Zustimmung der Volksmassen. Demokratie und Terror sollten eine Symbiose eingehen, solange die „Herrschaft der Tyrannen“ und des Verbrechens droht, aber eben *nur* in diesem Zeitraum.

Robespierre war niemals ein Mann, der einen Gleichheitskommunismus wie Babeuf vertrat, sondern ein Verfechter des Privateigentums, des Kleineigentümers (also des Kleinbürgers) im Sinne Rousseaus. Deswegen sollte die soziale Verpflichtung einschließen.

Nicht alles in der Politik Robespierres verdient Billigung. Das betraf vor allem die Sozialgesetzgebung (Einfrieren der Löhne, Beschneidung des Streikrechts; achtloses Verhalten gegenüber den Forderungen der Stadt- und Dorfarmut).

Den Feinden der Republik versetzte er harte Schläge, aber auch linken revolutionären Gruppierungen, z. B. den Enrages.

In seiner Rede „Über die Grundsätze der revolutionären Regierung“ (Dezember 1793) hatte Robespierre die Theorie und Praxis der notwendigen, zeitlich zu begrenzenden „Schreckensherrschaft“ begründet. Ein halbes Jahr später erhielten der Wohlfahrtsausschuß und die Revolutionstribunale Sondervollmachten (u. a. Beschleunigung der Verfahren durch Verzicht auf die Anklageschrift und eine Verteidigung). Der „Grande Terreur“ begann und damit seine Verselbständigung. Die Robespieristen konnten durch die Besitzbourgeoisie (Thermidorianer) gestürzt werden, als der Terror überflüssig geworden war und ihre Politik nicht mehr vom Volkswillen getragen wurde. Die Jakobinerdiktatur hatte ihre Funktion erfüllt, die „normale“ Herrschaft der Bourgeoisie zu ermöglichen, die subjektiv nicht ihr Ziel gewesen war. Der „tragische Zirkelschluß“ trat ein.

Wenn auch der Advokat aus Arras keinen Platz im Pantheon von Paris fand (aber immerhin Rousseau), wurde ihm viele Jahre später ein Denkmal gesetzt: im August 1918 im Alexandergarten an der Moskauer Kremlmauer durch Dekret des Rates der Volkskommissare Sowjetrußlands. Es trug die Unterschrift des Vorsitzenden W. I. Uljanow (Lenin).

Dr. Peter Fisch

Streit um den Wendehals

Ein Vogel, der nicht nur in der Tierwelt vorkommt

Seit Tagen schon streiten wir uns wegen der neuen Quartiergäste. Ein Wendehals ist mit seiner Partnerin bei uns eingezogen. Mein Mann, ein Mensch mit einem sonnigen Gemüt, der in jedem Menschen nur die edlen Eigenschaften sehen möchte, schätzt das Paar ganz anders ein als ich. Von Vorurteilen bin ich nicht frei – das gebe ich zu. Vielleicht habe ich sogar den Wunsch, an diesem Paar alle häßlichen Verhaltensweisen zu entdecken, die ich bei einem Wendehals vermute. In ein paar Wochen werden uns die beiden verlassen. Ich muß mich mit meinen Beobachtungen beeilen.

Ein Paar ist es mit auffälligem Äußeren und auffälligem Wesen. Noch dazu gleichen die Partner einander wie ein Ei dem anderen. An ihrer Gestalt ist am Ungewöhnlichsten ihr Hals. Nein, so einen Hals habe ich noch nie gesehen. Er ist so dick wie der Kopf. Von Schönheit keine Spur. Erschrecken kannst du, wenn sie sich nach dir umdrehen. Urplötzlich zeigen sie dir ihr volles Gesicht, ohne den ganzen Körper zu bewegen. Sie bringen es fertig, ihren Hals um 180 Grad zu schwenken. Unheimlich ist mir dieses Pärchen. Und nun das auffällige Wesen: Zwei Häuser uns gegenüber waren noch frei. Sie besichtigen das eine. Es sieht so aus, als wollten sie sich darin einrichten. Nein, sie haben es sich wohl anders überlegt. Das zweite leerstehende Haus interessiert sie. Wieder geht es ans Einräumen. Doch so schnell sie gekommen sind, sind sie wieder weg. Es vergeht Zeit. Und zufällig entdecken wir sie erneut. Ein älteres Häuschen beziehen sie. Inzwischen haben sie Familie. Geschäftig geht es zu in dem Haus. Abwechselnd betreuen Mutter und Vater die Kinderschar. Ehe sie das Haus verlassen, spähen sie mit weit vorgestrecktem Kopf zum Eingang heraus nach links und rechts. Fühlen sie sich beobachtet, zucken sie gleich wieder zurück. Dann muß man geduldig warten, ehe sie das Haus verlassen.

Unser Gartennachbar tritt durch das Tor. Er möchte eine Heckenschere ausleihen. „Nimm Platz“, fordern wir ihn auf, „wir haben eine interessante Entdeckung gemacht.“ „Ein Wendehals ist bei uns zu Besuch.“ „Ah“, hören wir ihn Luft ausstoßen. Den Kopf dreht er dabei zur Seite. Wir reichen ihm das Fernglas, damit er den ulkigen Vogel betrachte. Er zögert und meint, wir wollten ihn wohl auf die Schippe nehmen. „Nimm“, drängen wir, „das ist ein einfaches Fernglas. Ein Spiegel ist nicht eingebaut.“ Er weiß selbst, daß er ein Wendehals ist und fühlt sich dabei noch als geläuterter Kommunist. Die Kumpels, die diese Wendung um 180 Grad nicht geschafft haben, sind für ihn Stalinisten. Der Anblick des Wendehals-Vogels verschlägt ihm die Sprache. „Hast Du ihn richtig gesehen?“ fragen wir. „Ein

häßlicher Vogel“, entschlüpft es ihm. An dieser Erkenntnis wird er noch eine Weile zu knabbern haben.

Mein Mann aber findet den Wendehalsvogel überhaupt nicht häßlich. Ja, er stimmt mir zu, durch den dicken Hals, der Kopf und Rücken übergangslos verbindet und diese dunkle Streifenzeichnung auf dem ganzen Körper ähnelt er einer Schlange. Auch ist es schon ungewöhnlich, wenn er Kopf und Hals so lang aus dem Flugloch herausstreckt und mehrmals zur Seite wendet, ehe er ausfliegt: Wenn er, den Schnabel voller Ameisenbrut, zur Fütterung anfliegt, so geschieht das nicht direkt. Von Zweig zu Zweig pirscht er sich vorsichtig auf dem Vogelhausbaum an das Häuschen heran. Und denken wir zurück, als das Pärchen noch in der Brunst war. Mit lauter Stimme haben die beiden sich miteinander verständigt. Auch als das erste Häuschen schon von ihnen in Besitz genommen worden war und die Henne, spechtgemäß, sich am Flugloch festkrallte, beantwortete sie mit lautem Krächzen dem Lockruf des Hähnchens. Dabei wendete sie den Kopf so weit nach hinten, daß man annehmen konnte, sie hätte sich inzwischen umgedreht und hinge in der Luft. Und als das tagelange Liebespiel zum Erfolg geführt hatte, und das Gelege komplett war, brüteten sie abwechselnd, und die ausgeschlüpften Jungen wurden in gemeinsamer Arbeit satt gemacht.

„Nun sag du“, spricht mein Mann, „dieser scheue und in der Brutpflege vorbildliche Vogel habe es verdient, daß sein Name so mißbraucht wird. Alle Wendehalsvögel müßten sich vor dem Fenster der Dichterin, die sie diffamiert hat, zum gemeinsamen Protest zusammenfinden, indem sie ihre Stimmen in höchsten Tönen erschallen lassen.“

Die sich da „gewendet“ haben, wissen selbst um ihre Erbärmlichkeit. Hohe, oft sogar sehr hohe gesellschaftliche Positionen konnten sie in der Vergangenheit erklimmen. Hochgedient haben sie sich, indem sie die Wünsche ihrer halbweisenden Vorgesetzten schneller erfüllt haben, als diese sie aussprachen. Um die Wahrheit und das Beste ging es ihnen nie. Heute üben sie sich wieder im schnellen Nicken gegenüber ihren neuen Vorgesetzten. Oft stehen sie gegenwärtig auf der gesellschaftlichen Treppe etwas tiefer als früher; darum müssen sie höher schauen als damals. Zum Nicken gehört darum mehr Kraftanstrengung – doch sie schaffen es.

Der Ehestreit ist nun beendet. Der Wendehals wird auch im nächsten Jahr als Quartiergast bei uns willkommen sein. Er ist ein nützlicher und interessanter Vogel.

Hildegard Kern (1992)

In memoriam Hilde Kern

Meine Frau Hildegard Kern wäre am 4. September 85 geworden. Ihr hättet sie vermutlich in der Nummer 128 gewürdigt. Es ist ein großer und schmerzlicher Verlust, daß sie am 2. April gestorben ist.

1923 in einer Arbeiterfamilie geboren, lernte sie frühzeitig Erwerbslosigkeit und Armut kennen. Von 1939 bis 1947 war sie als ungelernete Bürohilfe tätig. 1945 traten sie und ihr Vater der KPD bei. 1947 besuchte sie die Landesparteihschule der SED in Ottendorf (Sachsen). Im September d. J. wurde sie zum Arbeiter- und Bauern-Studium delegiert.

Am 24. März – zehn Tage vor ihrem Tod – konnten wir noch unsere diamantene Hochzeit begehen.

Die gemeinsamen Jahre waren glücklich und kampferfüllt.

1947 lernten wir uns an der Vorstudienanstalt Leipzig (Vorgänger der ABF) kennen. Bereits Ostern 1948 heirateten wir. Das Studium an der Universität Leipzig schlossen wir 1951 als Diplom-Wirtschaftler ab.

Danach beteiligten wir uns am Aufbau des Eisenhüttenkombinats Ost. Wir wollten dort sein, „wo der Stahl gehärtet wird“, nahe bei der Arbeiterklasse. Danach war Hilde in Berliner Großbetrieben und zuletzt bei der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beschäftigt. Auch als Rentnerin vertrat sie die Sache des proletarischen Internationalismus und die marxistisch-leninistischen Ideen.

Mit Sorge sah sie, daß die Kritik von unten in den letzten Jahren der DDR immer weniger gewünscht war, während der katzbuckelnde Mitarbeiter seine Chancen erhielt. Das geißelt sie in ihrer Geschichte „Streit um den Wendehals“. Im Februar 2002 schickte sie diese Egon Krenz ins Gefängnis Plötzensee. Dafür gab es einen besonderen Grund: Die von ihr skizzierte negative Gestalt – ein gewendeter Oberst der Grenztruppen – trat als „Kronzeuge“ im Prozeß gegen ihn auf.

Mit freundschaftlichen Kampfesgrüßen

Walter Kern

Der namhafte Historiker und Pädagoge

Prof. Dr. Ulrich Huar

Berlin, hat die Reihen seiner Freunde im Alter von 84 Jahren verlassen. Er bereicherte den „RotFuchs“ in dessen früher Phase durch zahlreiche wertvolle Beiträge über Marx, Engels und Lenin.

Wir werden Genossen Huar ein ehrendes Gedenken bewahren.

Das Schalmeyenorchester des VP-Reviers Lichtenstein

Als wir zum Sosaer Talsperrenbau aufspielten

Unlängst fiel mir ein schon vergilbtes Bild in die Hände. Es erinnerte mich an eine schöne Episode unseres Lebens in der DDR.

Auf dem nebenstehenden Bild ist ein Teil des Schalmeyenorchesters vom VP-Revier Lichtenstein zu sehen. Ich gehörte damals dazu und war am Tag des Baubeginns der „Talsperre des Friedens“ in Sosa dabei. Mit einem großen Arbeitseinsatz der Volkspolizei wurde der Startschuß zur Errichtung vieler Talsperren in der DDR gegeben. Unten spielte das Landespolizeiorchester Dresden, auf halber Höhe bliesen und trommelten wir aus Lichtenstein und oben standen Orchester aus Stollberg. Nach Beendigung der körperlichen Arbeit, am späten Nachmittag, marschierten sämtliche Einsatzgruppen zur Großkundgebung auf dem Marktplatz von Eibenstock. Die Orchesterleiter legten fest, daß auch auf dem Zug durch die Stadt, bergauf und bergab, ohne Unterbrechung zu spielen sei.

An die Einwohner und Volkspolizisten wandte sich der damalige sächsische Innenminister, Genosse Dickel, mit einer kurzen Ansprache. Die Einsatzgruppen begaben sich dann auf den Weg zu ihren Revieren,



Otto Grotewohl mit Pionieren

während die drei Orchester in Aue ein Konzert gaben, welches von der Bevölkerung begeistert aufgenommen wurde.

Als wir am Abend bei uns in Lichtenstein ankamen, hatten sich etwa 1000 Kinder mit Fackeln und Lampions vor dem Rathaus eingefunden. Sie warteten auf die Marschmusik für ihren Umzug durch die Straßen. Wenn auch unsere Genossen an diesem Tag vollkommen ausgelaugt waren, gab es kein Zögern. Versprochen ist versprochen, dachten wir. Immerhin war den Kindern zugesagt worden, bei ihrem Fest zu spielen. Also marschierten wir, von

Fackelträgern flankiert, um bei einigen uns weniger bekannten Liedern die Noten erkennen zu können, mit den Kindern und ihren Eltern durch die Stadt. Etliche Genossen, die anderen Blasorchestern angehörten, hatten sich mit ihren Trompeten unseren Schalmeyen angepaßt und waren eine willkommene Verstärkung. Manche bezeichneten dieses bunt zusammengewürfelte Ensemble dann als „Hupenorchester“. Unsere VP-Musikanten waren bei der Einwohnerschaft beliebt. Sie spielten auf der Großkundgebung mit Otto Grotewohl in Meerane, bei Demonstrationen, Volksfesten, Schulveranstaltungen und Wettkämpfen. Verstorbenen Genossen erwiesen sie zur Beisetzung die letzte Ehre. Es versteht sich von selbst, daß alle Auftritte gratis waren. Die Betätigung im Orchester stellte für unser kleines Revier eine starke zusätzliche Belastung dar.

Das Spiel in Sosa hat in meinem Gedächtnis deshalb besondere Spuren hinterlassen, weil mit diesem Talsperrenbau ein gewaltiges

Vorhaben begonnen wurde, um die wichtigsten Ballungsgebiete der DDR ständig mit genügend Trink- und Gebrauchswasser zu versorgen. In den Räumen Halle-Merseburg, Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Zwickau, Plauen, Dresden, Erfurt, Weimar u. a. gab es nach der Inbetriebnahme solcher Talsperren wie Eibenstock, Pöhl, Rappbode, Malter, Muldenberg und Ohra, um nur einige zu nennen, keinen Wassermangel mehr.

Weder in der Presse noch durch die Sender der heutigen Machthaber ist etwas über die großen ökonomischen Leistungen der DDR in den frühen Jahren zu erfahren. Sie kamen der gesamten Bevölkerung zugute. So etwas aber erscheint den Journalisten der Bourgeoisie nicht erwähnenswert. Dabei haben Baufachleute und Zehntausende freiwillige Helfer damals unter schwierigsten Bedingungen enorme Werte geschaffen, die den nach uns kommenden Generationen weiterhin von Nutzen sein werden.

Manfred Wulf, Glauchau

Die RF-Regionalgruppe **Freiberg** lädt für den **24. September, 18 Uhr** in das Gesellschaftszimmer der Gaststätte „Zur Orgelpfeife“ (Unicent) zu einem **Leserforum** ein.

Zur Einstimmung wird das Video mit der Grußbotschaft von Prof. Dr. **Hans Heinz Holz** an die Chemnitzer RF-Veranstaltung zum 190. Geburtstag von Karl Marx gezeigt.

Am **17. September, 14 Uhr**, ist der Schauspieler, Regisseur und Drehbuchautor **Rudi Kurz** in **Potsdam**, Gaststätte „Sternzeichen“, Galileistraße 37, zu Gast auf einer vom „RotFuchs“ initiierten Veranstaltung, zu deren Einladern auch andere linke Kräfte zählen.

Er liest aus seinem neuerschienenen Buch „**Das grüne und andere Ungeheuer**“.

Bibliothekar, Erzähler, Lyriker

Laudatio auf meinen thüringischen Landsmann Hanns Cibulka

Hanns Cibulka zählt zu den Thüringer Schriftstellern, die weit über die Landesgrenzen wahrgenommen wurden. Autoren wie Harald Gerlach, Wolfgang Held, Kurt Kauter, Wulf Kirsten, Armin Müller, Harry Thürk und Inge von Wangenheim gehören dazu.

Hanns Cibulka wurde am 20. September 1920 im damaligen Jägerndorf (Altvatergebirge), dem heutigen Krnov, geboren, besuchte die Handelsschule, arbeitete als Angestellter. 1939 preßte man ihn in die Wehrmacht. 1948 aus britischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt, studierte er in Berlin an der Bibliothekarschule. Hanns Cibulka stand von 1952 bis zu seiner Berentung 1985 als Leiter der Stadt- und Kreisbibliothek „Heinrich Heine“ in Gotha vor. Seine ersten Gedichte erschienen 1951 in einer Anthologie, die Michael Tschesno-Hell herausgab. Es folgten weit über ein Dutzend Lyrikbände, darunter „Märzlicht“ (1953), „Zwei Silben“ (1959), „Windrose“ (1968), „Lebensbaum“ (1977), „Der Rebstock“ (1980) und „Seit ein Gespräch wir sind“ (1984). Cibulkas Gedichte machten Schlagzeilen, standen im Mittelpunkt literarischer Debatten. Sie markierten gleichsam seinen Weg als Poet. Eingestreut in seine Dichtungen sind oftmals Huldigungen an die Musik (Beethoven, Bach, Schubert, Mozart, Dvorák, Penderecki). Cibulka wandte sich zugleich nachdrücklich den Sorgen um die Umwelt zu. Er verstand es, Biographisches mit Landschaften und Kulturgeschichtlichem zu verknüpfen. Über das poetische Erinnern schuf er Beziehungen zu den großen Konflikten und Widersprüchen unserer Zeit. Manche Gedichte Hanns Cibulkas fanden Eingang in Schullesebücher, andere wurden vertont. Etliche sind in Anthologien zu finden.

Neben der Lyrik widmete sich Cibulka auch der Epik. Sein Prosaschaffen ist recht umfangreich. Er entschloß sich zur Form des Tagebuches, weil er glaubte, damit schneller reagieren zu können. Begann er im „Sizilianischen

Tagebuch“ (1960) über seine amerikanische Kriegsgefangenschaft zu schreiben, so folgten in „Umbrische Nächte“ (1963) Eindrücke von einer Italienreise. Auch „Sanddornzeit“ (1971) ist Teil dessen. Seiner Thüringer Heimat wandte sich Cibulka mit einer Reihe von Prosabüchern zu. Kritisch beleuchtete er in „Das Buch Ruth“ (1978) negative Tendenzen unseres Alltags wie „versteckten Egoismus“ und „verstandesmäßige Kälte in den zwischenmenschlichen Beziehungen“. In der Tagebucherzählung „Seedorn“ (1985) trachtete der Schriftsteller danach, die menscheits- und lebensbedrohenden Konflikte provozierend und nachhaltig bewußtzumachen. In seinem „Tagebuch einer späten Liebe“ (1998) griff Cibulka auf eine thüringische Stadtlandschaft zurück und porträtierte Erfurt. Andererseits apostrophierte er poetisch und mahndend: „Jedes Wort ein Flügelschlag. Meine Angst, daß unsere Worte eines Tages das Fliegen verlernen.“

Im Jahr seines 80. Geburtstages legte der Reclam-Verlag Hanns Cibulkas Roman „Sonnenflecken über Pisa“ (2000) vor. Der Dichter begab sich wiederum auf Spurensuche nach Italien. Späte Tagebuchaufzeichnungen veröffentlichte der 83jährige 2004 unter dem Titel „Späte Jahre“ bei Reclam Leipzig. Es waren Gedankenskizzen und Erinnerungen, die er seit seinem 80. Lebensjahr aufgezeichnet hatte. „Erst in der letzten Stunde unseres Lebens werden wir begreifen, daß uns nichts auf der Erde gehört, kein Haus, kein Baum, kein Strauch, daß wir alles zurückgeben müssen ...“ In jenen meisterhaften Miniaturen hatte er die Sprache aufs Höchste verdichtet. Aus dieser Prosa sprach „die Gelassenheit und Weisheit eines Mannes, der mit offenem Herzen und wachen Sinnen auf dieser Welt ist“.

Anläßlich des 85. Geburtstages des Schriftstellers legte ein Jenaer Verlag eine Auswahl der schönsten Natur- und Landschaftsgedichte – ergänzt durch Tagebuchnotizen – in dem Kunstbuch „Die blaue Farbe des Windes“ (2005) vor. Den literarischen Texten waren Aquarelle und Zeichnungen der Malerin Gudrun Kraft-Methfessel beigegeben. Diese überschritten das Maß bloßer Illustrationen, korrespondierten wunderbar geglückt mit den Texten und erweiterten den Raum für Assoziationen.

Sein Südhüringer Kollege Walter Werner (1922–1995) rühmte an Cibulkas Werken mit mehrfach offensichtlich autobiographischem Hintergrund: „Wortgenau und silbenrein schreibt und liest sich diese Dichtung. Der leuchtende Atem, der durch sie hindurchgeht, das Leisgemalte seiner Lautmalerei vollzieht sich im Wechselgesang der Vokale aus Farbe und Musik. In ihnen wägt und wiegt der umgängliche Mensch Würde und Welt und zeigt uns die Metapher ihr Gemüt.“

Zu verweisen ist auch auf Cibulkas Herausgaben: Adalbert Stifter: „Briefe und Albumblätter“ (1957), die „Anthologie schreibender Arbeiter“ (1964) und seine Nachdichtungen:

Carek / Zabransky: „Kinderfreuden“ (1957) und Frantisek Hrubin: „Wieviel Sonnen stehn am Himmel?“ (1970).

Im März 1995 äußerte Cibulka gegenüber dem ND: „Ich denke, daß wir heute eine genauso starke Bewußtseins- und Sinnkrise in Deutschland haben wie in den letzten Jahren der DDR. Sie ist drüben vorher nur nicht so sichtbar geworden. Das Wohlstandsdenken ist keine taugliche gesamtdeutsche Alternative.“ Hanns Cibulka verstarb mit 83 Jahren am 20. Juni 2004. Der in Weimar lebende Schriftsteller Wulf Kirsten nannte ihn „einen klassikbewußten Autor, der an Goethe, an den klassischen Werten und Orten Maß genommen hat“.

Dieter Fechner

Offene Ohren bei Sponsoren?

Ach, ich habe sie verloren,
meine schöne Mitgift-Braut,
bettelnd sucht man heut' Sponsoren
wenn man eine Kita baut,
eine „Tafel“ für die Armen,
oder mal ein Kirchendach
Ach!

Viel zu viele Stipendiaten,
wer kein Geld hat, ist verraten,
doch zur großen Uni-Feier
wo in Leipzig einst Hans Mayer
die Studenten bildend lehrte,
will man Jubel, Trubel, Krach,
Ach!

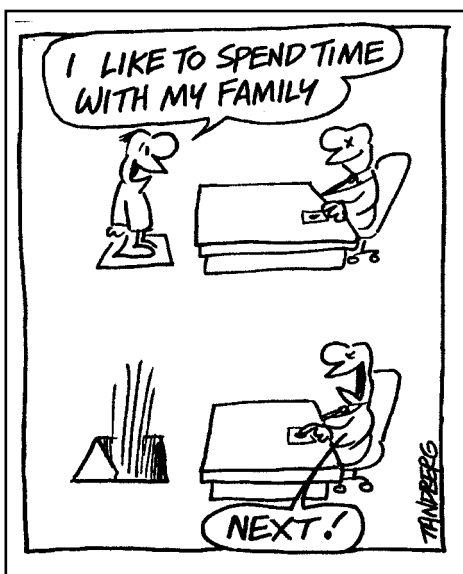
Nur wie kommt man zu Millionen?
So ein Festball muß sich lohnen.
Im Gewandhaus für die Creme,
nicht daß man sich etwa schäme,
weil zu wenig Glanz um Bach.
Ach!

Betteln gehen und hausieren,
wer es kann, soll es probieren.
Neuer Job auf Erden:
Fundraiser werden,
super-exquisites Fach!
Ach!

Ob sie bei Sponsoren
finden offene Ohren
für Kultur, Soziales?
Schließlich heißt's: bezahl es.
Doch die neue Braut
ist ja sonst nicht schwach,
zahlt fürs Militär
gern Salär!
Ach!?

Käthe Seelig

Geschrieben aus Anlaß des Balls zur
600-Jahr-Feier der Universität Leipzig



„Ich verbringe gern Zeit mit meiner Familie ...“

Archie und der Papagei

Viele Nächte saß Archie am Schreibtisch, gebeugt über Bücher, Artikel, Übersetzungen, Manuskripte und Szenarien beim Lesen, Redigieren, Schreiben, Korrigieren, Veränderungen anbringen, meist auf Wunsch seiner Vorgesetzten, Umschreiben und Streichen, oft unter Qualen nach dem Motto: Kill your darlings, dem Spruch amerikanischer Filmleute. Manchmal fluchte er vor sich hin, halblaut, manchmal schaltete er klassische Musik ein, rauchte, trank einen Schluck Portwein, ächzte vor Behagen, gelegentlich wurde er auch wütend und zerknüllte Papier. Dabei blickte er stets auf einen bunten Papagei im großen runden Käfig im Erker, der sich wohl zu fühlen schien hinter Gittern. Öfter kraulte er dem gefiederten Freund, der dies mochte, das Köpfchen durch die Gitterstäbe und sagte: „Du hast es gut.“

Das ging so einige Jahre. Aber eines Abends im Frühling, urplötzlich, es war nach der Zeit der großen Wende in der Welt, wandte der Papagei den Kopf ab und fing an, artikuliert zu reden. Vorher hatte er immer nur ein paar Sätze fröhlich nachgeplappert wie: „Archie ist lieb oder hat einen Piep“ und dergleichen. Diesmal sagte Baldi, der eigentlich Balduin hieß und früher mal zu einem verunglückten Zirkusclown gehörte: „Schluß mit lustig, ich will hier raus.“ „Wenn du unbedingt willst, Balduin“, entgegnete der leicht verärgerte und verblüffte Archie. „Bitte sehr“, und er öffnete Käfigtür und Erkerfenster. „Ich habe immer vermutet, daß du mich verstehst, aber ich dachte auch, Clown Constantin war vielleicht Bauchredner und du hast gar nicht gesprochen.“ „Constantin, der Große, war Weißclown und kein Bauchredner“, krächzte Balduin würdevoll. „Du hast keine Ahnung vom Zirkus. Weißt du überhaupt, was das für eine Umstellung für mich von der Manege hierher war?“ „Aber du hattest doch damals den Schnabel voll vom Zirkus!“ „Das ist wahr“, nickte Baldi, „aber jetzt muß ich weg von hier, zurück an den Amazonas, wo ich eigentlich herkomme.“ „Na, guten Flug“, erboste sich Archie, „Hauptsache, du weißt, wo es langgeht. Wovon willst du leben?“ „Ich weiß schon, wie ich es mache“, streckte sich der Papagei, saß bereits an der Käfigtür. „Und für dich einen guten Rat, lieber Archie. Schreib doch das, was die Leute von dir wollen, und nicht, was du willst. Ist doch ganz einfach. Auch ich mußte mich ständig anpassen an dich. Wie gern hätte ich auf deinem Schreibtisch Kunststücke aufgeführt. Aber du bist eben kein Weißclown, das Erkerzimmer ist keine Manege, und überhaupt fehlen die Zuschauer. Obwohl, eine Art Clown bist auch du. Viele lachen über dich, allerdings hinter deinem Rücken. Sorry. Aber ich habe das beobachtet. Das tut weh, Archie, selbst einem Papagei.“

Archie wurde es weich ums Herz. Er öffnete das Erkerfenster ganz weit, blickte in die Frühlingsnacht und sah einen Wellensittich auf dem Fenstersims direkt gegenüber sitzen: „Sieh mal, da wartet schon einer auf dich! Fliegt nicht sofort in euer Unglück. Haltet die Flügel steif! Vielleicht schafft ihr es bis Südamerika, dort soll inzwischen ein freier Wind wehen. Du wirst mir fehlen! Ich gehe jetzt in meine Fernsehküche und sehe mir die sogenannte Freiheit im Fernsehen an. Das einzige, was mir bleibt.“ „Nein, Archie, nein, da beschreib lieber die Welt, wie du sie siehst und nicht, wie die anderen sie sehen. Fernsehen tötet Leben schlimmer als jeder Zigarettendunst.“ „Flieg, Vogel, oder stirb“, rief Archie dem Papagei in die Nacht hinterher und griff zum Portwein, Leben ist immer auch Abschied. Heute ist die Nacht der Sprüche, dachte Archie.

Als er im frühen Herbst darauf einen späten Geburtstag beging, hatte er wieder mal Gäste, die sich insgeheim über ihn lustig machten, weil er einer vergangenen Gesellschaftsform nachhing, die Privateigentum geringschätzte. Plötzlich kamen zwei bunte Vögel ins Erkerzimmer geschwirrt, wo die Fenster wegen des Qualms weit geöffnet waren. Sie landeten auf dem runden Käfig, der immer noch am alten Platz prangte. Alle hielten das für eine gelungene Überraschung und klatschten Beifall. „Da bist du ja wieder, mein tapferer Balduin“, rief Archie, und zu den Anwesenden: „Er war nämlich auf Brautschau, und erfolgreich, wie man sieht.“ Balduin krächzte: „Sto lat, sto lat, wenn man kann und hat.“ Später, als die Gäste weg waren, fragte der Papagei: „Waren das alles Linke?“ „Was verstehst du davon?“, lachte Archie. „Mehr als du vom Zirkus“, meinte Baldi. Archie kam ins Grübeln und sagte: „Die heute erwachsenen Kinder haben mit dem Leben zu kämpfen, privat und beruflich, die Schwiegerkinder waren leider nie links, die Enkelkinder wissen nicht mehr, was links ist.“ „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“, trompetete der Papagei, „das habe ich oft von dir gehört.“

„Und wie ist es dir ergangen?“ Da sprudelte es nur so aus dem Papagei hervor: „Es war knochenhart, aber der Wellensittich war ein tapferes Kerlchen, zusammen haben wir sogar einen Wanderfalken ausgetrickst, der uns die Hälse umdrehen wollte.“ „Und wo ist er jetzt, der Sittich?“, fragte Archie, neugierig geworden und nippte an seinem brasilianischen Geburtstagskaffeelikör. „Er ist in einem polnischen Zoo geblieben, hat dort eine Lebensgefährtin gefunden, grün-weiß. Bis dorthin sind wir gekommen.“ „Und von dort ist auch deine Papageiegattin?“ „Nicht direkt, sie wußte, wie man aus dem Tropenhaus rauskommt. Als sie mich sah, rief sie auf spanisch: Wo du hinfliegst, da will auch ich hinfliegen.“ „Wieso auf spanisch?“ „Sie stammt eigent-

lich von Teneriffa aus einem Papageien-Park, auch eine Art Zoo, wo Papageien Kunststücke vorführen, sechsmal am Tag für Touristen, das kann einem auch zum Schnabel heraushängen.“ „Da paßt ihr ja zusammen. Ihr könntet gemeinsam auftreten.“ „Aber nur, wenn du den Clown spielst, Archie, egal welchen.“ „Das wäre zu überlegen“, sagte Archie geschmeichelt. Er holte für seine gefiederten Freunde noch ein Schüsselchen Obstsalat aus der Küche. Und plötzlich war da noch ein Wellensittich dabei, blau-weiß. Sie hatten ihn mit ins Erkerzimmer geschmuggelt, als sie ihn unterwegs im Treptower Park fanden, halb verhungert. Archie lobte sie für ihre Solidarität. „Und wir dachten schon, du würdest schimpfen, weil Sittiche immer Bücher anknabbern.“

„Und was ist mit dem Amazonas?“, wollte Archie wissen. „Der Amazonas bleibt unser Ziel, irgendein Ziel braucht jeder Vogel. Am Amazonas gibt es Freiheit für alle Papageien. Archie entgegnete etwas müde: „Solange es noch Regenwälder dort gibt. Freiheit ist ein süßes Wort, aber es buchstabiert sich schwer, weil es so viele Widerhaken hat.“ Der Papagei flog Archie auf die Schulter und beknabberte behutsam dessen Ohr. „Er schnarcht schon“, wisperte die Papageienfrau eifersüchtig. Tatsächlich hatte Archie wieder den Nachtbus nach Paris oder Barcelona genommen oder sonstwohin.

Manfred Hocke

Der Erfinder und Verkörperer unseres seit Jahren im „**RotFuchs**“ immer wieder aufgetauchten und von den Lesern mit großem Vergnügen begleiteten Freundes Archie, der Dramaturg und Poet **Manfred Hocke** aus Berlin, begeht am 29. September sein **75. Wiegenfest**.

Aus diesem Anlaß haben wir nicht nur Archies Papagei heimkehren lassen, sondern übermitteln dem kräftig und erfolgreich schniefenden alten Schlachtroß unseres Blattes auch ein herzliches Ahoi.

Leserbriefe an RotFuchs



Seit einigen Jahren lese ich den „RotFuchs“. Ich habe bereits mehrere Artikel für die Wochenzeitung „Friheten“ der KP Norwegens übersetzt. Anfangs hatte ich den Eindruck, daß ziemlich viel Schwarz-Weiß-Denken mit im Spiel war. Doch im letzten Jahr gefiel mir alles sehr gut. Die Artikel von Wladimir Pronin und Gudrun Rudolph in der Juli-Ausgabe erschienen mir zum Nachdenken und zur Debatte über künftigen Sozialismus sehr geeignet. Heute war ich auf dem Postamt, um dem Förderverein 200 Euro zu überweisen.

Åge Fjeld, Moss, Norwegen

Herzliche Grüße dem „RotFuchs“-Kollektiv sowie allen Autoren und Lesern aus Wrocław in Polen. Ich danke erneut für die ständige Übersendung Eurer Monatsschrift, die ich gründlich und mit großem Interesse verfolge. Die Artikel, Kommentare und Informationen geben mir die Möglichkeit einer besseren Einschätzung der komplizierten Situation in der deutschen kommunistischen und sozialistischen Bewegung.

Ich wünsche Euch weitere redaktionelle Erfolge und noch viele exakte marxistische Analysen. Herzliche Grüße auch im Namen der Kommunistischen Partei Polens.

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor, Wrocław

In der Fachhochschule für Forstwesen in Eberswalde fand ich den „Campusanzeiger Berlin-Neue Länder“, ein Jobmagazin internationaler Konzerne. Es liegt an ca. 50 Unis und Fachhochschulen aus. Hierin ist ein Artikel mit dem Titel „Die Banane auf der Mauer“ bemerkenswert. Es geht um „DDR-Witze“. Einige werden zitiert, sie wiederzugeben wäre eine Belästigung.

Der Verfasser erklärt zum Schluß das Ziel seiner Zeilen: „Zudem läßt die implizite Gegenüberstellung von DDR und heutiger BRD letztere bezüglich politischer Rechte und wirtschaftlicher Prosperität in besserem Licht erscheinen und unterminiert damit die Position derjenigen, welche den SED-Staat in der Retrospektive positiv verklären wollen ...“

Es ist immer wieder erstaunlich, wie dringlich es den herrschenden Eliten ist, ihre eigenen Legitimitätsprobleme auf Kosten der vergangenen Realität eines deutschen sozialistischen Staates zu bewältigen.

Je schmutziger ihre Methoden, desto wichtiger wird eine Zeitung wie der „RotFuchs“. Euch alles Gute.

Volker Braun, Oderau

Auf einer Beratung der Kommunistischen Plattform Nordrhein-Westfalens in Düsseldorf habe ich einige Exemplare des RF (bis Juli 2008) erhalten, ebenso die Leitsätze des Fördervereins, mit denen ich weitestgehend einig bin. Vor allem die Punkte 3 bis 9 sprechen mir aus der sozialistischen Seele! Ich bin Mitglied im Kreisverband Krefeld der Linkspartei, Beisitzer im Vorstand und hauptsächlich mit Öffentlichkeitsarbeit sowie der Redaktion unserer Hauspostille „Die Rote Krähe“ beschäftigt. („Krähe“ deshalb, weil der Name Krefeld von „Krähenfeld“ abgeleitet ist. Aktuelles Reizthema ist – wie anscheinend überall in unserer Partei – der Antikommunismus einiger Mitglieder, die unsere Arbeit stören. Ich wünsche das Abo Eurer Tribüne, möchte auch ab und zu mitwirken und Eure Tätigkeit fördern.

Jürgen Klaus, Krefeld

Gerd Gröger, der derzeitige Eigentümer des Grundstücks und Gebäudes der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals, will jetzt durch die Hintertür Voraussetzungen dafür schaffen, um das Objekt straffrei abreißen zu können. Mit dem Ziel, die Gedenkstätte „zu entsorgen“, hat er ihr Inventar, das er sonst ein-

lagern und dokumentieren müßte, kurzerhand der Stadt Königs Wusterhausen zum Kauf angeboten, obwohl es ihm nachweislich nicht gehört. Dieses ist, wie vom Gericht bestätigt wurde, Eigentum des Freundeskreises.

Es geht nun darum, alle Kräfte zusammenzuführen und Druck aufzubauen, um Grögers Versuch der Schaffung neuer Tatsachen zu vereiteln, damit er das Inventar nicht verkaufen und die Gedenkstätte nicht abreißen kann.

Max Renkl, Berlin

Mit der rhetorischen Brillanz eines erfahrenen Mimen gewährte der 87jährige Schauspieler, Drehbuchautor und Regisseur Rudi Kurz unlängst bei einer RF-Veranstaltung in Cottbus Einblicke in das Film- und Theatergeschehen der DDR. Erstaunlich, wie sein fortgeschrittenes Alter vor der politischen Brisanz, der Komik und der Tragik seiner Erlebnisse zurücktrat. Wie die aus dem Krieg stammenden Eisensplitter in seinem Bein wollen die Erinnerungs-Splitter seines reichen Arbeitslebens (Das grüne Ungeheuer; Hans Beimler, Kamerad; Artur Becker; Ernst Schneller; Archiv des Todes und weitere Fernsehserien) aus ihm heraus. Da teilt sich den Hörern auf sehr persönliche Weise der facettenreiche Aufbau eines friedliebenden Staates mit, ohne tragische und komische Momente auszusparen. Auf die bange Frage, warum der Schwur von 1945 „Nie wieder Krieg!“ so schwer zu verwirklichen ist, antwortet Rudi Kurz mit Geschichten, die Mut machen, aktiv zu bleiben. Er geht mit seinen Lesungen beispielhaft voran, unterzieht sich den Mühen, die hinter der Leichtigkeit seines Vortrags verborgen bleiben. Dabei hätte er allen Grund, sich auf den Lorbeeren eines intensiven, erfolgreichen Berufslebens, das ihm u. a. zwei Nationalpreise der DDR bescherte, auszuruhen. Doch nichts davon ist in seinen Reden und in seinem Buch zu spüren.

Rudi Kurz mischt sich nach wie vor ein, indem er humorvoll und mitreißend sein Erleben für heutige Kämpfe produktiv macht. Dabei weckt er bei all denen, die bewußte Mitgestalter der DDR waren, Erinnerungen an bekannte Fernsehgrößen und Theaterleute. Das erhöht den Reiz seines Auftritts. Mir blieb nichts anderes übrig, als sein Buch am folgenden Sonntag in einem Ritt auszulesen. Wer Rudi Kurz erlebt, möchte ihm dankbar die Hand schütteln, wie es die Teilnehmer am 12. Juli taten.

Sebastian Zachow-Vierrath, Cottbus

In der Juli-Ausgabe des RF erschien ein Artikel von Dr. Meurer „Bernstein nicht gefragt“, in dem manches nicht korrekt dargestellt und auch „vergessen“ wurde. Dr. M. geht davon aus, daß der von der ASG Leipzig an den Stadtvorstand der Partei „Die Linke“ gestellte Antrag zur Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe für Bedürftige Auslöser eines beginnenden Konflikts zwischen den Mitgliedern der vormaligen WASG und der PDS sei.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß der Stadtvorstand der PDL nicht der richtige Adressat war, weil er ja selbst nicht über die dafür erforderlichen Mittel verfügt. Gewollt war sicher, daß er und sein Vorsitzender die eigene Fraktion veranlassen sollten, einen entsprechenden Antrag im Leipziger Stadtrat einzubringen. Das hätte allerdings nur in Form einer Empfehlung geschehen können.

Der Parteivorstand war in seiner Mehrheit bei der Diskussion über den Antrag der ASG aus sachlichen Gründen anderer Auffassung und lehnte deshalb das Verlangen ab. Die Bundestagsfraktion, die wesentlich andere Möglichkeiten als ein Kommunalparlament besitzt, hat bei ihren entsprechenden Anträgen auf Weihnachtsbeihilfe immer erklärt, wie erhobene Forderungen zu finanzieren seien. Darüber, daß sie in Leipzig aus dem Stadthaushalt hätten erfolgen müssen, wurde im ASG-Antrag jedoch nichts gesagt. Für die Realisierung einer Weihnachtsbeihilfe, so wünschenswert sie auch gewesen wäre, hätten ca. 1,5 Millionen Euro bereitgestellt werden müssen. Abgesehen davon, daß der Antrag erst sehr spät gestellt wurde, hätte der benötigte Betrag objektiv nicht zur Verfügung gestanden. Unvermeidlicherweise wäre es daher im

Stadtrat zur Ablehnung gekommen. Die Erfolglosigkeit des Antrags war auch den Einreichern bewußt. Um Politik gestalten zu können, genügt Radikalität allein nicht. – Abschließend noch einige Worte zur Notwendigkeit des Zusammenwirkens aller linken Kräfte. Es ist unzweifelhaft dringend geboten. Eine Ausgrenzung von DKP-Mitgliedern und anderen Linken gibt es in Leipzig nicht. Gemeinsames Handeln ist bei uns in nicht wenigen Fällen erfolgreich praktiziert worden. Das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. In dieser Hinsicht können die Leipziger für manche Parteiorganisationen in anderen Regionen Vorbild sein.

Rolf Richter, Leipzig

Im Juli-RF wurde in einem Leserbrief der Vorschlag unterbreitet, ein Buch zur Geschichte der DDR herauszubringen. Ich begrüße diesen Gedanken, dessen Verwirklichung im Jahr 2009 – sechzig Jahre nach Gründung DDR – besonders geeignet wäre. Ein solches Buch, das die DDR zeigt, wie sie war, existiert allerdings bereits. Ich besitze es. Meine Arbeitskollegen überreichten es mir vor etlichen Jahren aus irgendeinem Anlaß. Es ist reich illustriert und mit einprägsamen Texten gleich in vier Sprachen. Sein Titel beschränkt sich auf drei Worte: Deutsche Demokratische Republik. Es kam seinerzeit im VEB F. A. Brockhaus Verlag Leipzig heraus.

Fast hätte ich das Buch in einem Anflug von Rührseligkeit an zwei junge Amerikaner, Missionare der Mormonen-Kirche, verschenkt, mit denen ich mich über die DDR unterhalten habe. Wenn es gelänge, einen Nachdruck herzustellen und dafür einen Verlag zu finden, könnte das Anliegen der Leserschrift durchaus Realität werden.

Dieter Junghans, Neubrandenburg

Ein anderer Weg, sich mit der Geschichte der DDR vertraut zu machen, ist, nach Werken aus DDR-Verlagen antiquarisch zu suchen. Empfohlen seien etwa die Titel:

- DDR. Werden und Wachsen. Dietz-Verlag, 1974
 - Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1981
 - Heitzer/Schmerbach: Illustrierte Geschichte der DDR. Dietz-Verlag, 1985
- Die Red.*

In Schlesien in einer antifaschistisch-christlichen Familie geboren, aufgewachsen und erzogen, war es wohl sehr folgerichtig, daß ich als blutjunger Soldat den Befehl verweigerte, in einem Exekutionskommando Geiseln (Frauen, Kinder, alte Männer) und Deserteure zu erschießen. Ergebnis: Standgericht, Todesurteil wegen „Wehrkraftzersetzung“. Doch dann erfolgte die Befreiung durch Partisanen.

Ich kehrte in ein mir eigentlich fremdes Land heim. Meine Eltern waren nun Neubauern, ich selbst ging zur Antifa-Jugend, studierte (vor allem ML), erhielt auch Anerkennungen und Auszeichnungen. Doch nach offener Kritik an Auswüchsen des Personenkults und am Verhalten staatlicher Funktionäre gegenüber Andersdenkenden erfolgten meine Kaltstellung und Ausgrenzung, auch als Autor. Nach all meinem „Unterwegssein“ bestätigten sich für mich immer wieder die Feststellungen des „ollen Marx“. Am 185. Geburtstag des Großen stand ich in London an seinem Grab. Das war einer der berührendsten Augenblicke meines Lebens.

Johannes Konopka, Naumburg (Saale)

Erst seit einem knappen Jahr RF-Leser, möchte ich mich bei den Autoren und allen anderen Mitarbeitern für die Herausgabe dieser interessanten Zeitschrift bedanken. In der Juli-Ausgabe habe ich mich sehr über Dieter Fechners Beitrag zum 80. Geburtstag von Rosemarie Schuder gefreut. Ich bin nämlich ein großer Verehrer dieser Schriftstellerin und ihres 1998 verstorbenen Ehemannes Rudolf Hirsch.

Die Würdigung des Schaffens der Literatin empfinde ich als sehr angenehm. Leider ist Dieter Fechner nicht ganz auf dem Laufenden, wenn er feststellt: „Nahezu alle Bücher Rosemarie Schuders ... sind auch heute (zumindest antiquarisch) erhältlich.“ Die Schriftstellerin arbeitet in ihrem hohen

Alter noch unermüdlich. Ihr jüngstes Buch „Der Fremdling aus dem Osten. Eduard Lasker – Jude, Liberaler, Gegenspieler Bismarcks“ erschien im Frühjahr 2008 im Verlag für Berlin-Brandenburg und wurde auf der Leipziger Buchmesse von der Autorin vorgestellt.

Im Juli 2008 veröffentlichte Rosemarie Schuder im ND einen Artikel über den Juristen und Streiter für die Juden-Emanzipation Ludwig Bamberg. Übrigens wurden Lasker und Bamberger auf dem Jüdischen Friedhof in Berlins Schönhauser Allee beigesetzt. Eine große Platte bedeckt das Doppelgrab der beiden Freunde und Kampfgefährten, die sich als oppositionelle bürgerliche Linke der Wirtschaftspolitik Bismarcks widersetzen.

Christian Beyer, Berlin

Im RF 126 wurden – nebeneinander und so zum Vergleich geradezu einladend – zwei bedeutende Persönlichkeiten des DDR-Kulturschaffens gewürdigt: Hanns Eisler und Rosemarie Schuder.

Ich finde es völlig richtig, daß Eisler nicht nur als Künstler geehrt wird, sondern auch als politischer Mensch, als Kommunist. Vergleichbares vermisse ich im Beitrag über Rosemarie Schuder, war doch auch sie politisch sehr aktiv. Gewiß hebt der Autor ihre Hinwendung zu progressiven historisch-authentischen Persönlichkeiten als bestimmende Position ihres Schaffens hervor. Doch ich will ergänzen, denn da war mehr: Rosemarie Schuder bewährte sich als Funktionärin der DDR-CDU, die eine Mitgestalterin des sozialistischen Aufbaus war. Seit 1951 deren Mitglied, gehörte sie später dem CDU-Hauptvorstand und auch dem Nationalrat der Nationalen Front der DDR an. Das Wichtigste: 1989 blieb sie standhaft. Auch das sollten wir zu würdigen wissen.

Wolfgang Mäder, Neubrandenburg

Vera Butler, Melbourne, stellt im Juli-RF die Frage, warum weltweit noch immer in US-Dollars gehandelt wird, Öl zum Beispiel; der Dollar sei doch gigantisch entwertet. Abstrakt stimmt das natürlich; aber diese Entwertung gilt nur im Verhältnis zum USA-Binnenmarkt. Marxistische Ökonomen waren stets der Meinung, daß die Erhebung des Dollars zur Weltreservewährung durch das Abkommen von Bretton Woods (1944) es den USA gestatte, ihre eigene Inflation in die Welt zu exportieren. Es erlaubte ihnen, Waren mit Papier zu bezahlen. Ein schöner Reibach auf Kosten der anderen Völker. Natürlich stand immer im Hintergrund, daß diese Dollars eines Tages auf den USA-Markt zurückfließen und ihr Äquivalent in Waren einfordern würden. Und dann stünden jene Horrorszenerarien zur Debatte, von denen Vera Butler spricht.

Aber dieser Fall wird nicht eintreten. Einen neuen Dollar gegen 10 bisherige (wie etwa bei der Abwertung in der BRD nach dem 2. Weltkrieg) wird es m. E. nicht geben, und wenn die USA das noch so sehr verdient hätten. Die weltweit eingesetzten Scheine sind längst äquivalentes Geld zu Waren anderer Länder geworden. Die reale Entwertung des Dollars findet in den USA selbst statt, im Verhältnis zu der dort zirkulierenden Geldmenge. Und die mag stattlich, aber nicht gigantisch sein.

Was die USA allerdings nie bedacht haben, ist die Tatsache, daß sie mit den exportierten Dollars anderen Ländern eine „furchtbare Waffe“ in die Hand gegeben haben. Mit Dollars kann man überall in der Welt kaufen. Und so kaufen, kaufen und kaufen die dollarbesitzenden Länder unterdessen Waren, Rohstoffe, Betriebe, Aktien usw. ein. Sie verwandeln Geld in Kapital und das nicht nur „an der Peripherie“, sondern auch in den Mutterländern des Kapitalismus. Da hat das große Augenreiben eingesetzt. Mehrwert, der von den USA nach China fließt? Nicht umgekehrt, wie seit eh und je gewohnt?

Aber die USA haben selbst schuld an dieser „Misere“; sie hätten nur Waren mit Waren bezahlen müssen.

Hermann Jacobs, Berlin

Der Beitrag „Verfälschende Konzepte“ von Gudrun Rudolph im Juli-RF beschäftigt mich sehr. Ich gehe davon aus, daß die Autorin ihr Studium etwa zur Zeit

der Konterrevolution 1989 abgeschlossen haben dürfte. Damals ging ich aus der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität, Lehrstuhl PÖS, nach mehr als zwei Jahrzehnten dortiger Lehr- und Forschungsarbeit in Altersrente. Auch ich kenne einzelne Beispiele, die der „Wenderede“ ihres PÖS-Dozenten ähnlich sind. Mich bedrückt ebenfalls, daß es unter den Gesellschaftswissenschaftlern der DDR Leute gibt, die heute die Leistungen des ersten sozialistischen deutschen Staates verunglimpfen und von sich behaupten, schon immer anderer Meinung gewesen zu sein. Diese Wendehäule, gleich in welchem Tätigkeitsbereich, dürfen meines Erachtens bei der Analyse aber nicht zu unzulässigen Verallgemeinerungen über das Bildungsniveau der DDR führen, wie sie der Artikel enthält. Die Gleichsetzung des lückenhaften Wissens eines Sozialisten in der bürgerlichen Schule und der geistigen Verfaßtheit mancher in der DDR ausgebildeter Hochschulkader erinnert ein bißchen an den Vergleich von Äpfeln und Birnen.

Nicht nur die Gründung der DDR selbst war das Ergebnis von Klassenauseinandersetzungen, sondern auch jeder Tag ihrer Existenz, 40 Jahre lang. Auch im Fach PÖS haben wir vermittelt, was es heißt, unter der Wirtschaftsblockade der COCOM-Sperrlisten nicht an die notwendigen Importe für eine entwickelte arbeitsteilige Volkswirtschaft aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet heranzukommen, nicht einmal dann, wenn man die nötigen Devisen besaß. Das war die von der BRD und den USA betriebene politische und wirtschaftliche Isolierung der DDR, die natürlich nicht ohne Folgen blieb.

Dr. Marta Kokoschko, Schöneiche

Ich habe die Beiträge der Autoren Meusel und Krüger zur NVA-Thematik mit großem Interesse gelesen. Sie wurden in einem Kreis höherer Reserveoffiziere, zu denen auch ich gehöre, lebhaft erörtert. Wir alle wurden bis 1989 turnusmäßig zur Reservistenausbildung eingezogen, haben also beide Seiten, die zivile und die militärische, hautnah erlebt. Nach nahezu zwanzig Jahren stellt sich für uns immer noch die Frage, warum führende Genossen unserer Partei es zugelassen haben, daß die Errungenschaften der DDR so sang- und klanglos liquidiert wurden. Warum war niemand bereit, sich der Konterrevolution tatsächlich entgegenzustellen? Einige sprechen noch heute mit großem Stolz von der „friedlichen Revolution“, bei der „kein Blut geflossen ist“. Haben sie dazu nicht mehr zu sagen?

Unsere Kritik betrifft besonders Genossen der Politabteilungen. Nicht wenige von ihnen haben sich entgegen zuvor von ihnen verbreiteter Appelle still und heimlich verdrückt. Haben sie nicht zu dem beigetragen, was in so kurzer Frist aus einem weltweit geachteten Land wurde? Einige unter ihnen haben es dem Feind sogar auf einem silbernen Tablett präsentiert. Alles, was wir unter Hinnahme persönlicher Opfer erreichten, wurde dem Gegner kampfflos überlassen. Es fand keine offensive Auseinandersetzung mit den selbsternannten „Bürgerrechtlern“ statt, die heute ihr Schäfchen im trockenen haben und denen die Bürgerrechte inzwischen völlig egal sind. Wo bleibt ihr Aufschrei gegen das tägliche und stündliche Unrecht in der BRD?

Wenn Politiker von gestern sich jetzt hinstellen und behaupten, die DDR wolle sowieso „keiner mehr zurückhaben“, dann sage ich: Uns haben sie nicht gefragt. So wie wir denken viele. Es fehlt aber leider die Kraft, die sich dieser Menschen annimmt und sie politisch führt.

Lutz-Dieter Schaub, Dolgen am See

Der Beitrag von Detlef Krüger im Juli-RF hat mir ausgezeichnet gefallen. Sein Herangehen an die Beurteilung unserer schweren Niederlage von 1989 halte ich für richtig. Er sieht sie nicht nur in objektiven Vorgängen, in den Fehlern „der alten Männer da oben“ oder im Verrat von Gorbatschow begründet, sondern stellt auch die Frage nach der eigenen Verantwortung. Dies habe ich in meinen RF-Beiträgen auch zu tun versucht. Leider ist diese Methode

des Nachdenkens über die Vergangenheit und eine sozialistische Zukunft bei vielen, die ich zu meinen Genossen zählte, wenig populär.

Was die Anbiederung an die 1990 „über uns gekommenen“ neuen Machthaber betrifft, so habe ich dies im Partei- und Staatsapparat genauso erlebt, wie Detlef Krüger es für NVA-Angehörige beschreibt. Manche versuchten sich in Demutsbekundungen gegenseitig zu überbieten. Vieles, was da abließ, war eines DDR-Bürgers unwürdig. Als ehrlicher Kommunist wollte man es einfach nicht glauben. Zum Glück gab es auch gegenteiliges Verhalten, was mich spüren ließ, nicht allein zu sein.

Seitdem ich vor einigen Jahren zu den „RotFuchs“-Lesern gestoßen bin – ich arbeite die Zeitschrift Monat für Monat regelrecht durch – habe ich wieder eine politische Heimat gefunden, in der ich mich wohl fühle. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß mir nach Veröffentlichung meiner Beiträge der Wind hin und wieder mal kräftig ins Gesicht blies. Das kann für einen Meinungsstreit unter Gleichgesinnten nur nützlich sein.

Im übrigen ist es schön mitzuerleben, daß unsere Zahl ständig wächst, die Vielfalt der Ansichten zunimmt, wobei die Zielrichtung fast aller gleich oder ähnlich ist. Achten wir darauf, theoretisch anspruchsvoll und praxisnah zu bleiben.

Helmut Timm, Groß Nemerow

Der Artikel „Was ich als würdelos empfinde“ (RF 126) erweckte mein besonderes Interesse. Auch mir sträubt sich das Gefieder, wenn ich zu den konterrevolutionären Ereignissen von 1989/1990 Begriffe wie „Beitritt“, „Mauerfall“ und dergleichen höre. Alles, was in dem Beitrag als würdelos beschrieben wird, wäre wohl eher als Verrat zu bezeichnen. Ich stimme dem Autor zu, wonach Verantwortungsbewußtsein und Überzeugungstreue in den Jahren 1989 und 1990 Ausnahmen darstellten, während die Devise „Rette sich, wer kann“ überwog.

So erklärt es sich auch, daß der Aufruf einiger Offiziere der BV des MfS Gera vom 9. Dezember 1989 zur Rettung der DDR ungehört verhallte. Dabei war er durchaus keine Aufforderung an die anderen bewaffneten Organe der DDR, der heraufziehenden Konterrevolution etwa mit Waffengewalt zu begegnen.

Die damals am Ruder Befindlichen reagierten auf den Appell mit der Einleitung von „Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats“! Mir fehlt jegliches Verständnis dafür, daß die damals amtierende DDR-Regierung diesem Treiben tatenlos zusah. Zu diesem schändlichen Spiel gehörte auch die Verhaftung des Verteidigungsministers der DDR, Armeegeneral Heinz Keßler.

Den Geraer Offizieren des Aufrufs vom Dezember 1989 möchte ich als damaliger Leiter der Bezirksverwaltung versichern, daß ich stolz darauf bin, sie über Jahre persönlich geführt zu haben.

Generalmajor a. D. Dr. Dieter Lehmann, Dresden

Heute möchte ich einem lange gehegten Verlangen entsprechen und allen RF-Genossen – den Redakteuren und Mitarbeitern – für ihre unermüdliche Arbeit im Dienste unserer gemeinsamen Sache herzlich danken. Der „RotFuchs“ gibt Kraft und macht Mut. Jede neue Ausgabe wird von mir zum Monatsbeginn schon mit Sehnsucht erwartet.

Wolfgang Stephan, Gera

Eine linke Haltung ist gut, darf aber nicht dazu verleiten, Tatsachen falsch darzustellen oder zu interpretieren. Als Mitwirkende des Ernst-Busch-Chors haben wir die Hanns-Eisler-Collage anlässlich seines 110. Geburtstages in Berlin und Bremen anders als im RF geschildert erlebt. Hanns Eisler wurde dem Konzert-Publikum in seiner ganzen Vielfalt dargeboten. Und das war gut so.

Wenn Horst Birkholz das Lied „Krieg ist kein Gesetz der Natur“ nach 1990 nicht gehört hat, dann ist das sein Problem. Der Busch-Chor hat es seit vielen Jahren in seinem Repertoire. Auch auf der 2004 hergestellten CD „Ernst Busch – sein Lied der Zeiten“ hätte er es hören können. Es sei noch gesagt,

daß wir seit 35 Jahren ohne Unterbrechung Eisler-Lieder in unseren Programmen haben.

Daß die Bremer Veranstaltung nicht in der Konzerthalle „Glocke“ stattfinden konnte, war ein reines Zeitproblem. Dort hätten die vier Chöre keine ausreichende Probezeit gehabt. Deshalb einigten sich die Chor-Leiter und der Verantwortliche des Chor-Verbandes Berlin mit dem Veranstalter darauf, das Konzert in der Kulturkirche (nicht, wie es fälschlicherweise hieß, Experimentierkirche) stattfinden zu lassen.

Daß Horst Birkholz seine Ansage nicht sprechen durfte, war ebenfalls ein Zeitproblem. Alle verantwortlichen Mitwirkenden entschieden sich, die Texte im zweiten Teil wegzulassen, dafür aber keine Lieder zu streichen, die für sich selbst sprachen. Das als politische Entscheidung zu werten, scheint uns nicht belegt. Daß der „echte Eisler“ nicht im Mittelpunkt gestanden habe, ist eine persönliche Sicht auf das Musikschaffen Eislers. Der begnadete Komponist war ein Künstler mit vielen Facetten und nicht allein der Schöpfer von Arbeiter- und Kampfliedern. Auch seine in den USA entstandene Musik gehört zum Ganzen.

Ursula Joseph, Hans-Peter Wokittel, Berlin

Das Gedicht „Was immer in der Welt geschieht“ von Käthe Seelig im Mai-RF wußte ich wohl zu lesen. Ich freue mich, daß ich auch im Juli-„RotFuchs“ die „Rumpelstilziade“ aus ihrer Feder entdecken konnte. Die Botschaft des Genossen Prof. Hans Heinz Holz sowie die kenntnisreiche Festrede des Genossen Prof. Götz Dieckmann (mit der niveauvollen Würdigung auch Dietrich Bonhoeffer) zum 190. Geburtstag von Karl Marx habe ich an einen befreundeten Marx-Engels-Lenin-Lesekreis jüngerer Genossen weitergegeben.

Ronald Brunkhorst, Kassel

Vielen Dank für Eure interessante Zeitschrift. Wenn ich sie lese, habe ich immer das Gefühl, in einer Runde mit vielen Bekannten, Freunden und Weggefährten zu sitzen, ob an der ABF (Siggi Lorenz), in der politischen Arbeit mit Dr. Käthe Seelig oder bei der Gründung der FDJ in Leipzig (Prof. Dr. Manfred Gerlach). Alle diese Menschen stehen für ihre Aufrichtigkeit und ihren Einsatz in schwerer Zeit. Es ist schön, über den RF etwas von ihnen zu hören.

Anneliese Schellenberger, Leipzig

Besonders gefreut hat mich im Juli-RF der Beitrag Prof. Meißners über Fragen der Revolutionstheorie. Die durch ihn aufgeworfenen Themen drängen auf eine weiterführende Diskussion und Behandlung in Eurer Zeitschrift.

Für durchaus problematisch halte ich allerdings die Auffassung des Autors, daß es gegenwärtig „... keine Verschärfung des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ...“ gibt. Schließlich ist ja der Mensch die Hauptproduktivkraft!

Was sich elementar verändert hat, sind die Wirkungsbedingungen für den Widerspruch zwischen PK und PV, die in zunehmendem Maße nationalstaatliche Grenzen überschreiten, mehr und mehr globale Züge tragen und unter diesem Aspekt betrachtet werden müssen.

In den letzten Jahrzehnten haben sich im Weltmaßstab ernstzunehmende neue Wirkungsbedingungen herauskristallisiert, die auf die künftige Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse nicht ohne Einfluß bleiben werden.

Hierzu zählen Fragen der Klimaveränderung, der Weltenergie- und Gesundheit, der natürlichen Begrenzung der Ressourcen für die wirtschaftliche Entwicklung – Probleme, die zunächst einmal unabhängig von der revolutionären Umwandlung der Produktionsverhältnisse auf Lösungsansätze drängen.

Auf den Verlauf künftiger Systemveränderungen werden sich in historisch kurzer Frist zu erwartende Polarisierungen der ökonomischen und damit auch der politischen Kräfte im Weltmaß-

stab auswirken.

Helmut Syring, Zerbst

Ich bin empört, wenn ich lese, daß das BRD-Gesundheitswesen nach Untersuchungen der Antikorrupsionsorganisation Transparency International aufgrund der Reform Ulla Schmidts Versichertengelder in Milliardenhöhe verschwendet.

Wenn man erfährt, daß die Ärzte gezwungen werden, anstelle auf dem Markt verfügbarer preiswerter Generika von den Herstellern rabattierte, aber überbeuerte Markenprodukte zu verordnen, dann ist man geneigt, an mafiose Machenschaften zu denken.

Da ich viele Jahre als Schwester gearbeitet habe, glaube ich, mir ein Urteil erlauben zu dürfen: Ein so miserables Gesundheitswesen wie heute in der BRD gab es in Deutschland noch nie.

Thea Kleine, Berlin

Ich war der einzige aus meiner damaligen APO Kriminalpolizei, der nach Auflösung der SED im Januar 1990 sofort in die PDS eintrat. Wie sich manche „Genossen“ damals gehäutet haben, mag ein Beispiel illustrieren: Kurz nach der „Wende“ begegnete ein ehemaliger Kampfgruppenkommandeur der unteren Ebene auf der Straße dem Parteiorganisator des ZK im VEB Chemiefaserkombinat Schwarz und 1. Sekretär des Stammbetriebes. „Na, Genosse P., wie geht es Dir?“, erkundigte sich der Kampfgruppenmann. Der Angesprochene antwortete: „Ich verbitte mir, mich mit Genosse anzureden.“ So reagierte jemand, der bei uns hohe Verantwortung getragen hatte.

Ich lebe heute im Westen der BRD, unterhalte aber immer noch sehr engen Kontakt zu Verwandten und ehemaligen Angehörigen der Sicherheitsorgane in Thüringen, was auch durch meine Mitgliedschaft bei ISOR bedingt ist. Hier in Niedersachsen kenne ich eine Reihe ehemaliger DDR-Bürger, u. a. einen früheren Mitarbeiter der ABl. Von ihm erfuhr ich, daß die Berichte dieses Kontrollorgans unten solange frisiert werden mußten, bis sie oben gefielen.

Siegfried Mikut, GM-Hütte

Der dem RF-Bezieherkreis inzwischen hinlänglich bekannte Mitarbeiter der Linkspartei-Bundestagsfraktion Axel Goldmann, der unserem Leser Dr. Klich aus Wernigerode in Sachen Sozialismus so flott und „kenntnisreich“ über den Mund fuhr, war übrigens 13 Jahre Offizier der DDR-Grenztruppen. Fazit: Nicht jeder fühlte sich der Sache innerlich verbunden oder ist ihr auch in schlechten Zeiten treu geblieben. So etwas nennt man Anpasser.

Hans Schneider, Erfurt

Seine Vita läßt eigentlich vermuten, daß der 1972 in Hildesheim geborene heutige SPD-Generalsekretär Hubertus Heil Märchenhaftes nicht nur im engsten Familienkreis zum Besten gibt. Nein! In der Runde von Anne Will behauptete dieser Mann allen Ernstes, „Spekulanten“ seien es, die den hohen Preis für den Überlebenssaft der Fahrzeugindustrie manipulierten. Und, so verkündete der Aufsteiger mit den breiten Schultern und dem niedrigen Haaransatz, wenn man den Staatsanteil an Spritsteuern wegnähme, „würden Spekulanten das ausnutzen“. Man hat Heil wohl deshalb mit nur 61,7 % der Delegiertenstimmen 2005 in sein Amt gewählt, weil er an Märchen glaubt, die er dem Volk einzuflüstern sucht: Spekulanten – die unbekanntesten Wesen!

War es nicht Gerhard Schröder, der Bundeskanzler mit dem SPD-Parteibuch, der einst Staatsunternehmen mit dem Versprechen privatisierte: „Der Wettbewerb wird die Preise drücken.“? Und ist nicht gerade er eines der „unbekanntesten Wesen“, die heute in der Ölindustrie ganz oben mitspekulieren? Wie man sieht, haben sie alle einen Namen. Nur Hubertus Heil wimmert unbedarft weiter.

Hans Horn, Berlin

Unlängst habe ich das Buch Werner Eberleins „Geboren am 9. November“ gelesen. In seiner schonungslosen Ehrlichkeit ist es in der heutigen Zeit eine Seltenheit. Der Autor, Sohn des in der Sta-

zeit erschossenen ersten Geschäftsführers der KPD und Kampfgefährten von Lenin, Liebknecht und Luxemburg, war und bleibt über seinen Tod hinaus ein echter Kommunist. Er erlebte alle Höhen und Tiefen, gestaltete vieles führend mit und hat sich auch nach 1989 nicht gewendet. In seinem Buch verschweigt Werner Eberlein weder Fehler noch Mängel noch Irrtümer, ist aber stolz auf alles, was redlich geschaffen wurde. Er verweist glasklar auf die gefährliche Politik des deutschen Imperialismus.

Heinz Lier, Leipzig

Kürzlich erhielt ich das Veranstaltungsprogramm der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung. Auf zehn Seiten werden darin – auch unter der Rubrik „DDR-Geschichte“ – Vorhaben angekündigt. Alle 41 Themen sind tendenziös darauf ausgerichtet, die DDR zu verunglimpfen. Als pensionierter Schulmann weiß ich durch Aussagen heute Lernender, daß die DDR im Unterricht nur schlechtgeredet wird. Dazu trägt auch die Sächsische Landeszentrale bei, die Geschichte aufarbeiten zu wollen vortäuscht. Sie läßt allenthalben fragwürdige „Zeitzeugen“ aufmarschieren, die ihre subjektive Brühe vor den meist jungen Hörern zusammenrühren. Unter den „Referenten“ befinden sich sattsam bekannte „Bürgerrechtler“ wie Freya Klier und Stefan Krawczyk. Es geht um „Stasi-Keule“, „SED-Diktatur“, „Mauerbau“, „Doping im DDR-Sport“, „Bausoldaten hinter Stacheldraht“, „Ausreibung“ von Religiosität und Glauben. Zu den Lieblingsspeisen gehören „Klassenzimmer ohne Gott“ und „Die Frau vom Checkpoint Charlie“. Mit einer Veranstaltung über das Leben von Michael Gartenschläger will man diesem Verbrecher ein Denkmal setzen.

Dr. Günther Sarge, Präsident des Obersten Gerichts der DDR, der im RF 126 publizierte, ist zu danken. Besser kann man Gartenschläger nicht entlarven.

Alles in allem: Die Landeszentralen für Politische Verbildung spielen im System der antikommunistischen Brunnenvergiftung eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Dr. Dieter Rostowski, Kamenz

Als Noch-„Arbeitnehmerin“ möchte ich dem Artikel von Klaus-Peter Breinig zum BRD-Wortschatz etwas hinzufügen:

Zunächst einmal hat man „fit wie ein Turnschuh“ am Arbeitsplatz zu erscheinen, natürlich nur „unter der Woche“, am Wochenende kann man „relaxen“ oder Veranstaltungen besuchen, weil man dort etwas „gelernt bekommt“. Im Büro sollte man nicht gegen den „Teamegeist“ verstoßen.

Zunächst einmal wird ein „Workshop“ organisiert, um den „Mitarbeitern“ zu vermitteln, daß man untereinander „hallo“ oder „hi“ zu sagen hat. Er ist gewissermaßen eine Art Vorschuljahr für Erwachsene: Aus dem Westen kommende, eigens dafür geschulte Spezialisten bringen den „Ossis“ Manieren bei.

Im Großraumbüro lernt man als Erstes das Wort „Mobbing“. Als „Leistungsträger“ bezeichnet man solche Mitarbeiter, die „malochen“, was das Zeug hält. Sie werden vorgeführt, gehätschelt und dürfen mitmobben.

Einmal am Tag kann man „unter Mittag“ im „Essen-Center“ „Poularde an Gemüse“ zu sich nehmen und in dieser Zeit „sein Ego pflegen“. Ich behalte mir vor, unseren Wortschatz aus DDR-Zeiten im Gedächtnis zu bewahren und ihn gegen den „Mainstream“ zu verteidigen.

Monika Kauf, Berlin

Verwirrspiel:

Im Leserbrief des Genossen Dr. Dieter Lehmann im RF Nr. 127 steht eine falsche Jahreszahl. Statt Mitte 1953 mußte es heißen: Mitte 1958.



Kapitalistische Prioritäten

Grafik: Klaus Parche

Der Chefredakteur der Tageszeitung „junge Welt“ **Dr. Arnold Schölzel** stattet am **5. September** der Hansestadt **Rostock** einen Besuch ab.

Um 14.30 Uhr spricht er im Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, und **um 18 Uhr** im Berghotel (Begegnungsstätte), Südring, über das **Thema: „Die Medienlandschaft der BRD und das Selbstverständnis der jW“**.

Die RF-Regionalgruppe **Rostock** und das Stadtteilaktiv der Partei Die Linke (Südstadt) sind die Einlader.

Am **19. September um 16.30 Uhr** spricht Genossin

Ellen Brombacher, Kommunistische Plattform, zur Programmdebatte in der PDL.

Ort der Zusammenkunft ist die **Begegnungsstätte der Volkssolidarität**, Torstraße 203–205, Veranstalter die RF-Regionalgruppe **Berlin**.

„RotFuchs“-Autor **Prof. Dr. Horst Schneider**, Dresden, spricht am **20. September um 10 Uhr** auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Neubrandenburg** im Soziokulturellen Zentrum „Arche N“, Reitbahnweg 38.

Sein **Thema:**

Die Totalitarismuskritik als Kernstück der Anti-DDR-Hysterie

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete **„RotFuchs“** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.

Chefredakteur:

Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Rheinsteinstraße 10, 10318 Berlin
Tel. 030/561 3404
Fax 030/56 49 39 65
Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout:

Egon Schansker, Rüdiger Metzler

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Internet-Präsentation und akustische Ausgabe:

(für Sehbehinderte)
Sylvia Feldbinder

Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Monats.

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobra
Dieter Fechner
Dr. Peter Fischer
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnack
Dr. Ernst Heinz
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Prof. Dr. Hans Heinz Holz
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn

Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Walter Ruge
Karl Schlimme
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Joachim Spitzner
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

*Karlheinz Effenberger,
Klaus Parche, Heinrich Ruynat*

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Str. 35, 12559 Berlin
Tel. 030/6545634
arminneumann@ewt-net.de
*Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Hans Ludwig, Harry Schreyer,
Peter Barth u. v. a. m.*

Finanzen:

Jürgen Thiele
Wartenberger Str. 44, 13053 Berlin
Tel. 030/981 56 74

Unser Konto:

„RotFuchs“-Förderverein
Konto-Nr.: 2 143 031 400
Berliner Sparkasse
BLZ: 100 500 00